



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die österreichische Universität im Kontext des Wertewandels. Eine Analyse des UOG 1975“

Verfasserin

Romana-Maria Rautner

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaften

Betreuerin / Betreuer: Univ. Doz. Dr. Hannes Wimmer

## Danksagung

Ich widme diese Arbeit meinem verstorbenen Vater Roman Rautner, der mich auf meinem akademischen Weg im Herzen begleitet hat. Ein großer Dank auch an meine Familie, die mich aktiv bei dieser Arbeit unterstützt hat und vor allem meiner Mutter, die mich im Studium immer wieder vorangetrieben hat. Meine Anerkennung gilt meinem Professor Dr. Hannes Wimmer, der mit Geduld, seiner umfangreichen Betreuung und unter wohlwollendem Einsatz seines Wissens das Entstehen dieser Arbeit unterstützt und ermöglicht hat.

# Inhalt

1	Einleitung .....	4
1.1	Forschungsleitende Fragestellung .....	4
1.2	Methodischer Zugang .....	4
1.3	Aufbau der Arbeit .....	7
2	Die österreichische Hochschulpolitik – Ein Wertewandel von der industriellen Gesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft .....	9
2.1	Daniel Bell und die postindustrielle Gesellschaft .....	9
2.2	Die stille Revolution – Wertewandel und die Hypothesen von Ronald Inglehart 15	
2.3	Helmut Klages und der Traditionsbruch als Herausforderung .....	20
3	Die Geschichte der Hochschulen in Österreich und die politischen Rahmenbedingungen mit besonderem Blick auf den Zeitraum von 1960 bis 1975 .....	25
3.1	Die 1968er Bewegung – Ein Wertewandel und die Lust an der politischen Provokation .....	37
3.2	Der Fall Borodajkewycz und das Aufleben der Studentenbewegung .....	39
3.3	Der Hörsaal- Skandal und seine Folgen .....	41
3.4	Politik und die 68er Bewegung – Ein absoluter Gegensatz? .....	42
3.5	Dr. Bruno Kreisky und der Aufstieg der SPÖ – Ein Wertewandel in der Politik 45	
4	Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) von 1975 .....	52
4.1	Politischer Rahmen und Reformstrategien der 1970er Jahre mit besonderem Blick auf die Auswirkungen der Sozialpolitik in Bezug auf das Entstehen des UOG 1975	52
4.2	Das Hochschulkonzept der SPÖ im Detail – Die Grundlage für das UOG 1975	54
4.3	Dr. Hertha Firnbergs Biographie - die Demokratisierung der Universitäten...	62
4.4	Mitbestimmung und universitäre Strukturveränderungen durch das UOG 1975	64
4.5	Universitäre Autonomie und Mitbestimmung im UOG 1975 .....	67
4.6	Die Mitbestimmung der StudentInnen durch das UOG 1975 .....	69

4.7	Die Allgemeinen Bestimmungen im UOG 1975 im Detail .....	71
4.8	Gleichstellung von Frau und Mann im UOG 1975 - Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen im Detail.....	72
4.9	Leitung und innere Organisation im UOG 1975.....	74
5	Interviews .....	77
5.1	Biografie Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek .....	77
5.2	Interview mit Dr. Gertrude Brinek.....	77
6	Resümee und Beantwortung der Fragestellung.....	81
7	Literaturverzeichnis.....	88
7.1	Internetquellen.....	91
8	Anhang .....	93
8.1	Interviewleitfaden für Dr. Gertrude Brinek .....	93
8.2	Transkription des Interviews von Dr. Gertrude Brinek .....	93
8.3	Interviewleitfaden für Dr. Wolf Frühauf.....	96
8.4	Interviewleitfaden für Dr. Sigurd Höllinger.....	97
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	98
Abb. 1	Entwicklung der Bevölkerungsstruktur 1930-1975 12 .....	98
Tab. 1	Studierende 1) aller Kategorien an Universitäten 2), Technischen Universitäten 3)und sonstigen speziellen Universitäten 4), 1918/19 bis 1990/91 26 .....	98
10	Abstract.....	99
11	Lebenslauf .....	100

# 1 Einleitung

## 1.1 Forschungsleitende Fragestellung

Besteht ein Zusammenhang zwischen dem aufkommenden Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und dem UOG von 1975?

Welche Form nahm der Wertewandel in Österreich an? Besteht ein österreichisches Spezifikum?

In welcher Form vollzog sich der Wertewandel in der österreichischen Hochschulbildung in Bezug auf das UOG von 1975?

## 1.2 Methodischer Zugang

Ich habe in meiner Masterarbeit versucht, mich meinem Thema methodisch auf zwei Arten zu nähern. Zum einen habe ich eine Dokumentenanalyse nach Phillip Mayring durchgeführt und zum anderen Experteninterviews nach der Methodik von Alexander Bogner und Wolfgang Menz. Die Dokumentenanalyse ist im klassischen Feld der qualitativ-interpretativen Analyse einzuordnen. Die Dokumentenanalyse umfasst unter anderem Urkunden und Schriftstücke sowie alle anderen Quellen, die dazu dienen, menschliches Verhalten zu erklären. Dokumente können Texte, Filme, Tonbänder, Bauten, Kunstgegenstände oder Werkzeuge sein. Diese Dokumente, in welcher Form auch immer, sollten nur Rückschlüsse und eine Interpretation auf das menschliche Denken, Handeln und Fühlen zulassen. Die Dokumentenanalyse besitzt zwei Vorteile, zum einen die Materialvielfalt und zum anderen die bereits fertig vorhandenen Daten, welche keinen Tests mehr unterzogen werden müssen und daher bestehenweniger Fehlerquellen. Die Dokumentenanalyse ist vor allem bei zurückliegenden Ereignissen von entscheidender Bedeutung. Die Subjektivität des Forschers spielt nur bei der Auswahl, nicht aber bei der Erhebung der Dokumente eine tragende Rolle.<sup>1</sup>

Ich habe in meiner Masterarbeit den Versuch unternommen, eine Vielfalt von Dokumenten zu verarbeiten, um einen möglichst genauen theoretischen Rahmen und einen historischen Überblick über meinen Forschungsgegenstand zu vermitteln. Ich habe sowohl ein Hochschulprogramm, historisch einschlägige Werke als auch Gesetzestexte einer Textanalyse unterzogen. In meine Arbeit habe ich vor allem auch Werke bekannter SPÖ Politiker der 1960er und 1970er Jahre einbezogen, da diese

---

<sup>1</sup>Vgl. Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. München, 1990. S.31-32.

meines Erachtens den Wertewandel besonders deutlich in ihren Werken beschrieben haben.

Atteslander beschreibt das methodische Vorgehen bei einer Dokumentenanalyse wie folgt: *„Sein typisches Merkmal ist die intensive, persönliche Auseinandersetzung mit dem Dokument, welches in seiner Einmaligkeit möglichst umfassend durchleuchtet und interpretiert wird“*.<sup>2</sup>

Vor allem bei der Analyse des Gesetzestextes des UOG von 1975 habe ich versucht, anhand von mehreren spezifischen Gesetzespassagen den Wertewandel der damaligen Zeit aufzuzeigen. Biografien und Parlamentsprotokolle dienten in meiner Masterarbeit zur Veranschaulichung der verschiedenen Charaktere und Personen, die maßgeblich in den Prozess des Wertewandels involviert waren.

Bei der Methode des Experteninterviews habe ich nach Alexander Bogner und Wolfgang Menz gearbeitet. In ihrer methodischen Auffassung dient das Experteninterview vor allem zur Exploration. Das Experteninterview wird zur Thematisierung, Annäherung und Orientierung in einem neuen unübersichtlichen Forschungsfeld genutzt. Der Experte soll dabei helfen, ein thematisches Problem zu strukturieren und die Sicht des Forschers für das vorliegende Problem zu schärfen. Das Experteninterview wird aber auch dazu genutzt, ein Kontextwissen über eine für das Themenfeld interessante Zielgruppe zu erhalten. Das systematisierende Experteninterview stellt vor allem das praxisorientierte, spontane und reflexive Wissen des Experten in den Vordergrund. Ein Interviewleitfaden soll zu den gewünschten spezifischen Informationen führen. Nicht der Experte oder die Expertin sind zu untersuchen, sondern ihr spezifisches Wissen zu einer bestimmten Forschungsfrage.<sup>3</sup>

Für die Experteninterviews habe ich drei verschiedene Interviewleitfäden ausgearbeitet, um das spezifische Wissen im Hinblick auf meine Fragestellung zu eruieren. Die Interviewleitfäden sind im Anhang zu entnehmen. Ein erfolgreiches Interview basiert vor allem auf der Qualität der Interviewpartner. Hier ist die Frage nach dem „was möchte ich überhaupt erfragen“ von Bedeutung. Möchte ich die ExpertInnen zu spezifischen Konstellationen, Sichtweisen oder der persönlichen Einstellung befragen? Die unterschiedlichen Experten und Expertinnen haben eine

---

<sup>2</sup>Atteslander, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin, 1970. S. 67.

<sup>3</sup> Vgl. Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang: Das theoriegenerierende Experteninterview. In: Experteninterviews. Wiesbaden, 2009. S. 64-65.

unterschiedliche Auffassung von demselben Phänomen. Hier steht vor allem der Zugang zu den Ressourcen, der zeitliche Aspekt oder der persönliche Einfluss in der Organisation im Vordergrund. Deshalb ist es hier entscheidend, diese Aspekte in die Analyse der Interviews einfließen zu lassen, um die Ergebnisse nicht zu verfälschen.<sup>4</sup> Ich habe für die Bearbeitung meiner Fragestellung versucht, die Experten und Expertinnen nach diesen Kriterien zu differenzieren und vor allem darauf geachtet, einen Kontext zwischen den ExpertInnen und dem UOG von 1975 herzustellen.

Wichtig für die Analyse meiner Experteninterviews erschienen mir auch die von Abels und Behrens beschriebenen Interaktionseffekte. Sie kategorisieren verschiedene Effekte, die bei einem Experteninterview in Erscheinung treten können. Die für mich vorrangigen Effekte waren vor allem der Paternalismuseffekt, der in genderspezifischen Befragungen vorkommt. Der Befragte oder die Befragte steht dem vorliegenden Forschungsgegenstand meist sehr positiv gegenüber. Der Eisbergeffekt ist von Desinteresse und zögerlicher Auskunftsbereitschaft gekennzeichnet. Dieses Verhalten kann unterschiedliche Gründe haben, die es gilt zu erfassen, um das Eis zwischen Interviewer und Befragtem zu durchbrechen. Der letzte für mich interessante Effekt war der Profilierungseffekt. Bei diesem Effekt ist der Befragte oder die Befragte sehr auskunftsfreudig. Die Autoren nehmen an, dass es sich auch hier vor allem um einen geschlechtsspezifischen Aspekt handelt.<sup>5</sup>

Die oben genannten Effekte waren für mich insofern interessant, um mich auf die Interviews entsprechend vorzubereiten und gegebenenfalls auf die unterschiedlichen Interviewsituationen zu reagieren. Des Weiteren sind diese Effekte meines Erachtens sehr hilfreich bei der Auswertung und der Interpretation der Interviews. Ich habe drei Interviewpartner für die Bearbeitung meiner Fragestellung ausgesucht. Die erste Interviewpartnerin ist Dr. Gertrude Brinek. Ich habe sie ausgewählt, da sie am UOG 1993 maßgeblich beteiligt war und somit meines Erachtens sich ausführlich mit dem vorangegangenen UOG von 1975 beschäftigt hatte. Des Weiteren ist sie eine Expertin in Genderfragen, was für einen Teil meiner Arbeit von Interesse war, da die Gleichbehandlung von Frauen und Männern einen Bestandteil des Wertewandels darstellte. Ein weiteres Interview ist mit Dr. Wolf Frühauf geplant. Dr. Frühauf ist für

---

<sup>4</sup> Vgl. Gläser, Jochen; Laudel, Grit: Wenn zwei das Gleiche sagen...Qualitätsunterschiede zwischen Experten. In: Experteninterviews. Wiesbaden, 2009. S. 137-149.

<sup>5</sup> Vgl. Abels, Gabriele; Behrens, Maria: ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. In: Experteninterviews. Wiesbaden, 2009. S. 159-173.

mich von großem Interesse, da er die rechte Hand von Dr. Hertha Firnberg war und ich mir somit einen genaueren Einblick in die Entstehung des UOG 1975 erhoffte. Ich will durch ihn vor allem auch mehr über das damals herrschende Klima in der Politik erfahren. Der dritte Interviewpartner meiner Wahl ist Sektionschef a.D. Dr. Sigurd Höllinger. Auch er war maßgeblich am UOG von 1975 beteiligt. Ich habe bei der Wahl meiner Interviewpartner auf folgende Kriterien geachtet: Bezug zum UOG 1975, politische Einstellung und ZeitzeugIn des Wertewandels. Die Kombination dieser drei Kriterien erschien mir als wichtig, da ich in meiner Masterarbeit vor allem den Geist dieser zeitlichen Periode, die Fortschritte aber auch das politische Klima zwischen den beiden Großparteien einfangen wollte. Die Interviews sollten die verwendete Literatur untermauern, aber vor allem ergänzen, da zwar der Gesetzgebungsprozess und die Akteure des UOG 1975 beschrieben werden, aber für mich fehlte der Zusammenhang zwischen dem UOG von 1975 und dem aufkommenden umwälzenden Wertewandel dieser Zeit. Die Frage, ob der Wertewandel vor allem ein sozialdemokratisches Phänomen in der Politik war, blieb unter anderem durch die Literatur für mich unerschlossen bzw. wurde nur ansatzweise erklärt. Diese Frage hat die Auswahl meiner Experten ebenfalls maßgeblich beeinflusst.

### 1.3 Aufbau der Arbeit

Ich möchte meine Arbeit mit zwei Zitaten einleiten, da sie meines Erachtens den Sinn meiner Arbeit erfassen. „*Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten*“.<sup>6</sup> Mahatma Gandhi trifft mit seiner Aussage zur Demokratie die Dimension des Wertewandels der 1960er und 1970er Jahre. „*Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht*“.<sup>7</sup> Bildung und Meinungsfreiheit sind große Eckpfeiler der Demokratie. Diese beiden Aspekte sind für viele Menschen die Grundsteine einer funktionierenden Demokratie. Demokratisierung kann auf vielen Wegen stattfinden und nimmt verschiedenste Dimensionen an. Passiert Demokratisierung durch Revolution? Was bedeutet Revolution? Ich habe mich im Laufe meiner Arbeit des Öfteren gefragt, ob der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre revolutionär war. Was nützt Wertewandel, wenn sich anschließend wieder neue Hierarchien bilden? Alle diese Fragen ergaben sich durch die Bearbeitung meines

---

<sup>6</sup> Zitat von Mahatma Gandhi auf [www.Jusos-dithmarschen.de](http://www.Jusos-dithmarschen.de), Zugriff am 4. Jänner 2013.

<sup>7</sup> Zitat von Nelson Mandela im Interview mit Reader's Digest im April 2005 auf [www.quotez.net/german/bildung.html](http://www.quotez.net/german/bildung.html), Zugriff am 4. Jänner 2013.



Themas. Die Masterarbeit DIE ÖSTERREICHISCHE UNIVERSITÄT IM KONTEXT DES WERTEWANDELS. EINE ANALYSE DES UOG 1975 setzt sich mit dem Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre an der speziellen Ausformung des UOG 1975 auseinander. Daniel Bells Studien zeigten, dass durch die stetige Zunahme von Wissen und Technologie sich vor allem die Strukturen und die Organisation an den Universitäten verändern und das UOG von 1975 somit kurz gesagt nichts anderes darstellt als die konkrete Umsetzung dieses Wandels in ein Gesetz. Das Bildungssystem einer Gesellschaft ist ein Seismograph von welchen Werten eine Gesellschaft geprägt und wie weit diese entwickelt ist. Postindustrielle Gesellschaften sind sich zunehmend ihrer Probleme bewusst und versuchen diese auch selbstständig zu lösen. Wandel impliziert immer strukturelle Veränderungen und eine Neuordnung bestehender Hierarchien. Der Wertewandel und seine strukturellen Veränderungen sind am UOG von 1975 deutlich sichtbar. Tiefgreifende strukturelle Veränderungsprozesse benötigen Zeit und sind durch menschliches Handeln und Denken geprägt. Das UOG von 1975 war eine markante Ausprägung des Wertewandels, der in den 1960er Jahren durch die aufkommenden Bewegungen seinen Lauf nahm. Gesellschaft und Politik waren in dieser zeitlichen Periode gleichermaßen vom Wertewandel erfasst worden. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten dieser Zeit ermöglichten einen Wertewandel und die österreichische Gesellschaft forderte Mitspracherecht und wurde in ihren Forderungen risikobereiter. Dieser Gesellschaftswandel griff damals auch auf die Politik über und Dr. Kreisky forderte eine Demokratisierung in allen Lebensbereichen. Es war an der Zeit, vor allem auch den Bildungssektor an den Geist der Zeit anzupassen. Die Reformierung der Hochschulen war kein leichtes Unterfangen und wurde nicht von jedermann in Österreich begrüßt. Die Zeit der 1960er und 1970er Jahre war von einer aktiven Reformpolitik geprägt. *„Die Grundsätze der Demokratie dürfen nicht im politischen Bereich eingeschlossen bleiben, sondern sie müssen auf jeweils verschiedene Arten in jedem Bereich der Gesellschaft ihre Verwirklichung finden“.*<sup>8</sup>

Ziel dieser Masterarbeit ist aufzuzeigen, welche Auswirkungen der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre vor allem auf die Hochschulpolitik hatte. Dafür war es notwendig, die Geschichte der Hochschulen zu beleuchten, um den Wandel darzustellen. Die wichtigsten politischen Ereignisse dieser zeitlichen Periode wurden ebenfalls dargestellt, um einen Kontext zum Wertewandel innerhalb der

---

<sup>8</sup> Kreisky, Bruno: Der Mensch im Mittelpunkt. Wien, 1996. S.33.

Hochschulpolitik herstellen zu können. Das UOG von 1975 wurde als konkretes Beispiel herangezogen, um den Wertewandel nach den Theorien von Helmut Klages, Daniel Bell und Ronald Inglehart zu konkretisieren. Die Theorien der drei genannten Autoren ließen vor allem auch einen Einblick auf die verschiedenen Dimensionen des Wertewandels und seiner Ausformungen zu und sollen diese theoretisch untermauern und erklären.

## 2 Die österreichische Hochschulpolitik – Ein Wertewandel von der industriellen Gesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft

### 2.1 Daniel Bell und die postindustrielle Gesellschaft

*„So epochal jedes dieser Beispiele ist, sie beweisen im Grunde alle nur die von Henry Adams im Jahr 1900 bereits treffend formulierte, ebenso schlichte wie entscheidende Tatsache, daß die Kinder fortan in einer soziologisch wie intellektuell völlig andersartigen Welt leben als ihre Eltern und Großeltern“.*<sup>9</sup>

Die Geschichte der österreichischen Hochschulpolitik und ihre Auswirkungen auf das UOG 1975 sind sehr umfangreich und sollen einen Kontext zu dem 1975 in Kraft getretenen Gesetz herstellen. „Die nachindustrielle Gesellschaft“ und der „Wertewandel“ stellen den theoretischen Rahmen für meine Masterarbeit dar. Daniel Bells Studien zeigen deutlich, dass Wissen und Technologie eine der wichtigsten Dimensionen der nachindustriellen Gesellschaft sind und sich durch den stetigen Zuwachs an Wissen und StudentInnen auch die Strukturen und die Organisation an den Universitäten veränderten.

Daniel Bell geht von zwei wesentlichen Merkmalen für das Herausbilden einer nachindustriellen Gesellschaft aus, zum einen die zentrale Stellung des theoretischen Wissens und zum anderen das zunehmende Übergewicht der Dienstleistungswirtschaft über die produzierende Wirtschaft. Das erste Merkmal, die zentrale Stellung des theoretischen Wissens, bedeutet die zunehmende Abhängigkeit von der Wissenschaft als Mittel der Erneuerung und Wissen als Organisationsprinzip eines technologischen Wandels. Die meisten modernen Industrien setzten sich laut Bell jedoch über die wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten hinweg und sind somit noch Industrien des 19. Jahrhunderts. Das zweite Merkmal setzt das Vorhandensein einer Reihe bestimmter intellektueller Dienste voraus. Eine nachindustrielle Gesellschaft benötigt vor allem

---

<sup>9</sup>. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 172.

menschliche und akademische Dienstleistungen, daher ist es maßgebend, das Bildungs-, Gesundheits-, und Erholungswesen auszubauen und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Diese beiden Merkmale werden durch die unterschiedlichen historischen Gegebenheiten und Traditionen in den verschiedenen Ländern differenziert organisiert und gelenkt, wodurch techno-ökonomische Änderungen keine wesentliche Rolle bei der Entwicklung einer nachindustriellen Gesellschaft spielen. Daniel Bell sieht die Wissenschaft als einzigartig, da sie nicht wandlungsfeindlich ist, sich konstant weiterentwickelt und Praxis und Theorie vollkommen vereint. Wissenschaft muss revolutionär bleiben.<sup>10</sup>

*„Nun liegt aber die Einzigartigkeit der Wissenschaft gerade darin, daß es ihr (zumindest bis jetzt) als einziges Unternehmen gelungen ist, eine permanente Revolution zu institutionalisieren...Jede andere charismatische Instanz, ob Kirche oder revolutionäre Partei, ist im Prozeß der „Routinisierung“ dogmatisch und konservativ und in ihrer Dialektik schließlich wandlungsfeindlich geworden.“<sup>11</sup>*

Eine nachindustrielle Gesellschaft benötigt weiters höhere Bildung und eine akademische Klasse, um die Führung der Gesellschaft zu gewährleisten. Die Gesellschaftsstruktur in Industriegesellschaften verändert sich, und durch die wachsende Zahl der Akademiker und Techniker und die schrumpfende Zahl der Industriearbeiter eröffnen sich neue Dimensionen im Schichtungssystem der Gesellschaften. Diese Entwicklungen stellen die Theorie des „Klassenkampfes“ und der „Diktatur des Proletariats“ auf den Kopf und spalten laut Bell die Gesellschaft in die ältere Generation, für die finanzielle Werte und Sicherheit einen großen Stellenwert einnehmen und die junge Generation, die im Überfluss aufwächst und für die Bildung und geistige Belange von entscheidender Bedeutung sind. Die Veränderungen in den Sozialstrukturen moderner Gesellschaften wurden vor allem durch Wissenschaft und Technologie verändert. Bell betont, dass Gesellschaften nicht als strukturell verknüpftes Ganzes gesehen werden dürfen, sondern politische Nationen aufgrund verschiedener historischer Rhythmen gesondert betrachtet werden müssen. Als Konzept für die nachindustrielle Gesellschaft sieht Daniel Bell ein neukantisches Modell und keinen hegelianischen Gesellschaftsaufbau. Er sieht den technologischen Wandel als Werkzeug, dessen man sich bedienen sollte. Daniel Bell bedient sich in seinem

---

<sup>10</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 10-15.

<sup>11</sup> Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 15.

methodologischen Exkurs des axialen Prinzips, er fragt nicht nach Ursache und Wirkung, sondern er besinnt sich auf die Achse, um die sich eine Gesellschaft dreht. Bell erstellt Dimensionen einer nachindustriellen Gesellschaft. Er benennt drei Dimensionen: 1. die soziale Struktur, 2. die politische Ordnung und 3. die Kultur. In die erste Dimension fallen Wirtschaft, Technologie und Berufsgliederung. Die zweite Dimension umfasst die politische Ordnung, welche die Machtverhältnisse regelt und die dritte Dimension kann als Bereich der Sinnggebung verstanden werden. Laut Bell sollten diese drei Bereiche gesondert gesehen werden, da sie sich immer weiter voneinander entfernen. Wenn Bell von postindustrieller Gesellschaft spricht, meint er vorrangig die Veränderungen in der sozialen Struktur, den wirtschaftlichen Wandel, die Verschiebung innerhalb der Berufsgliederung und vor allem die Veränderungen zwischen Wissenschaft und Technologie. Als erstes Problem wirft Bell auf, ob trotz des stetigen Wandels in der Wissenschaft und der dadurch notwendigen Aufsplitterung in eine bestimmte Rollenverteilung auch alle Individuen bereit sind, sich dieser Gegebenheit auch zu fügen. Das zweite Problem auf das Bell aufmerksam macht, ist die Beziehung zwischen der Sozialstruktur und der politischen Ordnung. Die Gesellschaft ist sich ihrer Probleme zunehmend bewusst und nimmt die Lösung selbst in die Hand. Somit nimmt sowohl die Wissenschaft als auch die politischen Ordnung eine starke Stellung ein. Wissenschaftliches Personal und Politik können sich somit entweder gegenseitig bekämpfen oder Hand in Hand gehen. Die Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft ist somit einer Veränderung ausgesetzt, die unter anderem auch zu Veränderungen innerhalb des kulturellen Sektors führt.<sup>12</sup> Daniel Bell kategorisiert die postindustrielle Gesellschaft wie folgt: *„1. Wirtschaftlicher Sektor: der Übergang von einer güterproduzierenden zu einer Dienstleistungswirtschaft; 2. Berufsstruktur: der Vorrang einer Klasse professionalisierter und technisch qualifizierter Berufe; 3. Axiales Prinzip: die Zentralität theoretischen Wissens als Quelle von Innovationen und Ausgangspunkt der gesellschaftlich-politischen Programmatik; 4. Zukunftsorientierung: die Steuerung des technischen Fortschritts und die Bewertung der Technologie; 5. Entscheidungsbildung: die Schaffung einer neuen intellektuellen Technologie.“*<sup>13</sup>

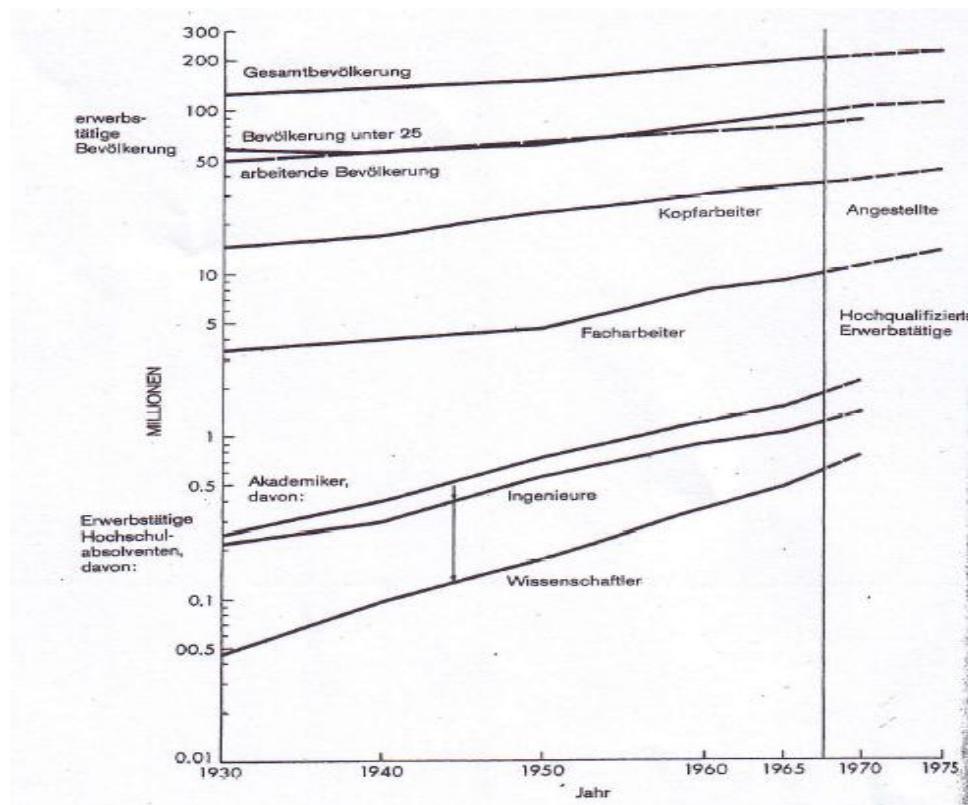
---

<sup>12</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 15-30.

<sup>13</sup> Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 31.

## Die Dimensionen des Wissens und der Technologie

Abbildung 1 Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, 1930-1975.



Quelle: Organisation for Economic Cooperation and Development, Reviews of National Science Policy: United States. Paris 1968. S.43.

Die Grafik zeigt den starken Anstieg der Akademiker und Akademikerinnen, WissenschaftlerInnen, aber auch den stetigen Zuwachs an qualifizierten Facharbeitern.

Durch den zunehmenden Bedarf an Angestelltenberufen kam es vor allem zu einem Ausbau der akademischen und technischen Berufe, für die eine Hochschulbildung notwendig ist. Die nachindustrielle Gesellschaft beruht im Gegensatz zur Industriegesellschaft, die auf Mensch und Maschine basiert, vorrangig auf Wandel, Innovation und Wissen. Die Basis jeder Gesellschaft ist Wissen. In der postindustriellen Gesellschaft wandelte sich das Wissen; um diesen Wandel lenken zu können, rückte vor allem das theoretische Wissen in den Vordergrund.<sup>14</sup>

Daniel Bell widmet in seinem Buch dem Wissen ein eigenes, umfangreiches Kapitel. Wissen und der damit verbundene Wandel stellt vor allem für meine Masterarbeit einen

<sup>14</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 36.

wichtigen Baustein dar, weshalb ich vor allem dieses Kapitel seines umfangreichen Werkes beleuchten möchte.

Daniel Bell beruft sich auf Henry Adams, der bereits 1900 feststellte, dass sich die Gesellschaft durch das Wissen immer schneller wandelt. Die Kinder unserer heutigen Gesellschaft werden in eine Welt geboren, die einem stetigen Wandel durch Wissen und Technologie unterworfen ist. Ein wichtiger Aspekt für den Wandel stellt laut Bell der Wandel der Größenverhältnisse dar. Früher lebten Menschen isoliert. Dies änderte sich jedoch rasch. Heute lebt ein Großteil der Menschen in Ballungszentren und selbst abgeschieden lebende Bevölkerungsgruppen sind durch die Massenmedien mit der nationalen und internationalen Gesellschaft verbunden. Die Anzahl der Menschen, die wir kennen oder über die wir etwas gehört haben, nimmt dadurch stetig zu. Durch Schule, Beruf, Massenmedien, akademisches Milieu oder das Wohnviertel kommt jeder Mensch auf eine beachtliche Anzahl von Menschen, die der oder diejenige kennt. Diese zunehmenden Größenverhältnisse ziehen auch einen Wandel der Form und Gestalt einer Gesellschaft nach sich. Bell beruft sich hier auf den Begriff der strukturellen Differenzierung von Durkheim, Weber und Talcott Parsons, das bedeutet, dass durch eine Vergrößerung von Institutionen und einer damit verbundenen Ausweitung der Aufgabenbereiche spezialisierte Untersysteme geschaffen werden. Dieses Wachsen der Untersysteme bringt wiederum Probleme in der Koordination, Hierarchie und sozialen Kontrolle mit sich. Durch diese interne Differenzierung kam es unter den verschiedenen Ländern, Städten und Regionen zu einem gesteigerten Wettbewerbsverhalten. Somit wurden auch, um den Wettbewerb standhalten zu können, neue spezifische Sparten gegründet wie Finanzen, Produktion, Marketing oder Forschung. Dies bedeutet jedoch auch spezifische berufliche Qualifikationen sind von Nöten. Dieser zuerst nur in der Wirtschaft auftretende Aspekt griff jedoch auch auf das Bildungswesen über. Die stark anwachsende Zahl der StudentInnen benötigte einschneidende Strukturveränderungen im Bildungswesen. Früher waren Wirtschafts-, Verwaltungs-, Prüfungs- und Lehrfunktionen nur durch eine akademische Körperschaft geregelt. Heutzutage wird die Hochschulbildung durch eine Vielzahl von Dekanen, Institutsleitern, Professoren oder Finanz- und Verwaltungsbeamten geregelt. Dies führte zu einem neuen komplizierten Netz bürokratischer Beziehungen.<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 172- 176.

Essentiell für meine Masterarbeit sehe ich vor allem die von Bell angesprochenen Strukturveränderungen und veränderten Größenverhältnisse und die dadurch verbundene Umstrukturierung im Hochschulwesen. Das Entstehen neuer Körperschaften und bürokratischer Netzwerke und die sich daraus ergebenden Probleme in der Hierarchie, Koordination und sozialen Kontrolle stellen die Eckpfeiler meiner Arbeit dar.

Daniel Bell weist unter anderem auch auf einen soziologischen Wandel in der postindustriellen Gesellschaft hin. Es bestehen Veränderungen im Verhältnis von Mann und Frau, der Definition von Leistung, sozialen Bindungen und Verpflichtungen.<sup>16</sup> Dieser Aspekt des soziologischen Wandels, den Bell nur kurz in seinem Werk anspricht, ist eine weitere Dimension, die ich in meiner Masterarbeit kurz beleuchten möchte.

Die nachindustrielle Gesellschaft ist eine Wissensgesellschaft, da ihre Errungenschaften und Veränderungen durch Forschung und Entwicklung getragen werden und weil der Bereich des Wissens für die Gesellschaft einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Bell geht davon aus, dass sich in der Zukunft verschiedene akademische Klassen herausbilden werden. Er unterteilt sie in drei Klassen, erstens die schöpferische Elite der Wissenschaftler und akademisch geschulten Spitzenbeamten, zweitens die Mittelklasse der Professoren und Ingenieure und drittens das Proletariat der Techniker und des akademischen Mittelstandes. Das für mich Bedeutende an dieser Einteilung sind die auftretenden Probleme und Rivalitäten, auf die Daniel Bell anspielt. Er bezieht sich hier in seinen Beispielen auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Dekanen und Fakultät oder die Rivalität zwischen Forschung und Lehre an den Universitäten.<sup>17</sup>

Die hier auftauchende Dimension der Rivalitäten unter dem universitären Personal spielt in meiner zu untersuchenden Fragestellung sicherlich eine Rolle. Die beiden Gesetze wurden durch politische Gegebenheiten und den stetig wachsenden Andrang von StudentInnen an den Universitäten und die dadurch benötigten strukturellen Veränderungen beschlossen, jedoch darf man nicht außer Acht lassen, welches universitäre Personal durch die Gesetze eine Stärkung erfahren hat. Die Rivalitäten und das Durchsetzungsvermögen der unterschiedlichen Personalgruppen an den Universitäten haben meines Erachtens zu einer Stärkung und mehr

---

<sup>16</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 193- 194.

<sup>17</sup> Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979. Seite 214, 216.

Mitbestimmungsrecht einiger Gruppen an den Hochschulen beigetragen. Das Werk von Daniel Bell stellt eine fundierte theoretische Basis für meine Masterarbeit dar, da ich mit seiner Forschung die Veränderungen durch die beiden Universitätsgesetze anhand der Entwicklung einer postindustriellen Gesellschaft erklären kann. Die bestehenden Probleme und Veränderungen im österreichischen Hochschulsystem und die Erlassung der beiden Universitätsgesetze sind nur eine Ausprägung und ein Aspekt der stetig wachsenden Gesellschaft, die sich einer immer wiederkehrenden, neu zu regelnden Ordnung unterziehen muss, um gelenkt und geleitet werden zu können.

## 2.2 Die stille Revolution – Wertewandel und die Hypothesen von Ronald Inglehart

*„Ischange in fact, takingplace?“*.<sup>18</sup>

Ronald Inglehart stellt sich in seinem Buch „The Silent Revolution“ die Frage, ob in einer modernen westlichen Gesellschaft überhaupt noch ein Wertewandel besteht. In der Dritten Welt gibt es noch rapide Veränderungen und einen spürbaren Wandel. Inglehart ist der Meinung, dass in den westlichen Industrieländern ein Wandel stattfindet. Dieser ist jedoch um einiges schwerer zu erfassen und zu konzeptualisieren. Inglehart geht davon aus, dass der Wertewandel in den westlichen Gesellschaften vor allem in der Geschlechterrolle, der Moral, dem Lifestyle, der Politik und der Wirtschaft stattfindet. Inglehart greift einige Annahmen von Bell auf, die seines Erachtens ebenfalls zur Ausprägung einer neuen jungen Generation geführt haben. Zu diesen zählen der Einfluss der Massenmedien, der technische Fortschritt, die Strukturveränderungen, das wirtschaftliche Wachstum und die Expansion der Bildung. Er greift jedoch einen neuen Aspekt auf, der ihm sehr wichtig erscheint. Die junge Generation hat keinen Krieg miterlebt sondern nur aus der Geschichte davon erfahren. Ingleharts Buch „The Silent Revolution“ bezieht sich weniger wie Daniel Bells Buch auf die ökonomischen und strukturellen Veränderungen der Gesellschaft, sondern vielmehr auf das Entstehen neuer sozialer Werte und Bedürfnisse. Er sieht die Veränderungen in allen Lebensbereichen. In der Politik ändern sich seines Erachtens die politischen Inhalte. Diese wurden an die Gegebenheiten der neuen modernen Gesellschaft angepasst. Die Politik der neuen Generation beschäftigt sich mit der Individualität, der Ethik und dem neuen Lifestyle. Auch die Partizipation stellt einen wichtigen Punkt in der Politik dar. Die Mitbestimmung an wichtigen Themen wie Hochschulpolitik, Wohlfahrtssystem

---

<sup>18</sup>Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S. 6.



oder Gesundheitssystem nehmen an Bedeutung zu. Die Rolle der Frau oder die Lebensqualität sind von nun an Fragen, die sich die neue Gesellschaft stellt. Ingleharts Theorie basiert vor allem auf dem Bedürfnispyramidenmodell von Maslow.<sup>19</sup>



Abbildung 2 Das Bedürfnispyramidenmodell von Maslow.

Quelle: Seminar Politische Kulturforschung; Dr. Susanne Pickel.

Inglehart geht von dem oben gezeigten Modell aus. Zu allererst müssen die Grundbedürfnisse eines Menschen gedeckt sein, erst danach strebt der Mensch nach Selbstverwirklichung. Inglehart schrieb sein Buch „The Silent Revolution“ zu einer Zeit, in der die ersten politischen Bewegungen aufkamen. Sein Buch basiert meines Erachtens nicht zuletzt auf den Wertevorstellungen der 68er Bewegung. Er analysierte die Bewegung und übernahm die neuen Werte in sein Modell.

Inglehart sieht durch den Wertewandel vor allem Konfliktpotenzial in der Politik, da es der Politik gelingen muss, neue Werte zu vertreten, um neue WählerInnen für sich zu gewinnen. Gleichzeitig dürfen diese Werte jedoch nicht mit alten Werten kollidieren, da sonst die Stammwählerschicht gefährdet werden würde. Diese Tatsache ging mit dem Aufkommen neuer Parteien einher. Er geht davon aus, dass in der Zukunft vor allem die Linken Parteien aus der Wählerschicht der Mittelklasse Stimmen beziehen werden. Inglehart geht auch von einer Abwertung alter Symbolik und dem Aufkommen neuer politischer Bewegungen aus. Diese Aspekte gehen vor allem mit der Ausprägung der

<sup>19</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S. 6-13.

neuen politischen Themen einher. Auch die Unzufriedenheit mit bestehenden, nicht funktionierenden Institutionen, ist ein Aspekt, der das Aufkommen neuer Bewegungen unterstützt.

Inglehart geht auch von einer Veränderung der politischen Partizipation an sich aus. Die Politik der klassischen industriellen Gesellschaft hat ausgedient. Massenparteien oder religiöse Organisationen verlieren an Bedeutung. Die neuen Bewegungen sollen Selbstverwirklichung und Spontaneität zulassen und nicht wie bisher rigide und bürokratisch aufgebaut sein. Die Regierungen müssen sich demselben Dilemma wie die Parteien stellen. Nationalismus und Patriotismus nehmen nicht mehr den größten Stellenwert ein. Die Frage der nationalen Sicherheit stellte bisher eine wichtige Säule dar und erzeugte ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das einen Staat stärkte.<sup>20</sup>

*„The absence of total war. The simple fact that no Western nation has been involved for thirty years may have extremely significant consequences“.*<sup>21</sup>

Kurz gesagt, Inglehart geht davon aus, dass die Menschen genügend zu essen haben und sich sicher fühlen. Vor allem die Aspekte der Sicherheit und des Wohlstandes sind für den Wertewandel ausschlaggebend, da die Grundbedürfnisse, wie in der Tabelle abgebildet, bereits gedeckt sind. Inglehart geht von Maslows Pyramide aus. Erst wenn alle Grundbedürfnisse abgedeckt sind, entwickelt seines Erachtens der Mensch das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Das ist für ihn der ausschlaggebende Punkt, weshalb sich ein Wertewandel vollzogen hat. Die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Gesellschaften hatten ihre Grundbedürfnisse abgedeckt, wodurch nichtmaterielle Bedürfnisse an Bedeutung zunahmen.<sup>22</sup>

*„...that people tend to retain a given set of value priorities throughout adult life, once it has been established in their formative years“.*<sup>23</sup>

Diese Hypothese ist für Inglehart ebenfalls essenziell. Inglehart ist der Meinung, dass eine gewisse Wertestabilität im Erwachsenenalter besteht und über den Rest des Lebens bestehen bleibt. Alle in der Kindheit und Jugend erworbenen Werte bestehen nach Inglehart also ein Leben lang. Diese Wertestabilität kann nur durch einschneidende

---

<sup>20</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S. 14-16.

<sup>21</sup> Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S.22.

<sup>22</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S. 21-23.

<sup>23</sup> Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S.23.

Veränderungen erschüttert und geändert werden. Inglehart ist der Meinung, dass in den seltensten Fällen solch eine Veränderung im fortgeschrittenen Alter auftritt.<sup>24</sup>

### Materialisten versus Post-Materialisten

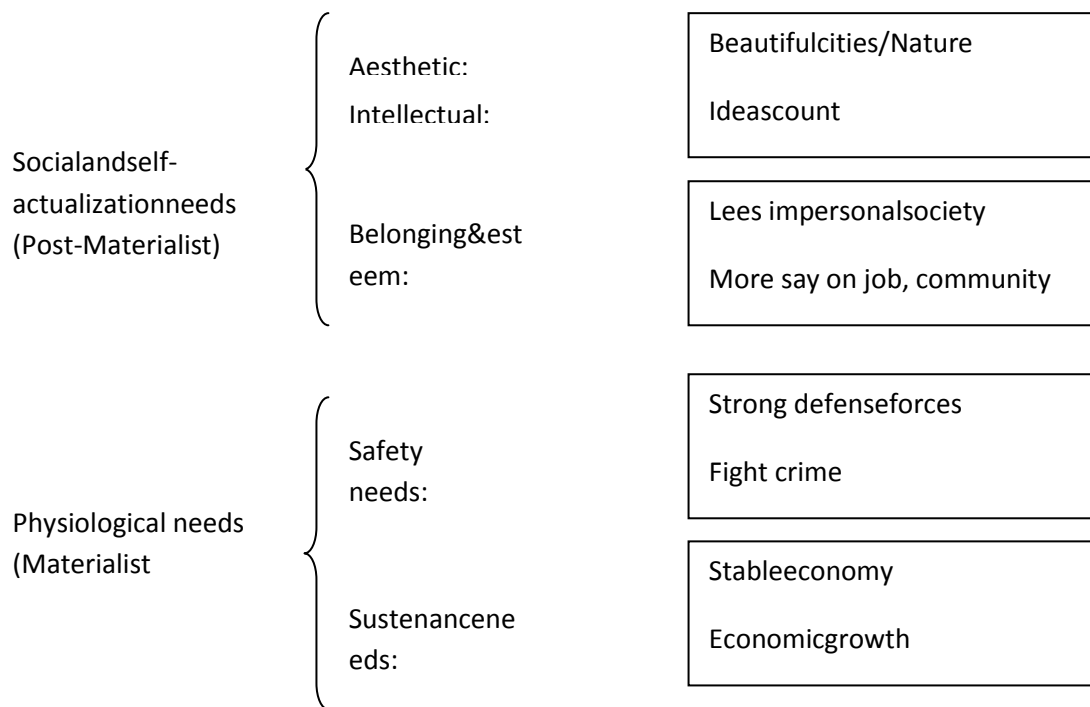


Abbildung 3 Items Used in 1973 Surveys and Needs They Were Intended To Tap.  
Quelle: Ronald Inglehart: The Silent Revolution.

„Man does not live by bread alone“.<sup>25</sup> Die Grafik von Inglehart und das vorangegangene Zitat zeigen einen Wandel vom Materialismus zum Postmaterialismus. Nicht mehr nur die Grundbedürfnisse sind wichtig, sondern im Postmaterialismus bestehen Werte wie Ideen oder Meinungsfreiheit sowie Mitbestimmung im Job und in politischen Angelegenheiten; aber auch die Interessen verschieben sich. So sind zum Beispiel Natur und schöne Städte aufkommende Thematiken. Bei den Materialisten sind eher Werte wie starke Streitkräfte, eine stabile Wirtschaft, wirtschaftlicher Wachstum oder die Kriminalitätsbekämpfung vorrangig. Die Wertevorstellungen klaffen bei Materialisten und Postmaterialisten auseinander.<sup>26</sup>

Ronald Inglehart stellte zusammenfassend zwei wichtige Hypothesen auf, die seinem Erachten nach seine Annahmen zum Wertewandel in westlichen Gesellschaften erklären.

<sup>24</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S.23.

<sup>25</sup> Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S. 43.

<sup>26</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977. S42-43.

1. *„Mangelhypothese: die Prioritäten eines Individuums reflektieren seine sozioökonomische Umwelt. Man schätzt jene Dinge subjektiv am höchsten ein, die verhältnismäßig knapp sind“.*<sup>27</sup>
2. *„Sozialisationshypothese: das Verhältnis zwischen sozioökonomischer Umwelt und Wertprioritäten ist nicht eines der unmittelbaren Anpassung. Eine beträchtliche zeitliche Verzögerung spielt hierbei eine Rolle, da die Grundwerte einer Person zum größten Teil jene Bedingungen reflektieren, die während der Jugendzeit vorherrschten“.*<sup>28</sup>

Die erste Hypothese wurde bereits ausführlich beschrieben, zuerst werden die Grundbedürfnisse gestillt und anschließend werden soziale Aspekte vorrangig. Die zweite Hypothese bedarf noch einer Ergänzung. Der Prozess des Wertewandels erfolgt nicht unmittelbar, sondern erstreckt sich über einen längeren Zeitraum. Wenn er unmittelbar wäre, dann würde man von einer kurzfristigen Verhaltensänderung sprechen. Diese Verhaltensveränderungen sind zwar ein wichtiger Aspekt, sie führen jedoch nicht zu tiefgreifenden Veränderungen im sozialen und politischen Leben. Die Mangelhypothese stellte eine Verbindung zwischen sozioökonomischem Wandel und den Werteveränderungen her. Inglehart geht davon aus, dass ohne einen Mangel kein Wertewandel stattfindet. Er beschrieb dies mit dem Beispiel von Wasser oder Nahrung.<sup>29</sup>

Meiner Meinung nach spricht das Buch „The Silent Revolution“ den Wertewandel einer Zeit der Veränderungen an. Die Gesellschaft der 60er und 70er Jahre war von Wohlstand und Frieden geprägt. Wenn man nach Ingleharts Theorie geht, so war es nur eine Frage der Zeit bis sich die Gesellschaft einem Wertewandel unterzieht. Inglehart ist der Meinung, dass sich die Werte vor allem in der Kindheit und der Jugend bilden und verfestigen. Die 68er Bewegung in Österreich, aber auch in allen anderen Ländern, wäre ein gutes Beispiel um seine Hypothese zu bekräftigen. Die junge Generation der 68er formierte sich zu einer neuen politischen Bewegung und forderte unter anderem neue Werte wie Mitbestimmung und lehnte sich gegen die alten, rigiden Strukturen auf. Bei

---

<sup>27</sup>Inglehart, Ronald: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Berlin u. Speyer, 1979. S. 280.

<sup>28</sup>Inglehart, Ronald: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Berlin u. Speyer, 1979. S. 280.

<sup>29</sup>Inglehart, Ronald: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Berlin u. Speyer, 1979. S. 280-281.

Ingleharts Theorie stelle ich mir nur die Frage, ob sich Menschen in zwei ganz unterschiedliche Typen einteilen lassen? Meines Erachtens gibt es auch Mischtypen von Materialisten und Postmaterialisten und die Grenzen können nicht so scharf gezogen werden, wie es Inglehart in seinem Buch beschreibt. Sowohl die Werte der Materialisten als auch der Postmaterialisten können sich überschneiden bzw. schließen sich meines Erachtens nicht aus. Die zeitliche Periode des Wertewandels spielt meines Erachtens bei der Einteilung Ingleharts in Materialismus und Postmaterialismus eine wesentliche Rolle. Die 68er Bewegung hat das „Buch Silent Revolution“ meiner Meinung nach stark geprägt. Interessant finde ich auch sein Beispiel über den Überfluss an Wasser. Lange Zeit war Wasser im Überfluss vorhanden; als jedoch wissenschaftliche Studien folgten, dass Wasser in einer absehbaren Zeit knapp werden könnte, fingen politische Gruppen an umzudenken und setzten sich für Sparmaßnahmen ein. Auch die Industrie passte sich an. So gibt es heute bereits zahlreiche Methoden und Produkte, um Trinkwasser im alltäglichen Gebrauch einzusparen. Die beiden Hypothesen von Inglehart beschreiben meines Erachtens einen Wertewandel, der vor allem auch an Umweltbedingungen gekoppelt ist.

### 2.3 Helmut Klages und der Traditionsbruch als Herausforderung

Helmut Klages ist sozusagen der Gegenspieler von Ronald Inglehart. Er kritisierte Ingleharts Wertewandel und setzte dem Modell Ingleharts die Wertesynthese entgegen. Helmut Klages Theorie zu Werten und dem Wertewandel soll einen zusätzlichen theoretischen Rahmen für meine Arbeit bilden.

Klages spricht der „Risikogesellschaft“ und der „Postmoderne“ in seiner Analyse zwar nicht die Daseinsberechtigung ab, aber er spricht ihnen nur eine eingeschränkte Rolle in seiner Analyse zu. Klages geht davon aus, dass die Gesellschaft zwar risikobereiter geworden ist, möchte jedoch nicht von einer „Risikogesellschaft“ sprechen.<sup>30</sup>

*„Das sozialpsychologische Produkt einer anwachsenden Risiko-Sensibilität besteht in einer demokratischen Gesellschaft, konkreter gesagt, nicht nur in einer zunehmenden Angst- und Protestbereitschaft, sondern vielmehr auch im Aufbau entsprechender Problemlösungsinteressen und –erwartungen, die sich an politische Parteien und zahlreiche sonstige Verantwortungsträger richten....“<sup>31</sup> Dieses Zitat lässt beispielsweise die 68er Bewegung meines Erachtens in einem neuen Licht erscheinen.*

---

<sup>30</sup> Vgl. Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S. 9-11.

<sup>31</sup> Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S. 11.

Den Begriff der Postmoderne sieht Klages als unsinnig an, da er nicht der Meinung ist, dass die großen Ideologien der Vergangenheit gänzlich verworfen wurden, welche die Postmoderne erst eingeläutet haben. Klages sieht den Beginn des Wertewandels und der Postmoderne auch zeitlich gesehen nicht richtig kalkuliert. Seines Erachtens begann der Wertewandel nicht erst in der ersten Hälfte der 60er Jahre sondern schon weitaus früher.<sup>32</sup> Die nachfolgende Grafik zeigt die Wertesynthese von Helmut Klages.

### Wertetypologie

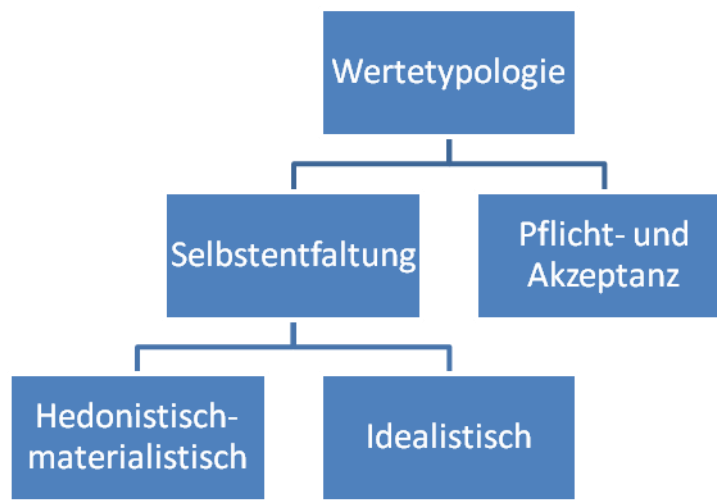


Abbildung 4 Wertetypologie von Helmut Klages.

Quelle: Seminar: Politische Kulturforschung; Dr. Susanne Pickel.

Das Modell von Klages beinhaltet zwei Wertegruppen, zum einen Pflicht- und Akzeptanzwerte und zum anderen die Selbstentfaltungswerte. Sein Modell ist von einer Zweidimensionalität gekennzeichnet. Klages entwickelte ein Mischsystem. Selbstentfaltung und Pflichtwerte schließen sich bei Klages nicht aus. Der Wertewandel ergriff laut Klages nicht nur die junge Generation, sondern alle Generationen. Des Weiteren ist der Wertewandel in stetiger Bewegung. Laut Klages werden sich Werte immer verändern. Er sieht die Weiterentwicklung aber nicht notwendiger Weise mit der Tatsache verknüpft, dass sich auch die Selbstentfaltung bis ins Unermessliche steigert. Gewisse Pflicht- und Akzeptanzwerte werden niemals unter eine gewisse Untergrenze sinken und bestehen bleiben.

Den Begriff der Selbstentfaltung sieht Klages als multidimensional an. Dieser Begriff kann mit unterschiedlichsten Inhalten gefüllt werden. Helmut Klages bezeichnet als Selbstentfaltung vor allem die eigene Partizipation und die Mitbestimmung und

<sup>32</sup> Vgl. Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S.11-16.

Mitsprache sowie die eigene Entscheidungsfindung. Er weist deutlich darauf hin, dass keine scharfe Grenze zwischen Pflicht- und Akzeptanzwerten und der Selbstentfaltung gezogen werden können. Auch die Ausprägung der beiden Werte ist seines Erachtens bei allen Menschen völlig unterschiedlich ausgeprägt. Er versucht trotzdem, vier verschiedene Typologien zu entwickeln. Der erste Typus ist der „nonkonforme Idealist“, der vor allem stark ausgeprägte Selbstentfaltungswerte und ein schwaches Pflicht- und Akzeptanzbewusstsein besitzt. Der zweite Typus ist der „ordnungsliebende Konventionalist“, der ein starkes Pflichtbewusstsein besitzt und nur eine schwache Selbstentfaltung aufweist. Der dritte Typus ist der „aktive Realist“. Er besitzt starke Selbstentfaltungswerte und gleichzeitig auch ein starkes Pflichtbewusstsein. Bei diesem Typus hat eine Wertesynthese stattgefunden. Der vierte Typus ist der „perspektivenlose Resignierte“. Bei diesem Wertetypus sind beide Seiten eher sehr schwach ausgeprägt.<sup>33</sup>

*„Mit anderen Worten entdeckten wir auf der Ebene der Typenbildung eine Pluralisierungstendenz, d.h. also ein spürbar werdendes Durchschlagen desjenigen Differenzierungs- und Individualisierungspotenzials, das dem Wertewandel insgesamt innezuwohnen scheint“.*<sup>34</sup>

Helmut Klages System des Wertewandels bzw. der Wertesynthese stellt eine Kombination aus Denken, Fühlen, Wollen, Bewertung und Verhalten dar. Zwischen den verschiedenen Typen gibt es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten und doch sind sie alle das Produkt des Wertewandels. Klages geht davon aus, dass die Ausbildung hin zu einem bestimmten Typus vor allem durch „peer groups“ geschieht und zum Teil beeinflussbar ist. Vor allem Lern-, Mitglieds- und Arbeitsrollen haben laut Klages einen tendenziellen Einfluss auf die Ausformung eines Wertetypus.<sup>35</sup>

Das 1988 erschienene Buch von Helmut Klages „Wertedynamik“ erscheint mir reflektierter und Klages geht mit Inglehart nicht ganz so hart ins Gericht und übernimmt in seiner Abhandlung sogar einige Aspekte. So ist Klages der Meinung, dass der starke Wertewandel in den 1970er Jahren sehr wohl auch mit der guten wirtschaftlichen Absicherung der Bevölkerung zu tun hat. Die abgesicherte Stellung der Bevölkerung ließ mehr Spielraum für die Selbstentfaltung. Dem wachsenden Sozialstaat spricht Klages ebenfalls eine bedeutende Rolle im Wertewandel zu. Des Weiteren spielte die

---

<sup>33</sup> Vgl. Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S. 26- 33.

<sup>34</sup> Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S. 33.

<sup>35</sup> Vgl. Klages, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung. Frankfurt a. Main, 1993. S. 34-38.

Medienrevolution eine ausschlaggebende Rolle. In den 60er Jahren breitete sich das Fernsehen aus und war zum Teil ausschlaggebend für die Erweiterung des geistigen Horizontes der Bevölkerung. Das Fernsehen begünstigte eine distanzierte Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger auf den Staat und die Gesellschaft. Klages geht davon aus, dass auch die nationalsozialistische Geschichte eine starke Position im Wertewandel einnimmt.<sup>36</sup> „*Es fand hier – so schien es jedenfalls – ein Aufstand der Jungen statt, in dem sich die Rückerinnerung an die verurteilungswürdige, durch nichts zu entschuldigende nationalsozialistische Vergangenheit mit einer prononcierten Abkehr von allem Konservativen, Autoritären und Hierarchisch-Verkrusteten verband, die sich in eine entschiedene Abwertung von Werten wie Disziplin, Gehorsam, Pflichterfüllung, Treue, ...fortsetzte*“.<sup>37</sup> Klages ist des Weiteren der Ansicht, dass vor allem auch die Identitätskrise der jungen Amerikaner und ihr Unverständnis über die Führung des Vietnamkrieges zu den Aufständen der jungen Generation in der ganzen Welt führten. Aber auch die ältere Generation sprach sich gegen den Krieg aus, nur in einer sanfteren Form als es die junge Generation tat. Somit war der Wertewandel laut Klages kein Vorbehalt der jungen Generation. Ein Generationskonflikt war nur aus einem guten Grund zu erkennen und zwar, dass Teile der jungen Bewegung bewusst Regeln verletzen, um die ältere Generation bzw. die staatlichen Organe zu provozieren.<sup>38</sup>

Das Wertesystem von Helmut Klages beantwortet meine aufgeworfene Kritik bei Ronald Inglehart und zwar das Fehlen eines Mischtypus. Klages bezieht in seine Analyse die unterschiedlichen Befindlichkeiten des menschlichen Wesens mit ein. Das Streben nach Sicherheit und ein gewisses Maß an Pflichtbewusstsein schließen sich bei Klages nicht mit dem Drang nach Selbstentfaltung aus. Er sieht auch im Gegensatz zu Inglehart einen Wertewandel nicht als rigide an, sondern dieser ist in einem stetigen Wandel und besitzt eine Weiterentwicklungsdynamik. Somit ist ein Wertewandel nicht nur der jungen Generation wie bei Inglehart vorbehalten. Alle drei theoretischen Modelle nähern sich dem Thema des Wertewandels auf eine Art und Weise. Die Kombination aller drei Theorien bildet einen weitgespannten theoretischen Rahmen für meine Masterarbeit, da ich die Entwicklungen im Hinblick auf die Reformen der Hochschulpolitik in den 1970ern nicht mit einer Theorie erklärbar finde. Die

---

<sup>36</sup> Vgl. Klages, Helmut: Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, 1988. S. 51-54.

<sup>37</sup> Klages, Helmut: Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, 1988. S. 54.

<sup>38</sup> Vgl. Klages, Helmut: Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, 1988. S. 54-56.



historischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen sind zu komplex und benötigen eine Aufschlüsselung der verschiedenen Dimensionen, die meines Erachtens keine Theorie zur Gänze beinhaltet. Wertewandel ist mehrdimensional und so müssen auch verschiedene politische Veränderungen in unterschiedliche Dimensionen unterteilt werden.

### 3 Die Geschichte der Hochschulen in Österreich und die politischen Rahmenbedingungen mit besonderem Blick auf den Zeitraum von 1960 bis 1975

Die Geschichte der österreichischen Hochschulen wurde bis dato noch nicht erschöpfend erforscht und niedergeschrieben. Den Beginn der österreichischen Universitäten bildete ein hoheitlicher Akt und nicht der freiwillige Zusammenschluss von Lehrenden und Studenten. Die Universität in Wien wurde 1365 unter Herzog Rudolf IV. gegründet. Vorbild für die Wiener Universität war die in Paris gegründete Universität. Es folgte die Gründung von Universitäten in Graz und Salzburg. Die Wiener Universität war gegenüber dem Landesfürsten und der Kirche weitgehend autonom geregelt. 1554 kam es nach administrativen Reformen zu einer Übergabe der Universität Wien an die Jesuiten. Im 17. und 18. Jahrhundert standen die österreichischen Universitäten ohne jegliche organisatorische und inhaltliche Autonomie unter der Führung der Kirche. Dies zog einen Ausschluss aus der neuzeitlichen Wissenschaft nach sich. Unter Maria Theresia und Josef II. erfuhren die Universitäten eine weitgehende Neugestaltung, sie wurden reorganisiert und verstaatlicht. Nach der Revolution 1848, in die vor allem auch die Studenten einbezogen waren, konnten die Universitäten eine Neuordnung und eine neue Verfassung mit einer gestärkten Selbstverwaltung erkämpfen. Neuerungen gab es vor allem in der Lehr- und Lernfreiheit, Berufung von Professoren und der Verwaltung. Der Hochschulzugang wurde durch die Anforderung einer Matura neu geregelt. Auch fachlich, personell und materiell wurden die Universitäten stark ausgebaut. Ende des 19. Jahrhunderts keimte erstmals auch die internationale Bewegung zur Zulassung von Frauen für ein Hochschulstudium auf. 1897 durften Frauen erstmalig an den philosophischen Fakultäten inskribieren, 1900 für Pharmazie und Medizin.<sup>39</sup> „*Der früheren Montanlehranstalt wurde 1904 mit dem Promotionsrecht der volle Status einer Hochschule zuerkannt...Dieses im 19. Jahrhundert geschaffene Hochschulsystem ist zumindest in seiner äußeren Gestalt bis in die jüngste Vergangenheit weitgehend unverändert geblieben*“.<sup>40</sup> Nach dem Zerfall der Donaumonarchie wurden die Universitäten von der Republik weitergeführt und 1929 letztendlich auf Dauer dem Bund unterstellt. Die österreichischen Universitäten und diese zeitliche Periode des

---

<sup>39</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem. Wien, 1992. Seite 1-4.

<sup>40</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem. Wien, 1992. Seite 4.

offensichtlichen Stillstandes waren stark durch die Auseinandersetzung um die Erste Republik geprägt. Die Universitäten und ihre Akademiker hatten vor allem mit den neuen politischen Kräften der Arbeiterbewegung zu kämpfen, da diese ihnen skeptisch gegenüberstanden. Ende des 19. Jahrhunderts waren die österreichischen Hochschulen vor allem durch Nationalitätenauseinandersetzungen gespalten, da der Großteil der Akademiker und die Universitäten kein konstruktives Verhältnis zur Demokratie und der Republik pflegte.

Tabelle 1 Studierende 1) aller Kategorien an Universitäten 2), Technischen Universitäten 3) und sonstigen speziellen Universitäten 4), 1918/19 bis 1990/91

Winter-/Sommersemester	Universitäten 2)	Technische Universitäten 3)	Sonstige spezielle Universitäten 4)
1918/19	14.034	5.751	5.792
1930/31	16.911	4.738	2.954
1938/39	7.888	1.819	1.104
1945/46	17.795	4.143	3.217
1950/51	14.690	5.339	2.998
1960/61	23.134	10.899	4.995
1970/71	36.861	11.326	5.660
1981/82 5)	97.422	16.857	13.630
1990/91	141.903	32.866	29.406

1) Ordentliche, außergewöhnliche und Gasthörer; Hörer, die an mehreren Universitäten inskribiert sind, sind mehrfach gezählt

2) Universitäten Wien, Graz, Innsbruck, Salzburg, Linz und Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt

3) Technische Universität Wien, Technische Universität Graz und Montanuniversität Leoben

4) Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien und Wirtschaftsuniversität Wien

5) Vorläufige Zahlen laut ZHE des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik 1989/90

In der Zwischenkriegszeit setzte sich der anti-österreichische Deutschnationalismus durch und der Antisemitismus verbreitete sich auch an den österreichischen Universitäten. Noch vor dem Anschluss an Deutschland war eine Vielzahl der StudentInnen und Lehrenden Mitglieder der nationalsozialistischen Massenbewegung. Durch den Anschluss Österreichs an das Dritte Reich trat auch die deutsche Hochschulgesetzgebung in Österreich in Kraft. Gegner der nationalsozialistischen Bewegung und jüdische StudentInnen und WissenschaftlerInnen wurden umgehend von den österreichischen Hochschulen ausgeschlossen.<sup>41</sup> „...mit weitgehenden Prestigeverlusten, behaftet mit dem Odium der politischen Verführbarkeit und der Machthörigkeit, mit nur wenigen politisch unbelasteten Universitätslehrern und wenigen qualifizierten Wissenschaftlern“.<sup>42</sup> Das österreichische Hochschulsystem und sein Ansehen waren schwer beschädigt.

*„Damals, 1945, hat man gewußt, daß der Krieg nicht mit Hörnerklang und Schrammelmusik enden wird...Die Österreicher, von der eigenen tragischen Geschichte belehrt, begannen ihr Land aufzubauen, schöner und gefestigter, als es vor der faschistischen Barbarei und vor dem katastrophalen Krieg war...Vor 30 Jahren, im Mai 1955, wurde die Sehnsucht des Österreichischen Volkes nach Wiedererlangung der ihr nach all den Jahren nach 1945 widerrechtlich vorenthaltenen Souveränität erfüllt“.*<sup>43</sup>

Diese Zitate stellen die Stimmung und die Probleme des österreichischen Volkes und der österreichischen Hochschulen deutlich dar.

*„Die Hochschulen litten unter dem vielfachen Aderlaß von 1934, 1938 und von 1945. Zurück blieb eine ziemlich provinzielle, politisch eher konservativ ausgerichtete Professorenschaft“.*<sup>44</sup>

Mit der Befreiung Österreichs und der Wiederherstellung der österreichischen Republik nahmen auch die österreichischen Universitäten wieder ihre alte Stellung ein. Der Lehrbetrieb an den Universitäten wurde rasch wieder aufgenommen und zahlreiche StudentInnen strömten an die österreichischen Universitäten. Die Universitäten waren jedoch sowohl in ihrem Ruf als auch materiell stark angeschlagen. Zu den

---

<sup>41</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem. Wien, 1992. Seite 4-6.

<sup>42</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem. Wien, 1992. Seite 6.

<sup>43</sup> Blecha, Karl: Die Politik der SPÖ- Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: Gegen den Strom- Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986. S.238.

<sup>44</sup> Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Wien, 2005. S.434.

gravierendsten Problemen zählten die politische Unbefangenheit der Professoren, wenige qualifizierte Wissenschaftler und der Prestigeverlust durch Machthörigkeit.

In den ersten Jahren der Zweiten Republik kam es zu keinen Neuerungen oder Reformen an den österreichischen Hochschulen. Vorrangig bis 1955 war der Wiederaufbau Österreichs. Diese Periode ließ nur wenig Spielraum für intellektuelle Qualifikationen und Errungenschaften. Die akademische Welt hatte an Prestige verloren, da vor allem Handwerk, für den Wiederaufbau Österreichs benötigt wurde. Bis Anfang der 1960er Jahre trat nur ein einziges Gesetz im Bereich der Hochschulen in Kraft und zwar 1949 die Einführung der österreichischen Hochschülerschaft als eigenständige Körperschaft.

1955 trat das Hochschul-Organisationsgesetz in Kraft, da der Bedarf einer gesetzlich einheitlich geregelten Verwaltung bestand. Bis dato war das Hochschulrecht durch eine Vielzahl von unübersichtlichen Detailregelungen geprägt.

Die österreichischen Universitäten hatten mit materieller und personeller Knappheit zu kämpfen und die Einrichtung an den Unis war veraltet. Durch das Ansteigen der Studentenzahl ab 1955 kam es durch die ohnehin schlechten Zustände an den Universitäten noch zu einer Verschlechterung, da die Universitäten qualitativ und quantitativ überfordert waren. Vor allem das Lehrpersonal war einer starken Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unterworfen. Die bessere finanzielle Versorgung der Universitäten trat immer mehr in den Vordergrund und verlangte nach einer Lösung. 1959 fanden im Rahmen der Budgetverhandlungen für die österreichischen Universitäten die ersten Studentenproteste statt. Gleichzeitig forderte jedoch die Wirtschaft neue Errungenschaften von den österreichischen Hochschulen. Das wirtschaftliche Interesse für eine Reform des Hochschulsystems stieg drastisch an, da das steigende Wirtschaftswachstum durch Technologieimport auf Dauer nicht mehr gedeckt werden konnte. Diese Tatsache führte in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zu etlichen Neuerungen und einem deutlichen Anstieg der Expansion des höheren Bildungswesens.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem, Wien, 1992. Seite 6-8.

Hier kann eine Verknüpfung zu Inglehart und Klages hergestellt werden. Die Wirtschaft war stabil und die österreichische Bevölkerung war abgesichert. Sozialpolitische Themen und Reformen nahmen an Bedeutung zu. Auch Daniel Bells Aspekt des stetigen Anwachsens der Größenverhältnisse ist hier zu erkennen. Der Ansturm der StudentInnen an die österreichischen Universitäten war nur durch den Ausbau des Bildungswesens und den notwendigen Reformen zu bewältigen.

Das österreichische Hochschulsystem hatte von Anbeginn an mit vielen Problemen zu kämpfen und war vorrangig durch die politische Situation Österreichs geprägt. Modernisierung und Reformen waren bis in die 1960er Jahre nur von geringer Bedeutung.

Das Hochschul-Organisationsgesetz wurde 1955 eingeführt. Es wurde erlassen, um alle wissenschaftlichen Hochschulen mit einem einheitlichen Gesetz zu regeln. Das Hochschul-Organisationsgesetz besaß keine wesentlichen Veränderungen im Bereich des materiellen und in der Organisationsstruktur der Universitäten, daher blieb die Hochschulorganisation des 19. Jahrhunderts bis zur Neuordnung der Hochschulen durch das UOG 1975 bestehen.<sup>46</sup>

Das Hochschul-Organisationsgesetz brachte nur einige nennenswerte Neuerungen. Es wurde die Autonomie der Universitäten gesetzlich verankert, Lehrfreiheit und Lernfreiheit sowie wissenschaftliche Selbstverantwortung wurden definiert, sowie die Verbindung von Forschung und Lehre wurde festgehalten.<sup>47</sup>

Das Hochschul-Organisationsgesetz von 1955 stellte keine umfassende Reform dar, sondern fasste nur die bereits bestehenden Gesetze zusammen.

Weiters umfasste das HOG folgende drei Punkte:

- Die Angleichung der Statuten der österreichischen Fachhochschulen an die Universitäten
- Die Gleichstellung der außerordentlichen und ordentlichen Professoren, da diese ebenfalls einen Sitz und eine Stimme in den Selbstverwaltungsgremien erhielten

---

<sup>46</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung: Das österreichische Hochschulsystem, Wien, 1992. Seite 36.

<sup>47</sup> Vgl. Fischer, Marina; Strasser, Hermann: Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Wien, 1973. Seite 192-193.

- Die Gleichstellung der evangelisch-theologischen Fakultät mit den übrigen Fakultäten.<sup>48</sup>

Die Hochschulpolitik nach 1945 war meines Erachtens vor allem durch den Aspekt der Autonomie geprägt. Dieser Aspekt der Autonomie stützte sich vor allem auf die Erhaltung der Selbstbestimmung der Privatgelehrten zum Zweck der Gewährleistung des wissenschaftlichen Wahrheitstrebens. Auf der Strecke blieb hier vor allem die inneruniversitäre Organisationshierarchie. Gestärkt wurden die bis dato ohnehin Privilegierten. Gerade in den 1950er Jahren versuchte die österreichische Wissenschaft an den internationalen Standard anzuschließen, da Österreich bewusst wurde, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt wichtig für das Überleben und die Strukturierung gesellschaftlicher Systeme geworden war. Des Weiteren wurden der personelle und materielle Ausbau der Universitäten außer Acht gelassen, der zu Problemen innerhalb der universitären Hierarchie führte.

Das Hochschul-Organisationsgesetz hat seine traditionellen Zielsetzungen beibehalten und somit blieben organisatorische Maßnahmen ohne Wirkung. Das Gesetz erfüllte jedoch seinen Zweck für die politischen Parteien und die Öffentlichkeit. Der Hochschulbetrieb wirkte nach außen geregelt und somit konnten weitere Investitionen gerechtfertigt werden. Das Hochschulbudget stieg von Jahr zu Jahr an.<sup>49</sup>

Hier kann eine Verbindung zu Daniel Bells Studien zur nachindustriellen Gesellschaft hergestellt werden. Daniel Bell führte die zuletzt beschriebenen Probleme der österreichischen Universitäten in seinem Buch an. Der sich rasch verändernde technische Fortschritt und die zunehmenden Größenverhältnisse führen zu neuerlichen Problemen der hierarchischen Strukturen und zu Rivalitäten unter dem Universitätspersonal, die einer neuen Regelung bedürfen.

In der zweiten Hälfte der Rekonstruktionsperiode konnte das starke Wirtschaftswachstum durch den Import neuer Technologien und ganzer Produktionslager aus dem Ausland noch abgefangen werden, jedoch wurden die Strukturschwächen immer deutlicher.

Seit 1960 ließ jedoch das Wirtschaftswachstum in Österreich nach, dies lag vor allem darin, dass der Wiederaufbau Österreichs zunehmend abgeschlossen war und sich

---

<sup>48</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 200.

<sup>49</sup> Vgl. Fischer, Marina; Strasser, Hermann: Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Wien, 1973. Seite 194-196.

gleichzeitig starke Strukturschwächen vor allem in der Industrie bemerkbar machten. Notwendig war vor allem die Investitionen in qualifizierte Arbeitskräfte und die Forschung, um die Strukturschwächen auszugleichen. In dieser Zeit wurden auch die Rahmenbedingungen für die Veränderungen des Ausbildungssystems geschaffen. Durch die politischen Gegebenheiten dieser zeitlichen Periode trat vor allem der Ausbau der sozialen Sicherheit in den Vordergrund und es herrschte ein Klima des sozialen Friedens. Bildungspolitik trat in Anbetracht dieser politischen Gegebenheiten in den Hintergrund. Die ÖVP forderte in ihrem Aktionsprogramm 1960 die Bereitstellung größerer Mittel für die Gewerbeforschung und die „allseitige Entfaltung eines freien kulturellen Lebens“. Die SPÖ hatte in diesem zeitlichen Abschnitt keinen nennenswerten Einfluss auf die Bildungspolitik. Sie forderte jedoch die uneingeschränkte Freiheit von Wissenschaft, Lehre und Forschung sowie die Studienpläne zu modernisieren und die Hochschulen materiell besser auszustatten.<sup>50</sup>

Die Periode von 1945 bis Mitte der 1960er Jahre war also wie zuvor beschrieben vor allem durch materielle, quantitative und ideologische Probleme gekennzeichnet. Das Hochschul-Organisationsgesetz erfüllte nur den einen Zweck, nämlich Subventionen zu legitimieren und das Hochschulsystem nach außen hin geordnet erscheinen zu lassen.

Seit Ende der 1950er Jahre hat sich das Hochschulsystem grundlegend verändert. Es kam zu einem Zuwachs wissenschaftlicher Disziplinen und einer Ausweitung der Funktionen der Universitäten und zu einem Übergang der Eliteuniversitäten zu Massenuniversitäten. Das universitäre Personal nahm stetig zu. Es wurden mehr ProfessorInnen und AssistentInnen eingestellt, aber auch das administrative und technische Personal wurde aufgestockt. Auch in der österreichischen Gesellschaft war ein Anstieg der Relevanz von Wissenschaft zu vermerken. Dies machte sich vor allem in der höheren Qualifikation der Arbeitskräfte bemerkbar. Durch den technischen Fortschritt wurde auch dementsprechend höher ausgebildetes Personal benötigt. Ein weiterer Fortschritt war die zunehmende außeruniversitäre Forschung. Der Forschungssektor wurde umstrukturiert und ausgedehnt. Zwischen 1967 und 1972 stiegen die Ausgaben für Forschung von 1.794 Millionen Schilling auf satte 3.370 Millionen Schilling an.<sup>51</sup>

---

<sup>50</sup> Vgl. Fischer-Kowalski, Marina; Strasser, Hermann: Autonome Entwicklungsmöglichkeiten der Universitäten. Wien, 1974. Seite 49-55.

<sup>51</sup> Vgl. Fischer-Kowalski, Marina; Strasser, Hermann: Autonome Entwicklungsmöglichkeiten der Universitäten. Wien, 1974. Seite 65- 70.



Die zunehmenden Größenverhältnisse und das Übergehen von Elite- zu Massenuniversitäten zogen einen Ausbau der universitären Einrichtungen und ein Aufstocken des Personals nach sich. In dieser zeitlichen Periode wurden auch vermehrt staatliche Gelder in den Ausbau der Universitäten und in die Forschung und Wissenschaft investiert, da diese zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung gewannen. Daniel Bell erwähnte bereits in seinem Buch, dass es zu einer Zunahme der Akademiker in einer postindustriellen Gesellschaft kommen würde, da für viele Berufsgruppen eine höhere Schulausbildung notwendig ist.

Die Zeit von Anfang der 1960er Jahre bis Mitte der 1970er war von einer aktiven Reformpolitik geprägt. Grund für die aktive Reformpolitik war, wie bereits erwähnt, das schwindende Wirtschaftswachstum. Ein weiterer Aspekt war die Chancengleichheit, sprich Bildung sollte für die gesamte Bevölkerung gleichermaßen zugänglich sein. Dies lag nicht zuletzt daran, dass der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften stark anstieg. Die Grundlage wurde bereits im 1962 beschlossenen Schulgesetz geschaffen, indem eine Verbreiterung der Zugangsberechtigungen zu Hochschulen eingeführt wurde.

Die Maßnahmen, die auf hochschulpolitischer Ebene getroffen wurden, waren die Erweiterung der Kapazitäten und die Steigerung der Effizienz im Hochschulwesen.

Die Ausweitung der Kapazitäten basierte nicht nur auf dem höheren zur Verfügung stehenden höheren Budget und der steigenden Anzahl an Dienstposten, sondern auch auf der Errichtung neuer Hochschulen.

- 1962 entstanden in Salzburg die juristische und die philosophische Fakultät.
- 1962 entstand in Linz die Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die 1966 eröffnet wurde.
- 1969/1970 wurde an der Universität Innsbruck der Lehrbetrieb an der Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur aufgenommen.
- 1970 wurde ebenfalls in Klagenfurt eine Hochschule für Bildungswissenschaften gegründet.

Die Hochschulreform umfasste zwei Punkte, zum einen die Studienreform und zum anderen die Strukturreform. Hier sind zwei Aspekte entscheidend, der erste Aspekt ist die Rationalisierung und der zweite Aspekt ist die Meritokratisierung. Die Rationalisierung der Universitäten bedeutete die Veränderung des Studiums und der Hochschulen durch Technisierung und Standardisierung. Die Meritokratisierung ist die

Durchsetzung von Organisationsformen im Hochschulsystem, die vor allem auf einem Leistungsprinzip basiert. In den Vordergrund sollen Leistungsanforderungen treten und nicht wie bisher ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis zwischen ProfessorInnen und StudentInnen.<sup>52</sup>

*„Man könnte nun die Veränderung der letzten fünfzehn Jahre als langsame, schrittweise Durchsetzung einer industriellen gegenüber einer solchen manufakturmäßigen Produktionsweise betrachten, wobei der Schwerpunkt nicht auf Technisierung, sondern auf Standardisierung/Organisierung liegt“.*<sup>53</sup>

Die beiden Aspekte der Meritokratisierung und der Rationalisierung spiegeln sich in der Studienreform und der Strukturreform des österreichischen Hochschulsystems wider.

Die aus dem 19. Jahrhundert bestehenden Studienvorschriften regelten Studiendauer, Prüfungsfächer und Rigorosen nur sehr allgemein. Die Lehr- und Prüfungsinhalte wurden vor allem durch die ProfessorInnen vorgegeben. Um eine Rationalisierung durchzusetzen, benötigte es zum einen, die Professoren ihrer Machtstellung zu entheben und zum anderen eine Modernisierung der Wissenschaftsverwaltung herbeizuführen. Noch vor der Zeit der Studentenbewegung kam es zu einer Verbündung zwischen StudentInnen und Administration gegen die ProfessorInnen. Die StudentInnen stellten sich gegen die veralteten Lehrinhalte der ProfessorInnen. Durch die zunehmende Zahl an StudentInnen kam es zu einer massiven Verschlechterung der Betreuungsverhältnisse an den Universitäten.<sup>54</sup> *„Bereits in der Phase, noch lange vor der Studentenbewegung, bildete sich eine Achse der Bündnisse zwischen Administration und Studenten gegen die Professoren heraus, die zentrale Durchsetzungsvoraussetzung aller Reformen“.*<sup>55</sup> Der damals amtierende Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel forderte mehr Kapital für die Hochschulen. Dr. Heinrich Drimmel drohte mit seinem Rücktritt, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden. Seine Forderungen wurden durch große Studentendemonstrationen gestützt. Das Begehren wurde jedoch abgelehnt und Dr. Heinrich Drimmel trat zurück. An seine Stelle trat Dr. Peter Pfiffel-Percevic, der nun einen stärkeren Kurs der Planung verfolgte und den notwendigen

---

<sup>52</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 202-204.

<sup>53</sup> Lassnig, Lorenz; Fischer-Kowalski, Marina; Auhser, Margarete: Veränderungsprozesse im Hochschulbereich seit dem zweiten Weltkrieg. 1981. S. 215.

<sup>54</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 204-206.

<sup>55</sup> Auhser, Margarete; Fischer-Kowalski, Marina; Genowitz, Herbert; Lassnig, Lorenz: Entwicklung des postsekundären Bildungswesens in Österreich. Wien, 1981. S. 120.

Modernisierungsprozess in der Verwaltung initiierte. 1965 rief er den Rat für Hochschulfragen ins Leben. Dieser Rat setzte sich aus StudentInnen, ProfessorInnen und AssistentInnen zusammen. Die Einbeziehung in den politisch-administrativen Entscheidungsprozess sollte auch potentielle Kritiker milder stimmen.

1967 wurde die Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war die Erarbeitung eines Planungskonzepts für den Ausbau der österreichischen Hochschulen. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus VertreterInnen der Hochschulen, der Wirtschaft und des zuständigen Ministeriums zusammen. Die Anwesenheit der Wirtschaft liegt nicht zuletzt an dem Bedarf qualifizierter Arbeitskräfte und der Strategie die Qualifikationserzeugung zu planen und zu erreichen.

Der Rat für Hochschulfragen forderte eine Hochschulreform in drei Etappen:

- Studienreform
- Personalreform
- Organisationsreform

Dadurch entstand 1966 das „Allgemeine Hochschul-Studiengesetz“. Dieses wurde einvernehmlich zwischen allen Parteien, StudentInnen und ProfessorInnen beschlossen. Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz bildete den logistischen und studienorganisatorischen Rahmen und brachte einheitliche Regelungen der Studien für alle österreichischen Hochschulen. Dies bedeutet, dass den Universitäten nur noch Autonomie in der Erstellung und Durchführung der Studienpläne zustand; die Studieninhalte und die Studienverläufe lagen nun in der Entscheidungsgewalt des Staates. Als leitende Grundsätze für die Studiengestaltung an österreichischen Hochschulen galten:

- Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre
- Die Offenheit für Lehrinhalte
- Die Lernfreiheit
- Ein Zusammenwirken der Lehrenden und Lernenden und
- Die Autonomie der Hochschulen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes war die Straffung und Verkürzung der Studien. Dies sollte durch die Teilung des Studiums in drei Studienabschnitte erreicht werden. Diese drei Abschnitte gliederten sich wie folgt:

- 1. Abschnitt bis zur Diplomprüfung
- 2. Abschnitt Diplomprüfung
- 3. Abschnitt Doktorat

Das Doktorat sollte jedoch nur den besonders Qualifizierten zugänglich sein. Das Doktorat sollte der Sicherung einer besonders qualifizierten Elite dienen. Die Unterteilung in Abschnitte sollte ebenfalls mit einer Unterteilung der beruflichen Qualifizierung einhergehen. Im Bereich der strukturellen Gegebenheiten von Prüfungen und Rigorosen änderte sich durch dieses Gesetz jedoch nichts. Die Einführung des Diplomstudiums ließ eine bessere Vergleichbarkeit und Planung der Studien zu. Gleichzeitig wurde der Gestaltungsfreiraum der StudentInnen eingeschränkt und es kam zu einer Zunahme der Leistungsanforderungen. Trotzdem wurde das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz von allen Beteiligten als positiv empfunden.<sup>56</sup>

Die Einführung des Diplomstudiums und die Unterteilung in drei Abschnitte war nicht nur eine Rationalisierung und eine gesetzlich notwendige Straffung der Studien, sondern vor allem auch eine Neuordnung der Hierarchie. Auch hier lässt sich meines Erachtens eine Verknüpfung zu Daniel Bells Beobachtungen herstellen. Die Zunahme der StudentInnen führte zu einem notwendigen Ausbau und gleichzeitig zu Machtkämpfen an den Universitäten. Die Stellung der ProfessorInnen sollte zugunsten der Mitbestimmung der StudentInnen geschwächt werden. Des Weiteren kommt es durch die Unterteilung der Studienabschnitte zu einer Hierarchie der AkademikerInnen und somit zu einer Bildung der Elite in den Berufsgruppen. Die notwendigen Schritte in Richtung der postindustriellen Gesellschaft, die sich vor allem durch Wissenschaft und Technik auszeichnet und ihre damit verbundenen Probleme zeichnen sich in der Entwicklung der österreichischen Hochschulen meines Erachtens nach deutlich ab. Der Wertewandel war in vollem Gange. Die junge Generation lehnte sich gegen die Autoritäten und den Staat auf und kämpfte für mehr Mitbestimmung.

1966 trat auch das „Besondere Studiengesetz“ in Kraft. Es wurde ohne Kontroversen verabschiedet. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass nur wenige Studienrichtungen durch dieses Gesetz betroffen waren, wie staatswissenschaftliche Studienrichtungen an juristischen Fakultäten oder die Hochschule für Welthandel.

---

<sup>56</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 206-208.

Die Stimmen der ProfessorInnen zu den etablierten Studienrichtungen wurden immer kritischer und ließen vermuten, dass die Durchsetzung der Studienreform scheitern könnte. Die Hochschulverwaltung musste den akademischen Mittelbau und die StudentInnen als Verbündete für sich gewinnen, um den Rationalisierungsprozess weiter vorantreiben zu können. Zu diesem Zeitpunkt hatte auch die Studentenbewegung in abgeschwächter Form die österreichischen Hochschulen erreicht.<sup>57</sup> „*Der Druck, den die Studenten in den folgenden Jahren in Richtung auf eine Änderung der Entscheidungsstruktur innerhalb der Hochschule ausübten, (war) der Administration strukturell nicht unwillkommen, denn daß eine Effizienzsteigerung des Studienbetriebes nicht ohne eine relative Entmachtung der Professoren vor sich gehen konnte, war damals nicht nur den Studenten, sondern auch der Administration klar*“.<sup>58</sup> Sie sollte die Interessen der StudentInnen auch in der Politik durchsetzen. Für die Hochschulverwaltung war es nun wichtig, die ohnehin stark mobilisierten StudentInnen auf ihre Seite zu ziehen. Dies bedeutete nicht zuletzt auch Zugeständnisse zu tätigen. Dazu zählte unter anderem die Einführung einer EDV-Hochschulstatistik, die von den StudentInnen jedoch als Kontrollinstrument empfunden wurde. Des Weiteren wurde auf Drängen der Studentenbewegung ein kumulatives System von Leistungsnachweisen eingeführt und nicht wie bisher das Ablegen großer Teilprüfungen. Die StudentInnen forderten unter anderem auch eine stärkere Mitbestimmung in allen bestehenden Gremien. 1968 wurde durch die Studentenbewegung ein Konzept zur Neugestaltung der Hochschulorganisation erarbeitet, in der eine drittelparitätische Vertretung der StudentInnen in allen Gremien gefordert wurde. Auch der Hochschulverwaltung wurde allmählich klar, dass eine Strukturreform nur durch die Schwächung der Position der ProfessorInnen einhergehen konnte.

1968 folgte dem Rat die Parlamentarische Hochschulreformkommission. Sie war ein rein politisches Gremium und befasste sich vorrangig mit Machtfragen und Funktion sowie Organisation der Hochschulen. Die größte Errungenschaft der Kommission war die probeweise Einführung der drittelparitätischen Vertretung auf Fakultätsebene. 1969 wurde die drittelparitätische Studienkommission in den nächsten Studiengesetzen verankert. Gegen den heftigen Widerstand der ProfessorInnen wurde zusammen mit der

---

<sup>57</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 208-209.

<sup>58</sup> Auhser, Margarete; Fischer-Kowalski, Marina; Genowitz, Herbert; Lassnig, Lorenz: Entwicklung des postsekundären Bildungswesens in Österreich. Wien, 1981. S. 123 f.

ÖVP Regierung die Mitbestimmungskonzession zur Durchsetzung der Studienreform beschlossen.<sup>59</sup>

Die Strukturreform war durch die Studentenbewegung nun im Gange. Die Organisationsreform wurde der Personalreform vorgezogen. Die Parlamentarische Hochschul-Reformkommission löste sich aufgrund von Mitbestimmungsauseinandersetzungen 1972 auf. Zuerst verließen aufgrund der geforderten Mitbestimmungsforderungen die ProfessorInnen und anschließend auch die StudentInnen die Kommission. Die Durchsetzung der Strukturreform lag nun wieder beim Ministerium. Jedoch hatten sich auch politische Veränderungen in dieser Zeit vollzogen.<sup>60</sup>

### 3.1 Die 1968er Bewegung – Ein Wertewandel und die Lust an der politischen Provokation

*„Makelove, not war - dieses Motto lässt heute noch einen verklärten Glanz im Gesicht so manchen 68ers aufleuchten, wenn es irgendwo in einer Gesprächsrunde auftaucht. Liebe statt Krieg wirft ein eher romantisches Licht auf eine Generation, die zum Aufstand gegen das Establishment- auch ein gängiges Vokabel dieser Zeit - ausdrückt...Jugendliche haben genug von der Konsumgesellschaft, die ihnen die Kriegs- und Wiederaufbaugeneration hinterlässt, und wollen sich von den Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft befreien“.*<sup>61</sup>

Die 68er Generation stellte sowohl die Institutionen als auch Autoritäten jeglicher Art in Frage. Eltern, Staat und Kirche waren zu diesem Zeitpunkt eher Feindbilder. Die Anhänger der 68er Bewegung lebten frei von Zwängen, und waren stark von dem Ruf nach politischer Befreiung geprägt. Die 68er Bewegung revoltierte weltweit gegen die bestehende politische Ordnung. Die Bewegung wurde vor allem durch den jungen intellektuellen Nachwuchs getragen, sprich den StudentInnen. Im Fokus der 68er Bewegung standen jedoch nicht nur bildungspolitische Anliegen und die Lern- und

---

<sup>59</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 209-210.

<sup>60</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 210.

<sup>61</sup> Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S. 14.

Lehrfreiheit, sondern sie wollte die gesamte Gesellschaft verändern. Die 68er Bewegung stellte unabhängig vom jeweiligen politischen System den Staat in Frage.<sup>62</sup>

*„Mit langen Haaren und lässigen Klamotten marschieren sie vom Bahnhof über die Landstraße zum Klosterhof, um sich ein Bier zu gönnen. Die verächtlichen Blicke der Linzer bestärken sie in ihrem Glauben, zu einer neuen, unabhängigen Generation zu gehören“.*<sup>63</sup>

*„Ohne kontinuierliche Mobilisierung bleibt der Protest einer sozialen Gruppe eine Episode, ein Aufruhr, eine Revolte...Aktionen, Kampagnen und Projekte sind Mittel, Aktivisten zubinden, Sympathisanten zu gewinnen und zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erringen, doch garantieren sie nicht zwangsläufig einen Mobilisierungserfolg“.*<sup>64</sup>

Die beiden Zitate zeigen den Geist der 1968er Bewegung. Die Jugend rief weltweit zum Protest auf und formierte sich. In einigen Ländern gelang die Mobilisierung besser als in Österreich. Charakteristisch waren die gesetzten Aktionen der Aktivisten, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich und die Anliegen der Bewegung zu lenken. Meines Erachtens stellt die 1968er Bewegung den deutlichen Wertewandel vor allem in der jungen Bevölkerung dar. Die postindustrielle Gesellschaft formte sich in dieser zeitlichen Periode besonders deutlich aus. Die Jugend rebellierte gegen die alten Werte ihrer Vorfahren und forderte neue nicht materialistische Werte. Der Drang der jungen Generation nach Wissen stand im Gegensatz zu den materialistischen Werten der älteren Generation. Die Neuordnung der Hierarchien und der bestehenden Werte sollte durch die neuen Werte der jungen Generation ersetzt werden. Die industrielle Gesellschaft transformierte sich durch die 68er Bewegung zunehmend in Richtung einer postindustriellen Gesellschaft. Auch Ronald Ingleharts Theorie kommt hier zum Tragen. Die Bedürfnisse der Aktivisten in den westlichen Industriestaaten waren befriedigt. Die Aktivisten sprachen sich gegen den Vietnamkrieg aus. Die Moral und die politische Meinungsfreiheit waren Werte, die nun an erster Stelle standen. Klages Wertesynthese trifft dies genau auf den Punkt. Die 68er Bewegung forderte Lösungen durch die Politik. Die 68er Bewegung war der perfekte Mischtypus aus gesteigerter

---

<sup>62</sup> Vgl. Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.14-16.

<sup>63</sup> Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.14.

<sup>64</sup> Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. München, 2005. S.25.

Selbstentfaltung, die sich in den Aktionen der Aktivisten widerspiegelte und das gewisse Maß an Pflichtbewusstsein, welches sich im Einsatz gegen den Vietnamkrieg zeigte.

### 3.2 Der Fall Borodajkewycz und das Aufleben der Studentenbewegung

Der Fall Borodajkewycz war ausschlaggebend für das erste Aufbäumen der Studentenbewegung. Professor Taras Borodajkewycz war ein illegaler Nationalsozialist, der von seinen StudentInnen bei Test verlangte, bei Karl Marx und Hans Kelsen das Wort „Jude“ beizufügen. Er leugnete das Bestehen einer österreichischen Nation. Der Student Ferdinand Lacina trug mit Heinz Fischer gemeinsam Material zusammen und publizierten es in der Arbeiterzeitung. Im März 1965 hielt der VSSTÖ eine Pressekonferenz ab, bei der Details über Professor Borodajkewycz bekannt gegeben werden. Bei den Protestaktionen gab es erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik einen Toten. Die ÖVP distanzierte sich zwar von Taras Borodajkewycz, im selben Atemzug gaben sie jedoch bekannt, keine alten Wunden aufreißen zu wollen. Nach dem Fall Borodajkewycz dauerte es jedoch noch Jahre bis sich die Studentenbewegung in Österreich richtig formierte. Der Fall Borodajkewycz warf erstmalig die Frage über die Funktion der Universität auf. In Österreich begannen die StudentInnen, angeleitet durch die internationalen Vorbilder, erst spät sich für die Demokratisierung in allen Lebensbereichen einzusetzen. Die ÖsterreicherInnen schlossen sich spät aber doch dem europäischen Trend der Massenbildungsgesellschaft an. Die Universitäten sollten für jedermann zugänglich gemacht werden. Die österreichischen StudentInnen lernten sich gegen das Establishment zu wehren und dagegen zu agieren. Die StudentInnen lehnten sich gegen altbewährte Rituale und Feiern an den Universitäten auf, aber auch gegen das politische Zeremoniell. Sogar Berufspolitiker der Sozialdemokraten wurden bei ihren Reden unterbrochen und kritisiert. Die Studentenbewegung machte auch vor dem sozialdemokratischen Maiaufmarsch nicht halt.<sup>65</sup>

*„Das Aufkommen von TV und Boulevardblättern brachte die „weite Welt“ in die Wohnungen, nicht mehr Tradition war gefragt, sondern Modernität in allen Belangen. Die Menschen wurden selbstbewusster...Stabilität war nicht mehr so wichtig,*

---

<sup>65</sup> Vgl. Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.48-51.



*Individualität und Risikobereitschaft nahmen zu. Alles Neue wurde grundsätzlich positiv beurteilt“.*<sup>66</sup>

In Wien konzentrierte sich die Protestwelle der StudentInnen im Wesentlichen auf das Jahr 1968. Sie kann als österreichisches Pendant zu den Aktionen in Paris und Berlin gesehen werden. Am 10. Februar 1968 protestierten persische und österreichische StudentInnen gegen den Besuch des Schah von Persien. Es kam vor dem Hotel Sacher zu schweren Ausschreitungen, die durch Festnahmen durch die Polizei endeten. Das österreichische Spezifikum der Studentenbewegung war die Opernballdemonstration am 22. Februar. 1968. Kommunistischen StudentInnen gelang es in die Staatsoper einzudringen und Flugblätter gegen den Vietnamkrieg an die Gäste des Opernballes zu verteilen. Auch die Redaktion der Radiozeitschrift „Hör zu“, die dem Springer Verlag angehörte, wurde durch die Wiener Demonstranten aufgesucht und es wurden Parolen geschrien und Sprechchöre gesungen. Hier gingen die österreichischen Demonstranten nach Berliner Muster vor. Die aufgeheizte Stimmung in Österreich nahm zu. Der Maiaufmarsch der Sozialdemokraten stand vor der Tür und es herrschte zwischen Partei und Studentenorganisation ein schlechtes Klima. Am 1. Mai 1968 beim Blasmusikfest der SPÖ eskalierte die Situation. 1000 VSSTÖler und Kommunisten fanden sich vor dem Rathaus ein. Die Demonstration wurde durch die Exekutive niedergeschlagen. Sowohl auf Seiten der Demonstranten als auch auf Seiten der Exekutive gab es Verletzte bei den Ausschreitungen. Die SPÖ handelte nach den Ausschreitungen vom 1. Mai. 1968. Dr. Bruno Kreisky kündigte ein Parteiverfahren an. Einige der Aktivisten aus dem VSSTÖ mussten austreten. Viele Linke innerhalb der Partei gingen nicht konform mit der Vorgehensweise.<sup>67</sup>

*„Blasmusik hat Vorrang – wo die Wiener sich vergnügen wollen, lehnen wir jede Diskussion ab!“*<sup>68</sup>

Durch die scharfe Parteilinie in puncto Demonstrationen hielt sich bei der SPÖ der Gewinn und der Verlust die Waage. Was sie bei den Bürgerlichen dazugewann, verlor sie bei den Linken. Die ausgeschlossenen VSSTÖ Aktivisten und die Mitglieder der Kommune Wien kamen nicht zur Ruhe und bereiteten der SPÖ weiterhin

---

<sup>66</sup>Pesendorfer, Harald: Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ, Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Wien, 1996. S.112.

<sup>67</sup> Vgl. Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.51-53.

<sup>68</sup>Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008.S. 54.

Kopfzerbrechen. Nach deutschem Vorbild bildete sich der Sozialistische Österreichische Studentenbund. Er prägte trotz seinem nur kurzen Bestehen von drei Wochen nachhaltig die 68er Bewegung. Nach einem Vortrag Ende Mai beschlossen 100 StudentInnen der SÖS den Hörsaal 1 am NIG zu besetzen und sich somit Gehör zu verschaffen. Am Tag darauf wollten 100 StudentInnen des Instituts für Anglistik eine Prüfung in diesem Hörsaal ablegen. Die Anhänger des Ringes Freiheitlicher Studenten rissen die rote Fahne herunter und riefen Parolen wie „Kommunisten raus“. Diese Aktion verlagerte sich dann in das Auditorium Maximum, in dem StudentInnen und ProfessorInnen über die Mitbestimmung diskutierten. Der 7. Juni 1968 war ein denkwürdiger Tag für die Studentenbewegung. Im Auditorium Maximum versuchten die Aktivisten der RFS den ÖH-Vorsitzenden Dantine zu stürzen. Dies wurde jedoch durch die Mehrheit abgelehnt.

### 3.3 Der Hörsaal- Skandal und seine Folgen

*„Für den Höhepunkt öffentlichen Aufsehens sorgte die Aktion „Kunst und Revolution“ ...Brus sang die österreichische Bundeshymne, während er onanierte, neben Nacktheit wurde auch das Ergebnis von Verdauungsprozessen präsentiert“.<sup>69</sup>*

Die Frankfurter Rundschau beschrieb den Protest an der österreichischen Universität wie folgt: *„Aktionskünstler pinkelten in einen Hörsaal, übergaben sich und zerschnitten sich mit Rasierklingen die Haut. Das Bürgertum war empört, 1968 in Österreich.“<sup>70</sup>*

Eine Gruppe von Aktivisten, die wohl bemerkt keine StudentInnen waren, veranstalteten im Hörsaal 1 einige Aktionen, welche die Anliegen der Studentenbewegung überschatteten. Peter Weibel schimpfte über den Finanzminister und Otto Mühl peitschte einen Masochisten vor versammelter Menge aus. Diesen Aktivisten ging es rein um die Provokation. Sie waren der Meinung, dass Österreich an bürgerlicher Unzufriedenheit und geistiger Provinzialität leiden würde. Die der Studentenbewegung ohnehin schon gegenüber negativ gestimmte Presse stürzte sich auf die Aktionen der Aktivisten. Alle Zeitungen berichteten über den Skandal im Hörsaal 1 am NIG. Dieser Skandal und die Verurteilung der Aktivisten durch die Justiz bedeuteten das Ende und die Auflösung des SÖS. Kreisky und seine Partei sahen sich in ihrem Vorgehen gegen die Linken bestätigt. Die Österreichische Hochschülerschaft litt

---

<sup>69</sup>[www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/1968-gegen-das-system/594.html](http://www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/1968-gegen-das-system/594.html), Zugriff am 3. Jänner 2013.

<sup>70</sup>[www.fr-online.de/zeitgeschichte/1968-in-oesterreich-heisse-viertelstunde,1477344,2767126.html](http://www.fr-online.de/zeitgeschichte/1968-in-oesterreich-heisse-viertelstunde,1477344,2767126.html), Zugriff am 3. Jänner 2013.

unter den Nachwehen des Hörsaal-Skandals. Die wichtigen Anliegen der Studentenbewegung wurden durch die Aktionen der Aktivisten überschattet. Vor allem die Reformen an den Universitäten traten in den Hintergrund, da sich die studentischen Aktionen eher auf der Straße abspielten als in den Sitzungszimmern. Die ÖSU war eine ÖVP nahe Studentenvertretung, die im Mai neuerlich einen Reformversuch startete. Nach langen Diskussionen wurde im Sommer 1969 ein Reformpaket geschnürt, das auch die Mitbestimmung der StudentInnen beinhaltete. Die Reformvorhaben wurden später durch die Kreisky-Regierung zum größten Teil realisiert. Die linken Aktivisten konnten dieser Reformarbeit nur wenig Positives abgewinnen und setzten auch in Zukunft auf die Politisierung der StudentInnen. Die anderen Studentenorganisationen distanzierten sich zunehmend vom linken Flügel und bei den ÖH-Wahlen 1971 konnten sie in Wien nicht einmal ein linkes Wahlbündnis erreichen und boykottierten letztendlich die ÖH-Wahlen. Viele linke Aktivisten der 68er Bewegung suchten sich ein neues Feld in der Politik, Wirtschaft oder den Medien. Andere wanderten in die Anarchie ab, oder lebten in Kommunen.<sup>71</sup>

Die in Erinnerung gebliebenen Aktionen der 68er Bewegung in Österreich gingen vor allem von Künstlern aus, die ihren Missmut durch die beschriebenen Ereignisse darstellten. Partizipation und Meinungsfreiheit können hier mit der Theorie von Klages verbunden werden. Der Aktionismus dieser Künstler zeigt, dass sie nur noch sehr wenig Pflichtbewusstsein besaßen und vor allem die Selbstentfaltung im Vordergrund stand.

### 3.4 Politik und die 68er Bewegung – Ein absoluter Gegensatz?

*„Im Jahr 1965 feiert die Wiener Universität ein großes Fest: Sie gedenkt ihrer Gründung vor 600 Jahren durch den Habsburger Rudolf IV. Ganz im Stil der alten „universitas“ lässt sie Traditionen aufleben...Ein glanzvolles Fest, zu dem die Studenten ihren Anteil beitragen“.*<sup>72</sup>

Wenige Jahre danach wäre solch ein festlicher Umzug nicht mehr ohne Proteste und Demonstrationen möglich gewesen. 1968 fand der allgemeine Drang nach Veränderung auch in Österreich einen Nährboden. Ab 1945 regierte in Österreich eine Große Koalition der ÖVP und der SPÖ. Einundzwanzig Jahre war das Land in Rot und Schwarz aufgeteilt und der Proporz durchzog die Regierung, die Verwaltung und die

---

<sup>71</sup>Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S. 54-56.

<sup>72</sup>Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S. 43.

öffentlichen Betriebe. Sozialer Friede wurde vor allem durch die Sozialpartnerschaft der Interessensvertreter gesichert und jeder Streikansatz wurde bereits im Keime erstickt. Die Interessenvertretung kontrollierte die Löhne und Preise und griff auch in die Gesetzgebung ein. Anfang der 60er Jahre waren der großen Koalition weitgehend die Hände gebunden. Die großen Politiker, die am Wiederaufbau der Zweiten Republik beteiligt waren, zogen sich langsam zurück und es folgte eine neue Generation, die nicht mehr vom „Mythos der Lagerstraße“ geprägt war. 1966 gewann die ÖVP bei den Wahlen mit Josef Klaus als Kanzlerkandidaten, die absolute Mehrheit. Klaus versprach Reformen und frischen Wind in der Politik. Die SPÖ driftete unter Bruno Pittermann und Franz Olah in die Krise. Der kurzzeitige Gewerkschaftspräsident und Innenminister Franz Olah wurden wegen undurchsichtigen finanziellen Transaktionen strafrechtlich belangt und in Folge zu einem Jahr schwerem Kerker verurteilt. Des Weiteren wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Auch für die junge Generation war es zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirklich attraktiv ganz links zu stehen, was sich jedoch ändern sollte. Josef Klaus war ein tiefgläubiger konservativer Katholik, der war nicht in der Lage war, außer seinen Parteigenossen andere Gesellschaftsschichten anzusprechen. Für die damals überall in Europa aufkommenden Protestbewegungen hatte Josef Klaus kein Verständnis. Er setzte sich zwar für Reformen ein, stand jedoch der Diskussionssucht der 68er Bewegung ablehnend gegenüber. Er war der Meinung, wer arbeitet findet keine Zeit zum Diskutieren. Innerhalb der ÖVP war Josef Klaus als Reformler angesehen. Während der Regierungszeit der ÖVP wurden auch Reformen durchgeführt und erstmals befand sich auch eine Frau im Regierungsteam. Frau Grete Rehor war von 1966 bis 1970 Sozialministerin. Durch die ÖVP wurde die Kinderbeihilfe erhöht, der Wohnbau forciert und der Österreichische Rundfunk reformiert. Was der ÖVP jedoch nicht gelang, war sich emotional auf das Volk und seine Bedürfnisse einzulassen. Dadurch kam es zum Aufbegehren innerhalb der Wählerschaft.

Auch der harte Sparkurs, der das Budget sanieren sollte, wurde durch die Bevölkerung nicht in hohem Maße begrüßt.<sup>73</sup>

*„Das hier der Veränderungswille Kreiskys nicht nur auf Gegenliebe stieß, ist wenig verwunderlich. Oft kam auch der Vorwurf, daß die propagierte „Öffnung“ nichts anderes als dem Zerfall und der Aufweichung der Partei dienen würde.“<sup>74</sup> Bruno Kreisky erkannte den neuen Geist der Zeit rechtzeitig und passte die Politik der SPÖ an die Forderungen des Volkes in gewissem Maße an. „Die Partei müsse sich endlich öffnen, sonst gerate sie in Gefahr, immer mehr zu erstarren und die Stimmen der Jugend zu verlieren“.<sup>75</sup>*

*„Sechs Monate Wehrdienst sind genug, ist das Versprechen, mit dem Bruno Kreisky die Jugend für sich gewinnt“.<sup>76</sup>*

Dr. Bruno Kreisky traf mit derartigen Aussagen den Nerv der Zeit und erreichte somit vor allem die junge 68er Generation. Dr. Bruno Kreisky liebte die „jungen Wilden“ zwar nicht und wurde durch sie auch kritisiert, jedoch folgten sie ihm vor allem aufgrund der zur Wehrpflicht getroffenen Aussage. Dr. Bruno Kreisky war ein Seismograf für den Wandel der Zeit. Er wurde als der Erneuerer der Demokratie gefeiert. Anders als Josef Klaus gegen den sich nun nicht mehr nur die SchülerInnen und StudentInnen, sondern auch die AutofahrerInnen und Bauern und Bäuerinnen auflehnten.<sup>77</sup>

*„Wie schon an früherer Stelle gesagt, wurden junge Menschen mit gehobenem Bildungsniveau in besonderem Maße vom Wertewandel betroffen. Hinter dieser trockenen Feststellung versteckt sich die Tatsache, daß es in beträchtlichen Teilen der Jugend in der Tat das krasse Phänomen eines totalen Wertumsturzes gab“.<sup>78</sup>*

*„Gerade wegen der sogenannten Wählergruppe der Intellektuellen und Akademiker habe ich immer wieder das Prinzip der offenen Partei vertreten...Der erklärte*

---

<sup>73</sup> Vgl. Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S. 43-45.

<sup>74</sup> Pelinka, Anton: Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft. Wien, 1981. S.100.

<sup>75</sup> Klenner, Fritz: Zu wenig und zu spät. In : Die Zukunft, Heft 7. 1966. S. 3-4.

<sup>76</sup> Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.46.

<sup>77</sup> Vgl. Rohrhofer, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008. S.47.

<sup>78</sup> Klages, Helmut: Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, 1988. S. 59-60.

*Nachholbedarf an Liberalität hat uns in den von mir mit Erfolg geführten Wahlkämpfen von 1970 -1983 denn auch die Unterstützung der Intellektuellen gebracht“.*<sup>79</sup>

Dr. Bruno Kreisky versuchte seine Partei für alle Wählerschichten zu öffnen. Die junge 68er Bewegung war größeren Teils sehr gebildet. Bruno Kreisky versuchte sich auf die verschiedenen Zielgruppen zu konzentrieren und setzte dazu auch gezielte Slogans ein, um auch Kritiker von seinen politischen Vorhaben zu überzeugen. Der Wertewandel der österreichischen Jugend zeigte sich massiv durch die Proteste der 68er Bewegung. Der Wertewandel war jedoch zu diesem Zeitpunkt zu einem großen Teil in der ganzen Bevölkerung zu verzeichnen. Auch die Politik und vor allem die SPÖ unter Dr. Bruno Kreisky forderte Veränderungen und Reform, wenn auch in einer abgeschwächten Version. Hier lassen sich die Typologien von Helmut Klages gut anwenden, um die Dimensionen der 68er Bewegung zu erfassen. Die „nonkonformen Idealisten“ äußerten sich in der Form der jungen Wilden der 68er Generation und in den Studentenbewegungen. Der Typus des „ordnungsbewussten Konventionalisten“ ist meines Erachtens mit der Person Josef Klaus und der ÖVP zu verbinden, da das Pflichtbewusstsein stark ausgeprägt und der Reformwille eher schwach war. Der „aktive Realist“, der sowohl gleichermaßen Pflichtbewusstsein als auch Selbstentfaltung vereint, spiegelt sich vor allem in Dr. Bruno Kreisky und seiner SPÖ wieder.

### 3.5 Dr. Bruno Kreisky und der Aufstieg der SPÖ – Ein Wertewandel in der Politik

*„Die Solidarität wuchs nicht nur innerhalb des eigenen Landes, sondern über die Grenzen hinaus...Der Drang, schöpferisch tätig zu sein, nahm immer mehr zu und zugleich auch das Denken vom Ich zum Du“.*<sup>80</sup>

Der Aufstieg der Arbeiterbewegung zu einer politischen Großpartei und damit einhergehend die Teilnahme an Koalitionsregierungen war ein Phänomen, das sich in vielen europäischen Ländern zeigte. Der Aufstieg der Arbeiterparteien hing von der Weltanschauung sowie den politisch, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der unterschiedlichen europäischen Länder ab. In Österreich waren die Sozialdemokraten 1918 bis 1920 und 1945 bis 1966 an den Koalitionsregierungen beteiligt. In der Zweiten Republik war Dr. Bruno Kreisky von 1953 bis 1959 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und von 1959 bis 1966 Bundesminister für Auswärtige

---

<sup>79</sup> Kreisky, Bruno: Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Wien, 1988. S. 361.

<sup>80</sup> Magschok, Hans: Rote Spieler – Blaue Blusen. Wien-Köln-Graz, 1983. S. 15-16.

Angelegenheiten. Anschließend ging die SPÖ in die Opposition; 1967 wurde Bruno Kreisky Parteivorsitzender der Sozialdemokraten.<sup>81</sup>

*„Die Wahl 1970 brachte den ersten politischen Erdbeben. Die internationale Demokratisierungswelle, die Auflockerungstendenzen in der katholischen Kirche, die Änderungen der Sozialstruktur, die neuen Mittelschichten, die Aufsteiger und die in ihrer Protesthaltung gegen Konservative und gegen verkrustete Strukturen gestärkten Jungen begünstigten die SPÖ als progressiv-reformistische Kraft stärker als die durch jahrzehntelange Regierungstätigkeit abgenützte ÖVP“.*<sup>82</sup>

1970 wurde die ÖVP erstmalig seit 1945 von der Regierungsverantwortung durch die SPÖ abgelöst. Die ÖVP befand sich nun in der Opposition. Österreich löste sich zum ersten Mal von dem Glauben, nur durch eine bürgerliche Partei regiert werden zu können. SPÖ und FPÖ einigten sich in dieser Zeit auch auf eine Wahlrechtsreform, die Kleinparteien von ihrer bisherigen Benachteiligung befreite. Bruno Kreiskys SPÖ stand von nun an für die politische Mitte und war offen für alle Gesellschaftsschichten. Die neue Parteilinie sprach vor allem auch WählerInnen der bürgerlichen Schicht an. Die SPÖ unter Bruno Kreisky stand für die Liberalisierung und Enthierarchisierung des öffentlichen Lebens und für den Relevanzverlust des Primärsektors zu Gunsten des Mittelstandes. Diese zeitliche Periode war stark durch den Politiker Bruno Kreisky geprägt. Die SPÖ konnte nun in den Wählerpools der anderen Parteien fischen, da sich nicht mehr nur Arbeiter von ihrer Politik angesprochen fühlten. Mit Bruno Kreisky zogen auch der Wohlfahrtsstaat und eine verbesserte wirtschaftliche Lage in Österreich ein. Die moderne Sozialpolitik von Bruno Kreisky begeisterte die österreichischen WählerInnen. Überfällige Reformen in den Bereichen der Justiz, Schule und Kultur wurden mit den Oppositionsparteien einvernehmlich vorgenommen, da die SPÖ für die Verbesserungen und Vorschläge der Opposition offen war. Die ÖVP konnte ihre Forderungen in den folgenden Bereichen durchsetzen:

- Herabsetzung der Volljährigkeit
- Teilzeitbeschäftigung

---

<sup>81</sup> Vgl. Verosta, Stephan: Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik – Versuch einer Übersicht 1989 bis 1955. In: Die Ära Kreisky – Schwerpunkte der Österreichischen Außenpolitik. Wien, 1983. Seite 15.

<sup>82</sup> Blecha, Karl: Die Politik der SPÖ- Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: Gegen den Strom- Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986. S.239.

- Alten- und Gesundheitspolitik.<sup>83</sup>

*„Viel erstaunlicher noch als dieser Befund ist aber die Entwicklung nach der Bildung der ersten sozialistischen Alleinregierung. Die SPÖ tat nämlich nicht, was man vielleicht reflexartig in einer solchen Ausgangslage tun würde: nämlich rundum zu versichern, daß man gar nicht so sei, wie vielleicht angenommen werde, sondern viel ungeduldiger, zäher, zurückhaltender und verbindlicher. Die SPÖ begann ihre Arbeit offensiv, mit einer Art Reideologisierung. Aber dennoch galt es, den Begriff der sanften Gesellschaftsveränderung durch Reformpolitik breiteren Schichten der Bevölkerung erst zu vermitteln, während andererseits der drängenden Jugend die Dialektik vor Augen geführt werden mußte, daß die Reformqualität in eine neue Gesellschaftsqualität umschlagen muß“.*<sup>84</sup>

Weitere Reformen konnten in den Bereichen Wirtschaft durch die Gewerbeordnung, im Arbeitsverfassungsgesetz mit Drittelparität der ArbeitnehmerInnen in Betriebs- und Aufsichtsräten durchgesetzt werden. Im Sozialbereich wurden die 40 Wochenstunde, die Geburten- und Heiratsbeihilfe und die Schülerfreifahrt sowie die Gratis-Schulbuchaktion eingeführt. Im Bereich der Justiz einigte man sich auf das Herabsetzen des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre, das Strafrecht wurde novelliert und die Fristenregelung trat in Kraft. Im Bildungsbereich konnte die SPÖ die Hochschulgebühren beseitigen, das UOG trat in Kraft und das Schulunterrichtsgesetz wurde verabschiedet. Die größten Reformen fanden im Straf- und Familienrecht sowie im Hochschulwesen statt. Des Weiteren verfolgte Bruno Kreisky außenpolitisch eine aktive Neutralitätspolitik. Er festigte dadurch das nationale Bewusstsein der ÖsterreicherInnen. Auch außenpolitisch erlebte Österreich unter Bruno Kreisky seine Blütezeit. Die österreichische Außenpolitik war in dieser Zeit von Bewegung, Entfaltung und Gestaltung gekennzeichnet.<sup>85</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Gehler, Michael: Die Zweite Republik- zwischen Konsens und Konflikt. In: Politik in Österreich- ein Handbuch. Wien, 2006. Seite 40-41.

<sup>84</sup> Blecha, Karl: Die Politik der SPÖ- Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: Gegen den Strom- Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986. S.239-240.

<sup>85</sup> Vgl. Gehler, Michael: Die Zweite Republik- zwischen Konsens und Konflikt. In: Politik in Österreich- ein Handbuch. Wien, 2006. Seite 41-42.



Kreisky passte seine Politik an Veränderungen und den Geist der Zeit an: *„Die alte und neue Sozialdemokratie haben die gleichen Inhalte, aber verschiedene Methoden, weil sich die gesellschaftlichen Bedingungen geändert haben“*.<sup>86</sup>

*„Und wieder war es der Mut und Entschlossenheit, daß sich die Sozialisten nicht von diesen Reformvorhaben abbringen ließen, zu Recht, wie wir heute wissen. Alle diese Reformwerke sind heute unbestritten und fester Bestandteil des Denkens und Empfindens der Österreicher. Das starre, variationslose und angsterfüllende Schulsystem, das bis Ende der sechziger Jahre herrschte, die Universität der Honoratioren, die oft auf der gesetzlichen Basis des beginnenden 19. Jahrhunderts operierenden Justiz, die sogar in vielen Gesetzen verankerte Diskriminierung der Frau...“*.<sup>87</sup>

Sowohl der AKH- Skandal als auch die Affäre Lucona ließen erstmalig Korruptionsvorwürfe gegen die Regierungspartei aufkommen. Bruno Kreisky und seine SPÖ hatten jedoch eine fest verankerte Position in der österreichischen Gesellschaft. Diese Tatsache war ausschlaggebend für den nicht eintretenden Machtverlust. Bruno Kreiskys Person wurde jedoch umstrittener.

Die politischen Rahmenbedingungen durch die Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky und die allgemeine breite Akzeptanz für seine moderne Sozialpolitik in der Gesellschaft stellen meines Erachtens einen wichtigen Aspekt für die Einführung des UOG dar. Unter Bruno Kreisky kam es zu einer Reihe von Reformen. Diese Reformen konnten in den meisten Fällen in Einvernahme mit der Opposition durchgeführt werden. Das herrschende politische Klima unter der Alleinregierung der SPÖ ermöglichte erst die genannten notwendigen Reformen. Bruno Kreiskys Politik war von Selbstbestimmung und einer Besserstellung der gesamten österreichischen Gesellschaft geprägt. In dieser politischen Periode wurden nachhaltige Reformen eingeleitet. Die wichtige Dimension der Selbstbestimmung in diesem Zeitraum zeigte sich nicht nur an dem eingeführten Hochschulgesetz, sondern auch an der Einführung der Fristenregelung und somit der Selbstbestimmung der Frau über ihren eigenen Körper. Bruno Kreisky versuchte mit den Reformen die Hierarchiestrukturen aufzulösen und die Karten neu zu mischen. Auch das friedliche Miteinander und die Aufteilung der Macht

---

<sup>86</sup>Bruno Kreisky vor den Trägern der Viktor-Adler Plakette am 5. April 1978. Zitat nach: Raming, Walter: Von Marx bis Kreisky. Wege und Ziele des Sozialismus 1888-2000. Wien, 1979. S. 4.

<sup>87</sup>Blecha, Karl: Die Politik der SPÖ- Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: Gegen den Strom- Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986. S.241.

in den verschiedenen Gremien waren meines Erachtens durch den Aspekt der Mitbestimmung gekennzeichnet.

Im Sommer 1970 wurde ein eigenes Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung errichtet. Das 1969 von der SPÖ beschlossene Hochschulkonzept wurde zur Grundlage der Strukturreformen auf Hochschulebene. Dieses von der SPÖ erarbeitete Konzept umfasste folgende Punkte:

- nach Qualifikation gestufte Mitbestimmung
- Mitverantwortung aller Personen, die am Wissenschaftsprozess beteiligt sind
- Transparenz der Willensbildung und der Entscheidungsprozesse

Hiermit begannen auch die Kontroversen um das 1975 beschlossene Universitätsorganisationsgesetz. Das UOG ist eines der am heftigsten diskutierten Gesetze der Zweiten Republik und es wurde lange beraten bevor 1971 der erste Entwurf vorgelegt wurde. 1972 folgte ein weiterer Entwurf, 1973 wurde der Gesetzentwurf schließlich im Nationalrat eingebracht. Der Gesetzesentwurf 1971 enthielt basisdemokratische Elemente, welche im Entwurf von 1972 gestrichen und durch ministeriell-aufsichtsrechtliche Züge ersetzt wurden. Diese Phase der Hochschulreform war von Auseinandersetzungen geprägt. Im Besonderen die Mitbestimmung stand im Fokus der Kontroversen. Vor allem die ProfessorInnen und die Vertretung der Arbeitgeber lehnten das Gesetz vehement ab. Unterstützung erhielt das Gesetz von Teilen der StudentInnen, Arbeitnehmervertretung, Ministerien und Gebietskörperschaften. Die Gegner des UOG konnten sich mehr Gehör in der Öffentlichkeit verschaffen als die Befürworter des Universitätsorganisationsgesetzes. Die parlamentarische Debatte um die Strukturreform und um das UOG war ebenfalls durch die Mitbestimmungsfrage gekennzeichnet.<sup>88</sup> *„Die Themen der parlamentarischen Beratung beweisen..., daß die Strukturreform überwiegend- fast ausschließlich- von der Mitbestimmungsfrage her verstanden und betrieben wurde..., Die Akteure des parlamentarischen Verfahrens- „oben“ die drei politischen Parteien, „unten“ die Verbände der „Gruppen“ und die Rektorenkonferenz hatten durchaus unterschiedliche Auffassungen über die Strukturreform..., es galt auch für die politischen Parteien selbst,*

---

<sup>88</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 210-212.

*deren unterschiedliche Auffassung sich dazu noch in keinem Fall überwiegend mit jenen, die unter den Betroffenen vertreten wurden, deckten“.*<sup>89</sup>

*„Ja, Österreich begann ein anderes Land zu werden, als es vor diesem historischen 1970 war“.*<sup>90</sup>

Für die SPÖ bedeutete die Reform der Universitäten eine Veränderung in der sozialistischen Gesellschaftspolitik, da nun eine Demokratisierung aller Lebensbereiche stattfand und die bisherige politische Isolierung der SPÖ im Bereich der Hochschulen aufgehoben wurde. Die SPÖ konnte sowohl den Mittelbau als auch die StudentInnen für sich gewinnen. Durch die SPÖ distanzierten sich diese Gruppen von den ProfessorInnen und sahen ihre Möglichkeit, die Reformwünsche zu realisieren. Die ÖVP war innerparteilich gespalten und somit in ihrem Agieren gelähmt. Die im Vorfeld versuchten Kompromissversuche zwischen den VertreterInnen der Professoren, StudentInnen und AssistenInnen scheiterte kläglich. Während eine Einigung zwischen diesen Gruppierungen fast aussichtslos schien, näherten sich die beiden Großparteien an. In der Mitbestimmungsfrage wurden sich SPÖ und ÖVP weitgehend einig, jedoch scheiterte die Konsensbildung bei der Stellung des Universitätsdirektors.

Das Universitätsorganisationsgesetz wurde unter der SPÖ Alleinregierung im April 1975 letztendlich, trotz der Proteste der Oppositionsparteien, im Nationalrat beschlossen. 1975/1976 trat es endgültig in Kraft. Das UOG war seit 1848 die am meisten einschneidende Strukturreform auf Hochschulebene. Es kam durch das UOG zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse und zu einer Abschaffung der „Ordinarienverhältnisse“. Die Veränderung der Machtstrukturen und die Einführung des UOG basierten auf der politischen Notwendigkeit der Demokratisierung als Instrument für die notwendige Durchsetzung der Hochschulreformprozesse. Des Weiteren stand die Abschaffung der Ordinarienuniversität unter dem Stern der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“, sprich alle Lebensbereiche, auch Bildung und vor allem Hochschulbildung, müssen einem Demokratisierungsprozess unterworfen werden.<sup>91</sup> *„Demokratie bezieht sich auf alle Formen gesellschaftlicher Macht, sie kann nicht auf Teilbereiche der Gesellschaft beschränkt werden. Demokratie ist nicht nur für*

---

<sup>89</sup>Kneucker, Raoul, F.: Das Universitäts-Organisationsgesetz 1975: Die gesetzgebenden Kräfte .In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft; Wien, 1980. Seite 269.

<sup>90</sup>Blecha, Karl: Die Politik der SPÖ- Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: Gegen den Strom- Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986. S.242.

<sup>91</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 212-213.

*den staatlichen, sondern auch für den nichtstaatlichen Sektor optimales Legitimationsprinzip und ethisches Ziel“.<sup>92</sup>*

Dieses Kapitel meiner Masterarbeit zeigt, dass es in der Ausformung einer postindustriellen Gesellschaft zu dem Auftreten neuer Probleme kommt. Festgefahrene hierarchische Strukturen müssen durch den fortschreitenden Wandel von Technik und Wissenschaft umstrukturiert oder aufgelöst werden. Dies geschieht jedoch nie ganz ohne Konflikte. Das UOG von 1975 ist solch eine Strukturveränderung. Es bildeten sich neue Untersysteme, die ebenfalls nach einem Mitbestimmungsrecht strebten. Das Erlassen von Gesetzen im Hochschulbereich ist meines Erachtens die notwendige Antwort auf die postindustrielle Entwicklung. Die zunehmenden Größenverhältnisse und das zunehmend herrschende Leistungsprinzip erfordern die Modernisierung vor allem auf Ebene des Bildungssektors, um international wettbewerbsfähig bleiben zu können. Ingleharts Wertewandel untermauert zum Teil theoretisch den geschichtlichen Abriss. Der Wertewandel begann mit der 68er Bewegung und wurde durch die Gesellschaft und durch die Regierung unter Dr. Bruno Kreisky gefestigt. Die neuen Werte wie Selbstbestimmung der Frau, Mitbestimmung in allen politischen Bereichen und vielen Institutionen wie den Universitäten fanden durch den Wertewandel Einzug in die Gesellschaft und die Gesetze. In diesem Kapitel hat sich mir des Öfteren die Frage gestellt, ob ein Wertewandel auch heute noch möglich ist bzw. ob dieser vielleicht schleichend und wie in Ingleharts Buch „The Silent Revolution“ leise und im Stillen passiert? Jedoch frage ich mich ebenfalls, was sind denn eigentlich die Werte meiner Generation? Wofür kämpfen wir? Wir, eine Jugend, die zwar mit Zukunftsängsten groß wird, gleichzeitig aber im Überfluss aufwächst sowie eine Absicherung durch den Sozialstaat im Rücken hat. Ist der revolutionäre Charakter meiner Generation nicht zur Wahl zu gehen? Ist ein Wertewandel überhaupt noch möglich in einer Zeit, in der die Jugend mit rein materialistischen Werten und dem Streben nach Profit aufwächst? Oder ist dies bereits der vollzogene Wertewandel? Meines Erachtens ist; ohne zu stark polarisieren zu wollen, meine Generation im Überfluss aufgewachsen, ohne Krieg und mit einer gesetzlichen Basis und dem Recht auf freie Meinung sodass diese nicht mehr nach Selbstentfaltung strebt. Dr. Bruno Kreisky und seine SPÖ waren „aktive Realisten“. Diese Tatsache ermöglichte erst die Reformen im Hochschulwesen und anderen

---

<sup>92</sup>Pelinka, Anton: Dynamische Demokratie. Stuttgart, 1974. Seite 20.

gesellschaftspolitischen Bereichen. Meines Erachtens hat die Mischung aus Selbstentfaltung und Pflichtbewusstsein zu diesen einschneidenden Reformen geführt. Festhalten möchte ich jedoch, dass ohne den unstillbaren Drang der jungen 68er Bewegung nach Selbstentfaltung dieser Wertewandel nicht in diesem Ausmaß stattgefunden hätte. Die 68er Bewegung gab die Impulse für eine längst überfällige Weiterentwicklung.

#### 4 Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) von 1975

##### 4.1 Politischer Rahmen und Reformstrategien der 1970er Jahre mit besonderem Blick auf die Auswirkungen der Sozialpolitik in Bezug auf das Entstehen des UOG 1975

*„Es gibt eine annähernde zeitliche Koinzidenz zwischen allgemeinen strukturellen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Einschnitten und solchen im Bildungswesen...“<sup>93</sup>*

Bereits in den 60er Jahren zeigte sich, dass Österreich einen großen Bedarf an Liberalität und Weltoffenheit nachzuholen hatte. Es herrschte innerhalb der ÖVP noch immer der kleinbürgerliche Geist und die FPÖ war durch deutschnationalistische Aspekte gekennzeichnet. Immer mehr wurde nach Programmentwicklung und strategischer Planung gestrebt. Die ÖVP rief 1965 erstmalig die „Aktion 20“ ins Leben, die WissenschaftlerInnen in programmatische Diskussionen miteinbezog. Der SPÖ unter Dr. Bruno Kreisky gelang es jedoch eine umfassende gesellschaftspolitische Programmatik zu entwickeln, die sowohl WissenschaftlerInnen und Intellektuelle als auch KünstlerInnen involvierte. Ihre Ziele konnte die SPÖ nur erreichen, indem sie sich zu einer modernen Reformpartei entwickelte. Dr. Bruno Kreisky baute die SPÖ inhaltlich und organisatorisch um. Kreisky versuchte sein Augenmerk vor allem auf die wirtschaftspolitischen Kompetenzen zu richten, da dies seines Erachtens der einzige Weg war, seine Partei bei den nächsten Wahlen an die Spitze zu bringen. Dr. Bruno Kreisky beauftragte Dr. Heinz Fischer ein Hochschulkonzept zu entwickeln. Dieses Hochschulkonzept wurde durch die Mithilfe von ProfessorInnen, StudentInnen und AssistentInnen erarbeitet und enthielt bereits das Mitbestimmungsmodell des 1975 eingeführten UOG unter Dr. Hertha Firnberg. Die Diskussion der vielzähligen Programme führte zu einer Verwissenschaftlichung der Politik. Reform und

---

<sup>93</sup>Lassnig, Lorenz; Fischer-Kowalski, Marina; Auhser, Margarete: Veränderungsprozesse im Hochschulbereich seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 1981. S.206.

Modernisierung wurden als vorrangig angesehen und es wurde versucht an internationale Trends anzuschließen. Das Hochschulkonzept der SPÖ beruhte auf dem Prinzip der Demokratie, da die SPÖ unter Dr. Bruno Kreisky davon ausging, dass die Gestaltung der materiellen und sozialen Umwelt nur durch das demokratische Prinzip zu verwirklichen sei. Dr. Hertha Firnberg erarbeitete mit einer Arbeitsgruppe, der junge PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und BeamtenInnen angehörten, das Universitätsorganisationsgesetz von 1975. Wichtigster Aspekt war die Mitbestimmungsfrage.

Zu den leitenden Grundsätzen des Hochschulkonzeptes zählten:

- Die Freiheit von Forschung und Lehre als Grundprinzip der Wissenschaft
- Das Sicherstellen der Vielfalt wissenschaftlicher Methoden und Meinungen sowie die Verbindung von Forschung und Lehre
- Die Demokratisierung der Hochschulen sprich die Beteiligung an der universitären Entscheidungsfindung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten
- Die Lernfreiheit
- Eine transparente Hochschulstruktur vor allem in Bezug auf die Entscheidungsfindung im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung
- Das Zusammenwirken von Lehrenden und Studierenden in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre
- Die soziale Verantwortlichkeit der Hochschule

Die angeführten erarbeiteten Grundsätze wurden im UOG 1975 ausnahmslos verwirklicht. Hiermit wurden wesentliche Meilensteine für Chancengleichheit gesetzt und sollten die Partizipation und Demokratisierung im Hochschulbereich vorantreiben. Durch die Bildungs- und Kulturpolitik Dr. Bruno Kreiskys kam es zu einer zunehmenden Radikalität, Lebendigkeit und vor allem zu einer Öffnung der österreichischen Kultur. Österreich setzte in dieser politischen Periode international Akzente.<sup>94</sup>

Die Ära Kreisky war durch umwälzende Reformen in allen politischen Bereichen geprägt. Starke Veränderungen kamen aber vor allem im Bereich der Schulbildung und der Hochschulpolitik zum Tragen. Dr. Bruno Kreisky wollte eine Politik und Mitbestimmung für die breite Basis schaffen und versuchte vor allem in Hinblick auf

---

<sup>94</sup> Vgl. Schmid, Gerhard: Die Ära Kreisky- Ihre politischen Auswirkungen auf das politische Systems Österreich. Wien, 1996. S.287-301.

das UOG 1975 im Bereich der Hochschulbildung, bestehende Hierarchien abzubauen und die Mitbestimmung für eine breitere Masse zugänglich zu machen. Seine Ideologie prägte die 1970er Jahre und rüttelte meines Erachtens zu dieser politischen Periode an Daniel Bells Theorie, dass sich eine postindustrielle Gesellschaft nur entwickeln kann, wenn auch die hierarchischen Gegebenheiten bestehen. Zu diesem Zeitpunkt warf die SPÖ unter der Führung Kreiskys dieses Konzept um, und versuchte die hierarchischen Strukturen abzubauen. Ein Aspekt für die Ausbildung der postindustriellen Gesellschaft war jedoch die zunehmende Relevanz der Wissenschaft vor allem für die Politik. Das Einbeziehen der WissenschaftlerInnen in die Ausarbeitung des UOG und in andere Programme zeigt die stark zunehmende Relevanz der Wissenschaft in allen Lebens- und Politikbereichen. Das Beispiel der Hochschulpolitik anhand Daniel Bells theoretischen Rahmens beleuchtet, wie mannigfaltig die Veränderungen in der Ausbildung einer postindustriellen Gesellschaft sind. Gerade das UOG 1975 spiegelt den revolutionären Charakter der vorangegangenen Proteste wieder. Die Mitbestimmung und Selbstentfaltung in gesellschaftspolitischen Fragen nimmt eine bedeutende Rolle ein und soll nun auch gesetzlich verankert werden.

#### 4.2 Das Hochschulkonzept der SPÖ im Detail – Die Grundlage für das UOG 1975

*„Die gesellschaftspolitische Funktion der traditionellen Bildungssysteme und daher auch die Funktion der Hochschule war bisher stets die Erhaltung des jeweiligen Gesellschaftssystems... Sozialistische Bildungspolitik folgt dagegen einem Konzept, das durchaus die Notwendigkeit der Anpassung der Hochschulen an die ständig steigenden Qualifikationserwartungen anerkennt, gleichzeitig aber dem Hochschulwesen wichtige gesellschaftspolitische Funktionen beimißt“.*<sup>95</sup>

Die Universitätsreform sollte drei für die SPÖ maßgebende Probleme lösen:

1. Das Ausmaß der Bildungseinrichtungen ist langfristig anhand der Summe der subjektiven Nachfrage zu messen und anzupassen. Die Bildungseinrichtungen sollen an die Bildungsinteressierten angepasst werden und nicht wie bisher an die jeweilige Nachfrage von Wirtschaft und Verwaltung. Die Bildungseinrichtungen und Hochschulen sollen vor allem der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen.

---

<sup>95</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.5.

2. Die zweite Aufgabe besteht darin, eine Neuformulierung des Ausbildungszieles vorzunehmen, die an eine Reform der Didaktik gekoppelt sein muss. Bei der Frage des Ausbildungszieles sollte vor allem die gesellschaftspolitische Rolle einer demokratischen Universität deutlich werden. Eine demokratische Universität soll ihre Studierenden zu kritischem Bewusstsein und Mündigkeit erziehen und die Verwertung der Wissenschaft soll öffentlich diskutiert werden, um eine verantwortungsbewusste und bestmögliche Nutzung der wissenschaftlichen Resultate zu gewährleisten. Durch diese Vorgehensweise kann die Erfüllung der Aufgaben im Prozess der Demokratisierung in Hinblick auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen gewährleistet werden. An den Universitäten sollen Lehrende mit verschiedenen Meinungen und Methoden vertreten sein, um eine stetige Weiterentwicklung der Wissenschaft zu gewährleisten und den StudentInnen die Möglichkeit zu bieten, zwischen verschiedenen Lehrmethoden und Meinungen zu wählen. Dieser Aspekt sollte vor allem gesetzlich im Dienstpostenplan verankert werden, um diesen Grundsatz durchzusetzen.
3. Die Reform der Hochschulpolitik muss drittens vor allem die Schwächen der Ordinarienuniversität beseitigen. Hier stehen vor allem fünf Punkte im Vordergrund: Erstens die mangelnde Effizienz der Verwaltung, die den Anforderungen einer Massenuniversität nicht mehr gerecht wird; zweitens die mangelnde Rationalität im Bereich der Verwendung finanzieller Mittel und die Unfähigkeit zur Schwerpunktbildung, drittens die Unbeweglichkeit der Entscheidungsinstanzen, die auf dem Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme basiert, viertens die hierarchische Verfestigung und die Legalisierung der Autoritätsstrukturen und fünftens die unbefriedigende Ergiebigkeit des Lehr- und Forschungsbetriebes.

Das Hochschulprogramm der SPÖ sah die Universität als starr und angreifbar für Eingriffe von außen an.<sup>96</sup> „Aus der Tatsache, daß die gegenwärtige Universität bisher unfähig war, aus sich selbst heraus ausreichende Reforminitiativen zu entwickeln oder gar durchzusetzen und daher Eingriffe von außen provoziert, darf nicht geschlossen werden, die Autonomie wäre Grund für diese Unbeweglichkeit“.<sup>97</sup> Die Idee einer neuen

---

<sup>96</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.6-7.

<sup>97</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.7.



Universität beinhaltete das Zusammenwirken der Lehrenden und Lernenden als Gemeinschaft. Die Autonomie müsste erst geschaffen und ideell und institutionell gesichert werden. Autonomie sollte durch Transparenz in der Willensbildung und den Abbau der hierarchischen Strukturen erfolgen. Ein Reformprogramm sollte den Konnex zwischen der autonomen Universität und der demokratischen Gesellschaft sicherstellen. Autonomie und Demokratisierung der Universität müssen Hand in Hand gehen und sind als untrennbar anzusehen.

Hier möchte ich eine Verbindung zu Helmut Klages herstellen. Der Wertewandel vollzog sich nicht nur in der jungen Generation sondern bis in die Spitzen der Politik. Das Hochschulkonzept der SPÖ war von Mitbestimmung und Selbstentfaltung geprägt, jedoch mit einem gewissen Maß an Pflichtbewusstsein gegenüber den staatlichen Institutionen.

Im Hochschulprogramm der SPÖ sind auch Vorschläge für eine Reform der Hochschulorganisation angeführt.<sup>98</sup> „Ausgehend von der Erkenntnis, daß bloße institutionelle Reformen im Bereich der Hochschulen ohne vorhergehende Verständigung über Ziele einer Reform wertlos sind, aber andererseits die Annäherung an das gesetzte Ziel im überkommenen institutionellen Rahmen unmöglich ist, wurde das nachstehende Konzept für eine Reform der Hochschulorganisation ausgearbeitet“.<sup>99</sup> Die folgende Grafik zeigt den Vorschlag für die innere Organisation der Hochschule.

### Die innere Organisation der Hochschule

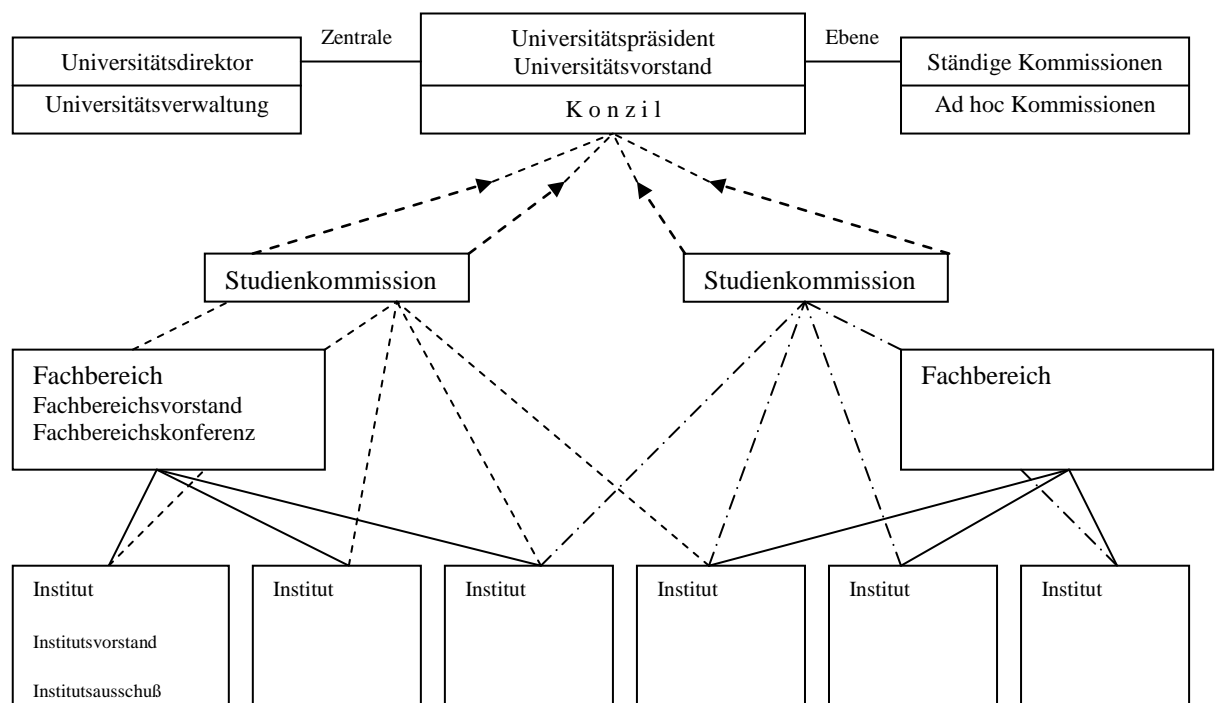


Abbildung 5 Innere Organisation des Hochschulgesetzes.

Quelle: Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen.

Das Programm der SPÖ sah vor, alle am Wissenschaftsprozess beteiligten Personen gleichermaßen einzubinden. Vor allem bedarf es der SPÖ jedoch einer etappenweisen Veränderung der organisatorischen Formen. Die Grafik war nur ein Vorschlag wie die Organisation aussehen könnte und sollte nicht das Endziel darstellen, sondern sollte mit der Zeit immer weiter ausgearbeitet und angepasst werden. Die Grafik geht davon aus, dass es bei der Reformierung der Universität zwei Ebenen bedürfe. Zum einen die Ebene der dezentralisierten akademischen Selbstverwaltung im Bereich des

<sup>98</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.6-8.

<sup>99</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.8.

Wissenschafts- und Lehrbetriebes und zum anderen die Ebene der koordinierten Grundsatz- und Planungsentscheidungen im Bereich der Universitätsspitze.<sup>100</sup> „Das Institut ist die organisatorische Grundeinheit für die Durchführung von Lehr-, Forschungs- und Verwaltungsaufgaben“.<sup>101</sup> Das Institut soll alle gleichen oder nahe zusammen liegenden Fächer an einer Universität vereinen. Die Größe der Institute ist nach den studienmäßigen und fachlichen Erfordernissen zu bemessen und anzupassen. Organisatorisch geregelt ist das Institut durch Mitbestimmung und Verantwortung aller am Wissenschaftsprozess beteiligten Personen. Die Entscheidungsprozesse müssen transparent gehalten werden. Innerhalb der Fachgebiete sind die Institute weisungsfrei und zu ihren Aufgaben zählen Forschung, Lehre und das Erziehen des wissenschaftlichen Nachwuchses. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Instituten ist erwünscht. Errichtung und Auflösung von Instituten fällt jedoch in den autonomen Wirkungsbereich der Universitäten. Des Weiteren sind die Institute für die fachlich gerechte Abhaltung und Koordination der Lehrveranstaltungen zuständig, so dass die Studierenden ihr Studium zeitgerecht abschließen können. An die Studienkommissionen können zu diesem Zweck betreffend der Curricula und Studienprogramme Anträge gestellt werden. Zu den Organen der Institute zählen die Institutsversammlung, der Institutsausschuss und der Institutsvorstand. Die Institutsversammlung setzt sich aus sämtlichen Lehrenden und Studierenden im Bereich des Institutes zusammen. Sie dient zur Diskussion der aufkommenden Fragen und Aufgaben am Institut. Der Institutsausschuss umfasst alle ProfessorInnen sowie die VertreterInnen aus dem Mittelbau und den am Institut eingetragenen StudentInnen. Hier ist eine Drittelparität vorgesehen. Der Ausschuss soll über die Ordnung und die Budgetmittel entscheiden. Es soll weiters für den Institutsausschuss die Möglichkeit bestehen, Anträge über die Änderung der Studienpläne sowie des Personalmanagements einzubringen. Der Institutsvorstand setzt sich aus den ordentlichen ProfessorInnen zusammen. Er wird durch den Institutsausschuss über eine Dauer von zwei Jahren bestellt. Er vertritt das Institut in der Öffentlichkeit. Des Weiteren bereitet er die Beschlüsse für den Institutsausschuss vor.

Die Fachbereiche in der Grafik stellen die mittlere institutionelle Ebene der Hochschulen dar. Abgegrenzt und beschlossen werden sie durch das Universitätskonzil. Zu den Aufgaben der Fachbereiche zählen Lehr-, Forschungs- und

---

<sup>100</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.8-9.

<sup>101</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.8.

Verwaltungsaufgaben im Bereich eines größeren wissenschaftlichen Fachbereiches. Zu den Organen der Fachbereiche zählen die Fachbereichskonferenz und der Fachbereichsvorstand. Die Fachbereichskonferenz besteht aus allen im Fachbereich tätigen ProfessorInnen, VertreterInnen der Studenten und des Mittelbaus. Zu ihren Aufgaben zählt die Ausarbeitung des den Fachbereich betreffendes Budgets, der Dienstpostenplan sowie der Raumverteilungsplan an den Universitäten. Der Fachbereichsvorstand und dessen Stellvertreter werden von der Fachbereichskonferenz über eine Dauer von zwei Jahren bestellt. Wahlberechtigt sind die dem Fachbereich angehörigen ordentlichen UniversitätsprofessorInnen. Der Vorstand vertritt den Fachbereich in der Öffentlichkeit und führt die Beschlüsse der Fachbereichskonferenz durch. Des Weiteren ist er für die Einberufung der Fachbereichskonferenz und deren Leitung zuständig.<sup>102</sup>

Das Hochschulprogramm der SPÖ sieht vor, dass für jede vorgesehene Studienrichtung auch eine Studienkommission eingerichtet wird. „Der Einrichtung von Studienkommissionen kommt im vorliegenden Konzept keine wesentliche Bedeutung zu. Ihre Aufgabe könnte auch von anderen, hier vorgesehenen Organen wahrgenommen werden. Wenn sie dennoch hier aufscheinen, dann deshalb, um den durch einstimmigen Beschluß des Nationalrates an verschiedenen Fakultäten probeweise eingeführten Studienkommissionen eine faire Chance offenzuhalten.“<sup>103</sup> Zu den Aufgaben der Studienkommission zählen unter anderem die Durchführung der Studien und die Betreuung des Studienbetriebes. Sie sind verantwortlich für die Beschlussfassung über die Studienpläne und sie müssen Sorge für die Vollständigkeit der Lehrgebiete und Lehrveranstaltungen der ihnen anvertrauten Studienrichtungen tragen. In ihren Aufgabenbereich soll auch die Weiterbildung der AbsolventInnen der Universität sowie die Bestimmung über Ort, Zeit und Zulassungsbestimmungen zu den Universitätskursen fallen. Auch die Entscheidung über die Anrechnung und Anerkennung von Studien soll durch die Studienkommission geregelt werden. Die Studienkommission setzt sich wie folgt zusammen.

---

<sup>102</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.8-13.

<sup>103</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S.13.

Der Studienkommission gehören mindesten drei Vertreter der folgenden Gruppen an:

- ProfessorInnen
- Mittelbau
- StudentInnen

Gewählt werden die VertreterInnen in geheimer und direkter Wahl. Für einen Beschluss durch die Studienkommission muss mindestens die Hälfte der VertreterInnen anwesend sein.<sup>104</sup>

*„Die zentralen Organe der Universität treffen die der Universität zufallenden Grundsatzentscheidungen. Sie haben das demokratische Prinzip zu fördern, die Mittel der Universität wirtschaftlich und sparsam einzusetzen und die Aufgaben der einzelnen Gliederungen der Universität angemessen zu berücksichtigen, zu unterstützen und zu koordinieren“.*<sup>105</sup>

Für die zentrale Ebene der Universität sieht das Programm der SPÖ folgende Zusammenstellung vor:

- Das Konzil
- Die ständigen Kommissionen
- Der Universitätspräsident
- Der Universitätsvorstand

Das Konzil regelt die Beschlussfassung über die strukturelle, finanzielle und bauliche Planung der Hochschulen. Das Konzil soll die Fachbereiche gliedern und es beschließt den jährlichen Universitätshaushalt sowie den dreijährigen Finanzplan. Auch die Beschlussfassung über den Universitätsvoranschlag und die Weiterleitung an das Bundesministerium für Unterricht obliegt dem Konzil. Das Konzil genehmigt die Geschäftsordnung und es kann Verträge abschließen.

Das Konzil soll sich wie folgt zusammensetzen:

- Mitglieder des Universitätsvorstandes und dem unmittelbaren Vorgänger des Universitätspräsidenten
- Vorsitzende der Fachbereiche und der Studienkommissionen

---

<sup>104</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S. 13-14.

<sup>105</sup> Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S. 14.

- VertreterInnen des Mittelbaus
- VertreterInnen der Studierenden
- Beratend nehmen an den Sitzungen auch der Universitätsdirektor, der Bibliotheksdirektor sowie zwei andere VertreterInnen der zentralen Universitätseinrichtungen wie beispielsweise EDV oder Dokumentation teil.

Durch das Konzil sollen ständige Kommissionen für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, für Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten, für Studien- und Forschungsangelegenheiten sowie für Öffentlichkeitsarbeit und Information eingerichtet werden. Nach Bedarf kann das Konzil auch weitere ständige Kommissionen ins Leben rufen. Den Kommissionen kommt eine beratende Funktion des Universitätsvorstandes zu.

Der Universitätspräsident wird durch die ordentlichen ProfessorInnen für eine Amtsperiode von drei Jahren gewählt. Die Wahl wird durch einen Dreier-Vorschlag des Konzils vorgenommen. Zu den Aufgaben des Universitätspräsidenten sollen die Vertretung der Universität in der Öffentlichkeit, die Durchführung der Beschlüsse des Konzils und die Einberufung und Vorsitzführung der Sitzungen des Konzils zählen. Der Vizepräsident ist für die Unterstützung des Präsidenten zuständig sowie kann er den Präsidenten in Sitzungen des Konzils vertreten.

Der Universitätsvorstand setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten, einem oder zwei VertreterInnen des Mittelbaus und den Vertretern der StudentInnen zusammen. Die Aufgabe des Vorstandes ist beratender Natur für den Präsidenten.

Der Universitätsdirektor steht zur Erledigung der laufenden Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten dem Konzil und dem Universitätspräsidenten zu Seite. Er wird durch das Bundesministerium für Unterricht im Einvernehmen mit dem Präsidenten ernannt und er stammt aus dem Kreis der rechtskundigen Verwaltungsbeamten. Der Direktor ist dem Universitätspräsidenten gegenüber weisungsgebunden. An den Sitzungen des Konzils nimmt der Universitätsdirektor mit einer beratenden Funktion teil.<sup>106</sup>

Meiner Meinung nach ist der beschriebene Entwurf des Hochschulkonzeptes der SPÖ stark von Demokratisierung geprägt. Die Entscheidungsbefugnisse sollen aufgeteilt werden und die Hochschulen und ihre Leitung sowie die innere Organisation sollen

---

<sup>106</sup> Vgl. Entwurf Hochschulkonzept der SPÖ- Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969. S. 6-16.

transparenter werden. Die Sozialpolitik der SPÖ und der starke Drang nach Reformen spiegeln sich in dem entworfenen Hochschulkonzept wieder. Viele Aspekte des Entwurfes wurden in das tatsächliche UOG von 1975 auch übernommen. Die SPÖ versuchte mit ihrem Konzept die Universitätsspitze zugunsten der Basis zu entmachten und die bisher verwobenen und intransparenten Strukturen der Universität sichtbar zu machen und etappenweise abzubauen. Ihre starke Eigeninitiative und ihr Engagement sowie die Alleinregierung der SPÖ ermöglichten dies.

#### 4.3 Dr. Hertha Firnbergs Biographie - die Demokratisierung der Universitäten

Originalzitat Dr. Hertha Firnberg: „*Meine Leidenschaft: Die Anliegen der Frauen und die Wissenschaft*“.<sup>107</sup> Das Zitat stammt aus einem Interview geführt von Monika Bernold und Andrea Ellmaier vom 19. August 1994 und wurde nie veröffentlicht.

Hertha Firnberg ist die wohl wichtigste Person im Zusammenhang mit der Einführung des UOG von 1975. Aus diesem Grund möchte ich einen kurzen biographischen Abriss in meine Arbeit einbringen. Hertha Firnberg war Politikerin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin und Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung. Sie wurde am 18.9. 1909 in Wien Währing geboren. Mutter Anna Firnberg und Vater Josef Firnberg waren engagierte Sozialdemokraten. Hertha Firnberg hatte zwei Brüder, die beide im Krieg starben und eine Schwester. Hertha Firnbergs Vater war als Gemeindefeldarzt tätig und ihre Mutter ging bis zur Hochzeit dem Beruf der Beamtin nach. Hertha Firnberg absolvierte die Volksschule und danach das Gymnasium der Bundeserziehungsanstalt in Wien in der Kalvarienberggasse. Sie studierte zwei Semester Jus an der Universität Wien. Danach studierte sie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Wien und in Freiburg. 1936 erlangte sie den akademischen Grad des Dr. Phil. in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Dr. Hertha Firnberg brach ihr Jurastudium ab, da ein Universitätsprofessor eine öffentliche Absichtserklärung gab, keine Frau bei der Prüfung durchkommen zu lassen. 1926 trat sie den Sozialistischen Mittelschülern bei. 1928 trat sie in die SDAP ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Firnberg als Buchhalterin bei dem Modeverlag Wiener Weltmode tätig. Sie war freie Wirtschaftsjournalistin und Mitglied im Bund der Sozialistischen Akademiker. 1948 bis 1969 war sie leitende Sekretärin der Kammer für Arbeit und Angestellte für Niederösterreich. Sie leitete die Studienbibliothek und die Abteilung für Statistik in der

---

<sup>107</sup> [www.uibk.ac.at](http://www.uibk.ac.at), Zugriff am 25. 10. 2012

AK 1948. Sie war Expertin für sozialpolitische Angelegenheiten und Mitglied der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates von 1959 bis 1970. 1966 bis 1981 war sie Vorsitzende des Bundes- Frauenkomitees. Sie erfuhr durch diese Tätigkeit eine innerparteiliche Stärkung. Firnberg wurde Stellvertreterin des Bundesparteivorsitzenden und Mitglied des Bundesparteipräsidiums. Sie war Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglied des Justiz-, Finanz- und Unterrichtsausschusses. 1970 wurde Dr. Hertha Firnberg als Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung bestellt. Sie war die erste sozialistische Ministerin in Österreich. Mit dem Rücktritt von Dr. Bruno Kreisky endete auch Firnbergs Amtsperiode. Sie zog sich aus der Politik zurück und hatte nur noch verschiedene kleinere Funktionen inne wie den Vorsitz der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft.

Hertha Firnbergs größte politische Errungenschaften waren das Hochschul-Taxengesetz, die Einführung der Gebührenbefreiung an allen Universitäten und vor allem das UOG von 1975. Sie setzte sich für die Rechte der Frauen und für die Fristenregelung ein. Sie errichtete neue Museen und baute das Wissenschaftsministerium auf, das für Frauen bis zur Jahrhundertwende nicht zugänglich war. Dr. Hertha Firnberg starb am 14. 2. 1994 in Wien.<sup>108</sup>

Das UOG von 1975 trug Dr. Hertha Firnbergs Handschrift. Sie wollte die Universitäten für die breite Masse zugänglich machen, die Universitäten demokratisieren und die Hochschulen transparenter gestalten. Firnberg entmachtete die ProfessorInnen zugunsten der Studierenden indem sie die Ordinarienuiversität mit dem UOG 1975 abschaffte. Sie bezog alle wissenschaftsbeteiligten Personen in die Entscheidungsfindung mit ein und beschnitt somit die Macht der ProfessorInnen. Hertha Firnberg führte mit dem UOG gegen den Willen der ProfessorInnen und der Opposition die Drittelparität ein. Dr. Hertha Firnberg wollte mehr Kinder von ArbeiterInnen an die Universitäten holen und machte sich dies zu ihrer Aufgabe. Sie demokratisierte die Universitäten und schaffte die Studiengebühren ab.<sup>109</sup>

Dr. Hertha Firnberg war die treibende Dynamik hinter dem UOG 1975 und mit der Stärkung durch Dr. Bruno Kreisky und der SPÖ setzte sie trotz des massiven Widerstandes durch die ProfessorInnen und die Opposition ihre Vorhaben in die Praxis um. Hertha Firnberg demokratisierte die Universitäten und machte ihre Struktur durch

---

<sup>108</sup> Vgl. [www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/bio/firnberg.htm](http://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/bio/firnberg.htm), Zugriff am 22.10. 2012

<sup>109</sup> Vgl. [www.progress-online.at/content/zur%C3%BCck-zur-elite](http://www.progress-online.at/content/zur%C3%BCck-zur-elite), Zugriff am 22.10. 2012



das UOG transparenter. Die politische Periode in den 70er Jahren war von Reformen, Demokratisierung und Weltoffenheit gekennzeichnet. Dies spiegelt sich meines Erachtens auch in den zu der damaligen Zeit erlassenen Gesetzen wider. Auch hier zeigt sich anhand des Lebenslaufes von Dr. Hertha Firnberg, dass die Selbstenfaltung und der revolutionäre Charakter des Wertewandels nicht nur der jungen Generation vorbehalten waren. Dr. Hertha Firnberg versuchte mehr Mitbestimmung und Transparenz in die Hochschulbildung zu bringen und vollzog meines Erachtens aus gesetzlicher Sicht durch das UOG von 1975 einen Wertewandel an den Universitäten.

#### 4.4 Mitbestimmung und universitäre Strukturveränderungen durch das UOG 1975

Bis das UOG 1975 in Kraft trat wurde es stark diskutiert und über einen längeren Zeitraum beraten.

Das UOG von 1975 löste nun die „Gelehrtenuniversität“ ab und an ihre Stelle trat der klassische Universitätstypus der „Gruppenuniversität“.

Die universitäre Mitbestimmung der verschiedenen Gruppen ist nach einem Schlüssel bestimmt, der an das Kurienwahlrecht des 19. Jahrhunderts erinnert. Im Kurienwahlrecht ist das Stärkenverhältnis der einzelnen Kurien abhängig von der Wähleranzahl. Die Gruppenuniversität setzte sich durch. Dies liegt an den zu differenzierenden Rollensituationen der verschiedenen Gruppen. Den ProfessorInnen, die einen dauerhaften Dienstvertrag besitzen, stehen die StudentInnen gegenüber. Für StudentInnen bedeutet die Universität nur einen vorübergehenden Lebensabschnitt zu bewältigen. AssistentInnen und universitärer Mittelbau befinden sich in einer Zwischen- bzw. Doppelstellung. Aus diesen spezifischen Gegebenheiten ergeben sich Demokratisierungsprobleme.<sup>110</sup>

*„Der transitorische und vorbereitende Charakter bewirkt, daß die Arbeitsteilung in den Sozialisationsinstanzen besonders scharfe Formen annimmt. Die Gegenüberstellung von Lehrenden und Lernenden entspricht dem Wesen der Sozialisation, und zwar gerade auch dann, wenn – dem Konzept der dynamischen Demokratie entsprechend - das Ziel dieser Gegenüberstellung deren Aufhebung ist: Der Informationsvorsprung der Lehrenden im funktionalen Sinn...soll durch Informationsabgabe vermindert und*

---

<sup>110</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 211- 214.

*schließlich beseitigt werden. Die Egalisierung des Informationsstandes ist das Ziel eines Lernprozesses; aber seine Voraussetzung ist der Unterschied des Informationsstandes“.*<sup>111</sup>

Die Demokratisierung auf erster Ebene durch die Regel der universitären Mitbestimmung wurde durch das UOG in die Wege geleitet. Die Sozialisationsinstanz auf der zweiten Ebene durch die universitäre Mitbestimmung kann als praktische politische Bildung angesehen werden.

Im UOG von 1975 ist die universitäre Mitbestimmung wie folgt geregelt. In der Gruppenuniversität wird die Entscheidungsfindung und Willensbildung durch einfache Mehrheitsbeschlüsse der Kollegialorgane bestimmt. Die Kollegialorgane bestehen aus den Gruppen der ProfessorInnen, StudentInnen, AssistentInnen und anderen Universitätsangestellten. Die anfangs von den StudentInnen gestellte Forderung der Drittelparität in allen Gremien wurde im UOG nicht vollständig berücksichtigt. Die Drittelparität wurde durch das UOG jedoch auf zwei Ebenen verankert. Die erste Ebene umfasst die Institutskonferenz und die zweite Ebene die Studentenkommission. Diese gehören zu den vorrangigen Partizipationsfeldern der StudentInnen. Die Institutskonferenz bildet das erste entscheidende Willensbildungsgremium auf Institutebene. Dieses Gremium setzt sich aus ProfessorInnen, StudentInnen und AssistentInnen zusammen. In der Verantwortung der Institutskonferenz liegt die Wahl des Institutsvorstandes und vielfältige Arbeitsaufgaben in den Bereichen Integration und Koordination im Rahmen der arbeitsteiligen Lehr- und Forschungsorganisation.

Die drittelparitätischen Studienkommissionen werden durch das UOG von 1975 fest verankert. In den Aufgabenbereich der Studienkommissionen fallen die Erarbeitung der Studienpläne, Vorschläge für Studienordnung und Studiengesetze, sowie Lehraufträge-, Lehrveranstaltungs- und Prüfungskritik. Die Studienkommissionen werden von den Fakultäten in sämtlich vertretenen Studienrichtungen eingesetzt. Die Wahl des Rektors/der Rektorin wird durch die Universitätsversammlung, die ebenfalls drittelparitätisch ist, vorgenommen. Das Fachkollegium ist viertelparitätisch zusammengesetzt. Dieses besteht aus ProfessorInnen, StudentInnen und AssistentInnen im Verhältnis 2:1:1. Die vom Fachkollegium eingesetzten Kommissionen, vor allem in den Bereichen Budget-, Personal-, Habilitations- und Berufungskommissionen, sind ebenfalls viertelparitätisch organisiert. In den Berufungs- und

---

<sup>111</sup>Pelinka, Anton: Dynamische Demokratie. Stuttgart, 1974. S. 98.

Habilitationskommissionen muss mit entsprechender Nachsicht eine Mehrheit gebildet werden. Durch die Fachkompetenz der ProfessorInnen wird das Übergewicht der Habilitierten in diesen Gremien verteidigt.<sup>112</sup>

Jürgen Habermas nahm zum Übergewicht der Habilitierten in diesen Gremien wie folgt Stellung: *„Ihre Grenzen findet die Mitbestimmung von Studenten (und Assistenten) an dem Kompetenzgefälle, das zwischen den Gruppen besteht. Freilich betrifft das nicht die Kompetenz in allgemeinen hochpolitischen Fragen, sondern die Fachkompetenz. Das Kompetenzgefälle sollte deshalb bei Berufungen, Habilitationen und bei der Anstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter berücksichtigt werden“*.<sup>113</sup>

Die Bestimmung, in welchen Bereichen jedoch Fachkompetenz benötigt wird, bleibt gänzlich ungeklärt. Die Grenzen zwischen fachlichen und hochschulpolitischen Fragen sind nicht scharf abgegrenzt.

Zwei Aspekte scheinen im Demokratisierungsprozess durch das UOG von 1975 besonders wichtig. Erstens durch die Studentenproteste der späten 60er Jahre wurde die Einführung der Mitbestimmung erfolgreich eingebunden. Zweitens hat das UOG auf Basis einer sozialpartnerschaftlichen Situation des reglementierten Interessensausgleichs die Konfliktaustragung in paritätisch zusammengesetzten Gremien ermöglicht.

Das UOG brachte nicht nur das Mitbestimmungsrecht, sondern auch tief greifende Veränderungen im Bereich der universitären Strukturen. Hier sind vor allem zwei Aspekte von entscheidender Bedeutung:

- Aspekt der Zentralisierung bzw. Dezentralisierung
- Aspekt des Verhältnisses zwischen Universitäten und Ministerium

Zentralisierung bzw. Dezentralisierung umfasst die Veränderung der Befugnisse zwischen den unterschiedlichen organisatorischen Ebenen der Universität. Der Aspekt des Verhältnisses zwischen Universität und Ministerium bezieht sich auf die Autonomiefrage der Universitäten. Mitbestimmung und Autonomie stellten die beiden größten Streitpunkte im UOG von 1975 dar. Eine quantitative Analyse von Fischer-Kowalski zum Thema „Veränderungen von Entscheidungsinstanzen im

---

<sup>112</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. Seite 214- 215.

<sup>113</sup> Habermas, Jürgen: Demokratisierung der Hochschule- Politisierung der Wissenschaft. Frankfurt am Main, 1974. S. 382.

Hochschulbereich“ ergab, dass eine zunehmende Verstärkung der Rahmenplanung und der Kontroll- und Informationsrechte nach dem Inkrafttreten des UOG 1975 stattgefunden hatte. Diese zunehmende Kontrolle und Planung kam jedoch der gesamtuniversitären Ebene zugute.

#### 4.5 Universitäre Autonomie und Mitbestimmung im UOG 1975

Der akademische Senat wird zu einer Planungs-, Koordinations- und Kontrollinstanz des universitären Lehr- und Forschungsbetriebes ausgebaut. Seine zentrale Aufgabe besteht darin, kurz- und mittelfristige Gesamtpläne über Budget- und Dienstposten der Universität zu erstellen. Der akademische Senat hat eine entsprechende Verteilungskompetenz inne und er besitzt umfassende Informationsrechte gegenüber allen anderen akademischen Organen. Diese Aspekte führten zu einer Zentralisierung der Entscheidungen zugunsten der Universitätsspitze. In der Autonomiefrage zwischen Ministerium und Universität ergeben sich zwei Diskussionspunkte. Zum einen stellt sich die Frage der Informations- und Kontrollrechte des Ministeriums im autonomen Wirkungsbereich der Hochschulen und zum anderen eine Verwaltungsreform durch das Einrichten einer Universitätsdirektion. State of the Art ist eine Aufteilung der zu fallenden Entscheidungen in einen autonomen und einen staatlichen Wirkungsbereich. Im selbstständigen Wirkungsbereich entscheiden die Universitäten frei und sind an keine Weisungen gebunden. Im staatlichen Wirkungsbereich hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung das Recht der Weisung.<sup>114</sup> „Das Aufsichtsrecht des Bundes erstreckt sich darauf, daß bei Besorgung der Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereichs der Universitäten die Gesetze und Verordnungen nicht verletzt und die den Universitäten obliegenden Aufgaben erfüllt werden...Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ist berechtigt sich über alle Angelegenheiten der Universität zu informieren“.<sup>115</sup> Die Klausel über das Informationsrecht des Bundesministeriums hat sich vom HOG bis zum UOG 1975 nicht verändert. Das UOG 1975 brachte jedoch einen massiven Zuwachs an Informations- und Kontrollrechten seitens des Bundesministeriums, welche über das generelle Informationsrecht hinausgehen. So sind die Universitäten im UOG 1975 dazu angehalten, von sich aus die Informationen an das Bundesministerium weiterzuleiten und nicht wie bisher auf Nachfrage. Durch die festgelegten Rahmenplanungen im UOG

---

<sup>114</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. S. 215-216.

<sup>115</sup> Hoffmann, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S.19-20.

1975 gewannen jedoch auch die Universitäten an Selbstbestimmung. Dies wird vor allem bei dem Erstellen von Budget- und Dienstpostenplänen schlagend. Die Informations- und Kontrollrechte des Ministeriums bedeuten jedoch grundsätzlich keine Einschränkung der universitären Autonomie. Grundsätzlicher Bestandteil der Verwaltungsreform durch das UOG 1975 stellte die Einrichtung einer Universitätsdirektion dar. Sie wurde zur Besorgung der Verwaltungsaufgaben der Universität eingerichtet. Diese Aufgaben lagen vorher in der Verantwortung des Rektorats. Der Universitätsdirektor untersteht im selbstständigen Wirkungsbereich dem Rektor. Im staatlichen Wirkungsbereich ist er jedoch dem Ministerium direkt unterstellt. Die ÖVP lehnte bei der parlamentarischen Beschlussfassung die partielle Ausgrenzung der Verwaltung aus dem Kompetenzbereich der universitären Kollegialorgane mit der Begründung der beschränkten Autonomie der Universitäten ab. Vorrangiger Grund für die Ablehnung des Gesetzes seitens der ÖVP war vor allem die Weisungsgebundenheit des Rektors gegenüber dem Ministerium im staatlichen Wirkungsbereich. Die Eingliederung der Verwaltung der Universität in die unmittelbare ministerielle Hierarchie hatte jedoch keinen Einfluss auf die originären Bereiche der autonomen Willensbildung der Universitäten. Die universitäre Autonomie erstreckt sich vor allem auf die folgenden Bereiche:

- Lehre und Forschung
- Selbstrekrutierung der Lehrenden
- Budget- und Personalfragen

Das UOG von 1975 schränkte nicht die Autonomie der Universität im Allgemeinen ein, sondern die Mitbestimmung der ProfessorInnen, indem ein Einbinden aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten stattfand. Die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse und die Entmachtung der ProfessorInnen können an sich als Zuwachs an Autonomie für die Universitäten gesehen werden, da die Entscheidungsfindung nicht mehr nur von einzelnen Personen getragen wird, welche ihre privaten Interessen verfolgen, sondern die universitäre Entscheidungsfindung durch die Mitbestimmung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten getragen wird.<sup>116</sup>

---

<sup>116</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. S. 216-218.

Die Selbstentfaltung der einen Gruppe führte zu einer Entmachtung einer anderen Gruppe. Deshalb wurde der Wertewandel meines Erachtens von einigen Gruppen als negativ empfunden.

#### 4.6 Die Mitbestimmung der StudentInnen durch das UOG 1975

Zusammenfassend gesehen brachte das UOG von 1975 eine Stärkung aller am Wissenschaftsprozess beteiligten Personen. Vorrangig war, wie beschrieben, das Mitbestimmungsrecht. Durch das starke Ansteigen der Studentenzahlen kam es zu dem verstärkten Wunsch der StudentInnen an der universitären Entscheidungsfindung beteiligt und vertreten zu sein. Daniel Bell machte bereits darauf aufmerksam, dass es durch die zunehmenden Größenverhältnisse zu Machtkämpfen kommen kann. Die UniversitätsprofessorInnen hatten bis zum UOG 1975 eine starke und vorrangige Stellung bei der Entscheidungsfindung an den Universitäten. Durch das UOG 1975 und die Mitbestimmung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten kam es zu einer wesentlichen Schwächung ihrer Machtposition. Meines Erachtens spielte vor allem die Bildungspolitik der SPÖ unter Dr. Bruno Kreisky eine entscheidende Rolle bei der Entmachtung der ProfessorInnen, da trotz starker Proteste das UOG 1975 durchgesetzt wurde. Daniel Bell machte auf eine Neuordnung der Hierarchie in einer postindustriellen Gesellschaft zugunsten der akademischen Elite aufmerksam. Dies kommt hier meines Erachtens nicht zum Tragen, da durch die politische Dynamik der Sozialpolitik der 1970er Jahre ein neuer Aufbau der Hierarchie an den Universitäten stattfand. Durch das UOG 1975 wurde nicht die universitäre Elite noch zusätzlich gestärkt, sondern die Basis gewann an Macht, sprich die StudentInnen, AssistentInnen und das restliche universitäre Personal waren nun an der Entscheidungsfindung an den Universitäten beteiligt.

Die Umsetzung des UOG 1975 erfolgte trotz der starken Proteste durch die ProfessorInnen ohne größere Probleme. *„Die Umsetzung des UOG in die Praxis eröffnet nicht so sehr - wie nach den Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf zu erwarten gewesen wäre - Konfliktfronten zwischen Professoren und Studenten, sondern vielmehr zwischen Universität und Wissenschaftsverwaltung. Die im Interesse der Rationalisierung gelegenen Aspekte der Reorganisation ...können nur sehr schleppend durchgesetzt werden“*.<sup>117</sup>

---

<sup>117</sup> Auhser, Margarete; Fischer-Kowalski, Marina; Genowitz, Herbert; Lassnig, Lorenz: Entwicklung des postsekundären Bildungswesens in Österreich. Wien, 1981. S. 342.

Zum einen wollte die Universität ihre Autonomie gegenüber dem Ministerium wahren und beschwerte sich über die Einmischung durch das Ministerium in die inneruniversitären Angelegenheiten und zum anderen wurde das Ministerium als Schiedsgericht für inneruniversitäre Konflikte herangezogen. Die Partizipation der StudentInnen bleibt laut Preglau-Hämmerle eine Illusion, da sich eine zunehmend heterogen zusammengesetzte Studentenschaft entwickelte, die sich auch alters-, semestermäßig-, und studienrichtungsmäßig sozial segregierte und es zu einem Abbau der Kontakte und Kommunikation zwischen höher- und niedrigsemestrigen StudentInnen kam. Folge waren Differenzen zwischen den Bedürfnissen und Interessen der Studienanfänger und der höhersemestrigen StudentInnen.<sup>118</sup>

Meines Erachtens hatten die StudentInnen zwar durch das UOG 1975 eine Stärkung erfahren, der innere Aufbau der Studentenschaft war jedoch ebenfalls hierarchisch geregelt. Daniel Bell sprach von einer Neuordnung der Hierarchie. Zum einen kam es zu einer Stärkung der StudentInnen innerhalb der universitären Hierarchie und zum anderen erfolgte eine Neuentstehung der hierarchischen Strukturen innerhalb der Studentenschaft. Das Beispiel der Studentenschaft zeigt, dass eine hierarchische Anordnung in einer postindustriellen Gesellschaft unumgänglich ist. Die Ausprägung der Strukturen an den Universitäten und ihren Kollegialorganen zeigt deutlich, dass sich die postindustrielle Gesellschaft auch in der Basis manifestiert. Trotz der Sozialpolitik der 1970er und der Ideologie der Mitbestimmung der breiten Masse an den Entscheidungsfindungen kommt es auf natürlichem Wege immer wieder zu einem Aufbau einer inneren Hierarchie. Überspitzt gesagt, trotz der guten Ansätze die Entscheidungsfindung durch das UOG 1975 für alle am Entscheidungsprozess Beteiligten zugänglich zu machen, bilden sich innerhalb der Kollegialorgane wieder Hierarchien. Gesellschaften und vor allem postindustrielle Gesellschaften sind gezeichnet durch eine Hierarchie, die lenkt und entscheidet. Das UOG 1975 war ein guter Ansatz, die Entscheidungsfindung für eine Vielzahl an Gruppierungen zugänglich zu machen, jedoch zeigt meiner Meinung nach die Studentenschaft an den Universitäten klar, dass sich innerhalb jeder Gruppierung eine Hierarchie bildet. Daniel Bells und Helmut Klages Theorien haben hier meines Erachtens einen Schnittpunkt. Die Mitbestimmung der StudentInnen ging mit einer Neuordnung der Hierarchie auf universitärer Ebene einher. Innerhalb der StudentInnen kam es zu einer neuerlichen

---

<sup>118</sup> Vgl. Preglau-Hämmerle, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Innsbruck, 1986. S. 220-221.

Hierarchisierung. Die Selbstentfaltung und die Mitbestimmung der StudentInnen am Entscheidungsprozess wurden zwar gefordert und durchgesetzt gleichzeitig bildeten sich jedoch Gruppierungen, die wiederum der Gruppe der Studienanfänger wenig Spielraum für Selbstentfaltung ließen. Der Wertewandel hatte sich zwar innerhalb der StudentInnen vollzogen, jedoch mit unterschiedlichen Auswirkungen. Für die einen bedeute es mehr Mitspracherecht und Entfaltung und die anderen mussten sich den höhersemestrigen Anliegen fügen.

#### 4.7 Die Allgemeinen Bestimmungen im UOG 1975 im Detail

Im ersten Abschnitt des UOG 1975 werden die allgemeinen Bestimmungen behandelt. Zu den Aufgaben der Universitäten zählt laut UOG 1975 das Erhalten von Forschung und Lehre sowie zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft beizutragen. Des Weiteren sind die Lernfreiheit und die Universitätsautonomie nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu gewährleisten. Der Paragraph Zwei regelt die Rechtspersönlichkeit der Universitäten. Die Universitäten sind berechtigt, Rechtsgeschäfte, Vermögen und Institute, welche in Zusammenhang mit internationalen Förderungsprogrammen stehen, zu gründen und entgegenzunehmen, wenn diese zur Erfüllung ihrer Zwecke dienen. Die Universitäten haben ihre Aufgaben in einem autonomen und übertragenen Wirkungsbereich zu erfüllen. Die Angelegenheiten im autonomen Bereich können die Universitäten nach den bestehenden Gesetzen durch ihre eigenen Organe vollziehen. Im staatlichen Wirkungsbereich sind die Aufgaben an das Bundesministerium für Forschung und Wirtschaft gebunden. Zum autonomen Wirkungsbereich zählen das Bestellen der Kollegialorgane, die Wahl der vorsitzenden Organe sowie die bereits beschriebenen Aufgaben. Der Paragraph Vier regelt das Budget und den Dienstpostenplan. Die Universitäten haben in einer vom Ministerium gesetzten Frist, die benötigten Mittel für das kommende Finanzjahr vorzulegen. Des Weiteren muss für die nächsten drei Jahre dem Bundesminister ein Budget- und ein Dienstpostenplan vorgelegt werden. Das Budget wird aufgrund der beschriebenen benötigten Ressourcen an das Kollegialorgan übermittelt und wird unter Bedacht der Anträge vom selbigen an die Universitätseinrichtungen aufgeteilt. Das Antragsstellen der Dienstposten und das Verteilen des Budgets unterliegen dem selbstständigen Wirkungsbereich der Universitäten. Im UOG 1975 sind die Aufgaben des Bundes unter dem Punkt der Aufsicht geregelt. Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, dass der autonome Bereich der Universitäten die Gesetze des Bundes nicht verletzen. Die Aufsicht unterliegt dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Das



Ministerium wird dazu angehalten, sich über alle Angelegenheiten der Universitäten zu informieren und der Bund kann Beschlüsse der Universität aufheben, wenn sie gegen folgende Aspekte verstoßen, wenn ein Beschluss durch ein unzuständiges Organ beschlossen wird, wenn die finanziellen Ressourcen nicht durchführbar sind oder wenn ein Widerspruch zu geltenden Bundesgesetzen besteht. Die Entscheidung über Studienangelegenheiten liegt im Wirkungsbereich der Universitäten.<sup>119</sup>

Das UOG 1975 ist meines Erachtens sehr weitläufig verfasst und bietet viel Spielraum für die Universitäten. Die Aufgaben in Lehre und Forschung sind kurz und auf den Punkt gebracht. Auch die Aufgabenbereiche des Bundes sind definiert und zeigen eine deutliche Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Universitäten und des Bundes. Sowohl die Aufgaben des Bundes als auch der Universitäten werden meines Erachtens jedoch eher sehr unpräzise definiert und lassen somit auf beiden Seiten viele Bereiche offen. Das UOG zwingt meiner Meinung nach im Bereich der Aufgaben und Bestimmungen die Universitäten in kein starres bürokratisches Korsett. Den Universitäten steht ein eigener autonomer Wirkungsbereich durch das UOG 1975 zu.

#### 4.8 Gleichstellung von Frau und Mann im UOG 1975 - Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen im Detail

Das UOG 1975 sieht einen Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vor. Sowohl die Kollegialorgane als auch das Bundesministerium für Wissenschaft hat dafür Sorge zu tragen, dass in allen universitären Arbeitsbereichen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen an der Universität tätigen Männern und Frauen herrscht. Gesichert soll dieses Zahlenverhältnis durch ein zu beschließendes Frauenförderungsprogramm werden. Dieses Frauenförderungsprogramm soll durch das oberste Kollegialorgan beschlossen werden und sollte Empfehlungscharakter für die anderen Universitätsorgane besitzen. Vorübergehende Maßnahmen zur Sicherstellung der Gleichberechtigung von Frau und Mann sind nicht als Ungleichbehandlung anzusehen. Diese Maßnahmen sind verfassungsrechtlich verankert. Jede Universität ist dazu angehalten, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit der Gleichbehandlungsfrage beschäftigt. Zu seinen Aufgaben zählt, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts durch Kollegialorgane der Universität zu verhindern. Höchstens zwei Mitglieder des Arbeitskreises sind berechtigt, im Bereich des Personalmanagements an den Sitzungen der Kollegialorgane teilzunehmen und beratend zu fungieren. Die entsandten Mitglieder des Arbeitskreises haben das

---

<sup>119</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S. 15- 22.

Recht Anträge zu stellen, sie müssen Einsicht in die betreffenden Akten erhalten und Sondervoten zu den Protokollen abgeben. Universitätsangehörigen steht der Arbeitskreis beratend zur Seite und er muss Beschwerden der selbigen entgegennehmen, Der Vorsitzende des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen ist dazu berechtigt, an den Sitzungen des obersten Kollegialorganes soweit es sich um grundsätzliche Angelegenheiten handelt, die auch den Arbeitskreis betreffen, teilzunehmen. In Personalfragen muss, wie bereits erwähnt, in konkreten Einzelfällen der Arbeitskreis beratend hinzugezogen werden. Des Weiteren ist der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen zu allen Sitzungen zu laden, in denen Personalfragen behandelt werden. Wenn eine Ladung ausbleibt, muss das Kollegialorgan in einer neuen Sitzung unter Einbeziehung des Arbeitskreises den Beschluss neu behandeln. Wenn der Arbeitskreis den Verdacht hegt, dass ein Beschluss des Kollegialorganes mit einer Diskriminierung einhergeht, so hat er das Anrecht, einen schriftlich begründeten Einspruch innerhalb von drei Wochen dagegen einzulegen. Wenn ein Einspruch durch den Arbeitskreis in Personalfragen eingebracht wird, so hat das Kollegialorgan bei der nächsten Sitzung den Einspruch zu berücksichtigen und neuerlich zu verhandeln und zu beraten. Wenn das Kollegialorgan trotz des Einspruches durch den Arbeitskreis auf seinen Beschluss beharrt, kann der Arbeitskreis das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung darüber informieren und dieses zu seinem Aufsichtsrecht aufrufen. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat das Recht, den Beschluss des Kollegialorganes aufzuheben. Das Verfahren ruht so lange bis der Bundesminister einen Beschluss gefasst hat. Die Mitglieder des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen dürfen in ihrer Tätigkeit nicht beschnitten werden und vor allem darf ihnen beruflich durch ihre Tätigkeit kein Nachteil entstehen. Die Mitglieder des Arbeitskreises sind unabhängig und agieren selbstständig.<sup>120</sup>

Das UOG von 1975 beinhaltet erstmals einen festgelegten gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Der Absatz über den Arbeitskreis im Gesetzestext des UOG zeigt jedoch, dass zu dieser Zeit keine gendergerechte Sprache bestand. Dies ist an der sprachlichen Verfassung des Textes erkennbar, da nur von einem Bundesminister nicht jedoch von einer Bundesministerin gesprochen wird. Für mich erscheint auch interessant, dass trotz der amtierenden Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, welche bekanntlich die Rechte der Frauen stark vertrat,

---

<sup>120</sup> Vgl. Hoffmann, Hans, Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S. 132- 134.

die Maßnahmen für die Gleichstellung von Mann und Frau im universitären Betrieb eher dürftig ausfielen. Dies liegt vielleicht nicht zuletzt daran, dass im UOG vor allem die Mitbestimmung im Mittelpunkt der Diskussion stand. Der Arbeitskreis für Gleichbehandlung war zwar berechtigt, an allen Sitzungen des Kollegialorganes teilzunehmen und beratend mitzuwirken. Inwiefern jedoch diese beratende Aufgabe in Anspruch genommen wurde ist fraglich. Das UOG 1975 besitzt einen kurzen eigenen Abschnitt über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Es regelt die Teilnahme des Arbeitskreises an Kollegialorganssitzungen. Sein Aufgabenbereich ist beratend und Einspruchsrecht besteht nur in Personalfragen. Das UOG 1975 regelt noch keine genaue Quote, welche zur Gleichstellung von Frau und Mann einzuhalten wäre. Die gesetzliche Verankerung der Gleichbehandlungsfrage war sicherlich eine Errungenschaft der 68er Bewegung, da erstmalig nicht mehr wirtschaftliche Belange im Vordergrund standen, sondern gesellschaftspolitische Fragen. Auch wenn die Gleichbehandlungsregelung im UOG 1975 nur kurz abgehandelt wurde, so stellt sie doch einen massiven Wertewandel dar, der auch gesetzlich verankert wurde.

#### 4.9 Leitung und innere Organisation im UOG 1975

Die Organisation der Universitäten wird im UOG 1975 im zweiten Abschnitt geregelt. Die Universitäten mit ihrer Fakultätsgliederung werden durch den akademischen Senat und vom Rektorat als oberstes Kollegialorgan, durch das Universitätskollegium und vom Rektor geleitet. An den Fakultäten sind Kommissionen einzurichten, welche durch ihren Vorsitzenden zu leiten sind. Die zentrale Verwaltung setzt sich aus Universitätsdirektion, der ihr eingegliederten Quästur und aus weiteren besonderen Dienststellen zusammen. Die Leiter der Universitätseinrichtungen haben darauf zu achten, dass sich keine Überschneidungen mit dem Tätigkeitsbereich anderer Universitätseinrichtungen ergeben, sollen aber die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten auch international forcieren.<sup>121</sup> Die obersten Organe der Universität sind in einem eigenen Abschnitt geregelt. Die obersten Organe sind das Universitätskollegium und der Rektor. Das Universitätskollegium setzt sich wie folgt zusammen: an den Universitäten tätige Universitätsprofessoren, Vorsitzender des Dienststellenausschusses für Hochschullehrer, Vorsitzender des Hauptausschusses der Hochschülerschaft, jeweils ein Mitglied aus Universitätsdozenten, Universitätslektoren, der Bibliotheksdirektor, der Universitätsdirektor und die Mitglieder aus dem Kreis der

---

<sup>121</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S.26- 29.

Studierenden. Dem Universitätskollegium obliegen die Aufgaben, die dem akademischen Senat zukommen. Die Zusammensetzung beträgt jeweils die Hälfte der Professoren und die andere Hälfte setzt sich aus Studierenden und dem Kreis der Universitätsassistenten zusammen. Wenn eine ungerade Zahl zustande kommt, so ist diese aufzurunden und die zusätzliche Stimme an einen Hochschullehrer zu vergeben.<sup>122</sup> Auch der Senat ist in einem eigenen Abschnitt geregelt. Dem akademischen Senat gehören der Rektor, der Vizerektor, die Dekane, der Universitätsrektor, der Bibliotheksrektor, der Vorstand eines Senatsinstitutes, der Vorsitzende des Dienststellenausschusses der Hochschullehrer, der Vorsitzende des Hauptausschusses der österreichischen Hochschülerschaft, jeweils ein Mitglied der Universitätsdozenten- und Lektoren und ein Mitglied aus dem Kreis der Studierenden an. Dem Senat obliegt die Leitung der Universität. Er koordiniert und kontrolliert die Organe der Universität, stellt Anträge für die Errichtung neuer Institute, er koordiniert und kontrolliert die Tätigkeit der Institute, der Studienkommission, der Verwaltung und er entscheidet über die Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Universitätsorganen. Er ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Weiteren befugt, in die Unterlagen der Kollegialorgane Einsicht zu nehmen.<sup>123</sup>

Das UOG 1975 regelt detailliert die Aufgaben seiner oberen Organe. In diesen Abschnitten werden die Zusammensetzung und die Befugnisse der jeweiligen Organe genau definiert. Durch die genaue Definition der Aufgabenbereiche soll durch das UOG 1975 sichergestellt werden, dass sich die unterschiedlichen Fakultäten und ihre Organe nicht in ihrem Wirkungsbereich stören. Eine Kooperation ist jedoch erwünscht. Der Senat und der Universitätsrat unterstehen einer genauen Vorgabe der Zusammensetzung.

Das UOG von 1975 zeigt den Wertewandel, der sich in den späten 60ern und frühen 70er Jahren vollzog, deutlich auf. Die neu erkämpften Werte und das Herausbilden einer postindustriellen Gesellschaft in Österreich werden im UOG 1975 gesetzlich verankert. Die 68er Bewegung erkämpfte mithilfe der SPÖ mehr Selbstbestimmung und Transparenz. Das UOG zeigt meines Erachtens deutlich, in welche Richtung sich die österreichische Gesellschaft bewegte, nämlich hin zu einer an gesellschaftspolitischen Themen interessierten Gesellschaft mit dem Wunsch auf mehr Transparenz und

---

<sup>122</sup>Vgl. Hoffmann, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S. 100- 101.

<sup>123</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998. S. 96-99.

Mitbestimmung im politischen Entscheidungsprozess. Der Großteil der Österreicher wollte nun aktiv an der Entscheidungsfindung im politischen Prozess teilnehmen.

## 5 Interviews

### 5.1 Biografie Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek

Es erscheint mir als wichtig, kurz den Lebenslauf von Frau Dr. Gertrude Brinek darzustellen, da dieser kein Teil meines Interviewfragebogens war.

Dr. Gertrude Brinek wurde am 4. Februar 1952 in Hollabrunn geboren. Sie studierte Pädagogik, Psychologie und Kunstgeschichte. Von 1973 bis 1983 war sie Lehrerin. Von 1983 bis 1987 war sie Studienassistentin am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien. 1987 bis 2003 bekleidete Brinek die Funktion der Universitätsassistentin. Seit 2004 ist Frau Dr. Gertrude Brinek Assistenzprofessorin am Institut für Bildungswissenschaften. Dr. Gertrude Brinek war von 1983 bis 1988 Bezirksrätin in Wien Leopoldstadt. 1991 bis 1994 hatte sie die politische Funktion der Abgeordneten zum Wiener Landtag inne. Sie war von 1988 bis 1990 Abgeordnete zum Nationalrat und dann wieder von 1994 bis 2008. 1994 war Frau Dr. Gertrude Brinek Bildungssprecherin der ÖVP. In der Parlamentsperiode von 1996 bis 2008 fungierte sie als Wissenschaftssprecherin für die ÖVP und als Vorsitzende der Frauen im ÖAAB. Seit 2008 ist Frau Dr. Gertrude Brinek Volksanwältin. Ihre thematischen Schwerpunkte lagen in der Bildung, in Fragen der Kultur und vor allem auch bei Genderaspekten.<sup>124</sup>

### 5.2 Interview mit Dr. Gertrude Brinek

Mein Interview mit Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek stützte sich auf einen vorher entworfenen Interviewleitfaden, der im Anhang aufliegt. Meine Fragen waren vor allem auf das UOG von 1975 und den vorangegangenen Wertewandel bezogen. Mit den im Interview gestellten Fragen wollte ich vor allem die Schwächen des UOG von 1975 herausarbeiten, aber auch die subjektive Empfindung der Expertin zum Wertewandel dieses zeitlichen Abschnittes darstellen. Frau Dr. Gertrude Brinek hatte zur Zeit der Entstehung des UOG von 1975 noch keine politische Funktion inne. Zu dieser Zeit war sie selbst als Studierende an der Universität Wien inskribiert. Sie war jedoch an der Erarbeitung des UOG von 1993 beteiligt und hat sich demnach mit dem UOG von 1975 auseinandergesetzt. Frau Dr. Brinek sieht einen Zusammenhang zwischen dem Entstehen des UOG von 1975 und dem Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre. Die 1968er Bewegung war ihrem

---

<sup>124</sup> Vgl. [www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2012/PK0062/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0062/index.shtml), Zugriff am 2. Jänner 2013.

Erachten nach durch den Partizipationsgedanken geprägt, der sich auch stark im UOG von 1975 wiederfindet. Im internationalen Vergleich war die Bewegung in Österreich nicht von starker Natur. Der Grundgedanke wurde jedoch übernommen und durch die Forderung der SPÖ nach einer Demokratisierung aller Lebensbereiche wurden die Anliegen der Protestbewegung auch in die Politik übernommen. Die Schwächen des UOG von 1975 sieht Dr. Gertrude Brinek vor allem in der Drittelparität. Sie sprach im Interview von einer Scheinpartizipation. Die Drittelparität wurde durch den starken Einfluss des Ministeriums aufgehoben. Das Bundesministerium war die übergeordnete Dienststelle. Die Universitäten hatten somit zwar durch die Drittelparität eine Scheinautonomie, diese Autonomie der Entscheidungsfindung konnte jedoch durch das Ministerium jeder Zeit ausgehebelt werden. Dr. Brinek machte mich vor allem auch auf die unterschiedlichen Interessen der drei großen Gruppen an den Universitäten aufmerksam. Hervorgehoben hat sie vor allem das Bestimmungsrecht der ProfessorInnen an den Universitäten. StudentInnen passieren die Universität. Diese stellt nur einen Lebensabschnitt für sie dar. Den ProfessorInnen obliege ein stärkeres Mitbestimmungsrecht, da sie über ein größeres Wissen verfügen. Die drei Gruppen waren somit nach ihrem Erachten nicht gleichgestellt. Der Arbeitskreis für Gleichbehandlung im UOG 1975 ist ein Teil meiner Arbeit und wurde somit auch im Interview beleuchtet. Für mich war vorrangig, ob dieser Arbeitskreis als fortschrittlich für die damalige Zeit angesehen werden konnte. Ich wollte hier vor allem den fortschrittlichen Geist des Wertewandels als auch die Partizipation aller Lebensbereiche hinterfragen. Dr. Brinek sieht diesen Arbeitskreis nur als eine Ausformung der Frauenförderung. Die Wurzeln liegen ihrem Erachten nach jedoch in der Frauenförderung an den Schulen, die erst den Zugang zu einem Hochschulstudium für Frauen möglich machten. Der im UOG von 1975 festgelegte Arbeitskreis ist demnach nur eine logische Folgerung der Nachfrage an den Universitäten. Eine höhere Anzahl von Frauen konnte durch die Reformen und die Förderung an den Schulen ihre Matura abschließen und somit ein Studium anstreben. Dies hatte zur Folge, dass auch die Gegebenheiten an der Universität angepasst werden mussten. Somit war nicht der Arbeitskreis für Gleichbehandlung im UOG 1975 als fortschrittlich anzusehen, sondern die Frauenförderung und der verbesserte Zugang für Frauen an Universitäten. Die Partizipation in allen Lebensbereichen wurde somit, bezogen auf den konkreten Fall der Frauenförderung,

bereits in der Institution Schule vollzogen und war somit eine notwendige Ausformung im Paragrafen des Gleichbehandlungsarbeitskreises des UOG 1975. Weiters wollte ich im Interview ein Spezifikum des österreichischen Wertewandels erfragen, da ich dieses nicht aus der Literatur herausfiltern konnte. Dr. Brinek sieht Österreich vor allem als Profiteur der internationalen Bewegung. Als typisch österreichisch sieht sie den Spruch „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird“. Wenn sie ein bestimmtes Spezifikum für den österreichischen Wertewandel nennen müsste, so wären das vor allem der Aktionismus und die starke Verachtung für das Professorium der Bewegung. Der Aktionismus war in der Kunst stärker ausgeprägt als in der Wissenschaft. Damit meinte sie vor allem die Aktionen, die durch die Bewegung gesetzt wurden. Die Literatur beschreibt den Wertewandel in der Politik als ein eher sozialistisches Phänomen. Ich wollte von Dr. Brinek wissen, ob es innerparteilich Zerwürfnisse aufgrund des Wertewandels gab. Dr. Brinek bejahte die Frage und verwies darauf, dass sich zurzeit auch zur Wehrpflicht innerparteilich sicher nicht alle einig seien. Bundeskanzler Josef Klaus legte ihrem Erachten nach den Grundstein für die Verwissenschaftlichung der Politik, da er als Erster ExpertInnen hinzuzog. Durch seine Ehrlichkeit und die geplanten Reformen hätte er jedoch die Wahl verloren. Vor allem die moderne Familienpolitik war vielen Konservativen aus ländlichen Gegenden ein Dorn im Auge. Meine letzte Frage bezog sich vor allem auf den gegenwärtigen Wertewandel. Ich wollte für meinen Ausblick erfragen, ob ihrem Erachten nach überhaupt ein Wandel besteht. Wandel ist für Dr. Brinek allgegenwärtig und in stetiger Bewegung. Sie sieht auch gewisse Rückschläge. Dies bezog sich meines Erachtens eher auf einen Stillstand in gewissen Bereichen. Sie nannte hier die Doppelorientierung der Frauen und dass eine Doppelbelastung durch Beruf und Familie noch immer gegeben sei. Bei Männern wäre eine Doppelorientierung noch nicht selbstverständlich. Große Werteveränderungen wie die Legalisierung der Abtreibung gäbe es momentan jedoch nicht. Ihrem Erachten nach wäre der Wertewandel für den Großteil der Menschen in Österreich nicht bemerkbar und passiere eher unterschwellig.

Das Interview mit Dr. Gertrude Brinek untermauerte meines Erachtens die verarbeitete Literatur. Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Interview waren jedoch die Schwächen des UOG 1975 und die Partizipation der Bevölkerung in allen Lebensbereichen am Beispiel des Arbeitskreises für Gleichbehandlung. Meine



Annahme, die sich auf die Theorie von Daniel Bell stützt, nämlich dass sich immer wieder neue Machtstrukturen und Hierarchien bilden, erklärt sich mir durch die im Interview vorkommende Drittelparität und die Scheinpartizipation. Die Machtstrukturen wurden zwar durch die Drittelparität und den verbesserten Zugang für Frauen an die Universitäten aufgeweicht und neu geordnet, die Hierarchie blieb jedoch bestehen. Die Dimensionen des Wertewandels sind anhand der Machtstrukturen an den Universitäten und in der Gesellschaft durch das Experteninterview eher schwer zu erfassen. Das Interview mit Dr. Gertrude Brinek brachte die Erkenntnis, dass zwar ein Wertewandel stattfand, dieser auch im UOG 1975 verankert wurde, jedoch die Machtbefugnisse noch immer beim Ministerium lagen. Die Hierarchie auf staatlicher Ebene wurde somit beibehalten und nur in der Organisation der Universität neu geordnet und zwar in Form der Drittelparität.

Die in der Methode beschriebenen, weiteren geplanten Interviews konnten nicht durchgeführt werden. Dr. Sigurd Höllinger musste das geplante Interview aus gesundheitlichen Gründen auf den 18. Jänner 2013 verschieben. Die Einarbeitung des Interviews war somit vor der Abgabe der Masterarbeit nicht mehr möglich.

Dr. Wolf Frühauf hat sich trotz mehrmaliger versuchter telefonischer Kontaktaufnahme sowie schriftlicher Anfrage per E-Mail nicht gemeldet.

## 6 Resümee und Beantwortung der Fragestellung

Die Geschichte der österreichischen Hochschulpolitik ist sehr umfangreich und um ihre verschiedenen Phasen zu erklären, war es meines Erachtens notwendig, die Theorien von Daniel Bell, Helmut Klages und Ronald Inglehart heranzuziehen, um die verschiedenen Entwicklungsphasen zu erörtern. Die wichtigsten Dimensionen für eine nachindustrielle Gesellschaft sind laut Daniel Bell der stetige Zuwachs an Wissen und Technologie. Dieses massive Wachstum geht mit Veränderungen der Strukturen und Hierarchien einher. Ein wichtiges Merkmal einer postindustriellen Gesellschaft ist das Vorhandensein intellektueller Dienste, d.h. es müssen vor allem Bildungs-, Gesundheits- und Erholungswesen ausgebaut und Wissenschaft und Forschung vorangetrieben werden. Das Österreich der 1960er und 1970er Jahre befand sich somit basierend auf Daniel Bells Annahmen in einer Wandlungsphase zu einer postindustriellen Gesellschaft. Bis in die 1960er Jahre galt das Bildungssystem Österreichs als rigide und man schenkte diesem nur wenig Achtung. Ohne eine Reformierung wäre der Andrang der StudentInnen nicht mehr zu bewältigen gewesen. Kurzum die Periode von 1945 bis Mitte der 1960er Jahre war im Hochschulwesen vor allem durch materielle, quantitative und ideologische Probleme gekennzeichnet. Ab dem Ende der 1950er Jahre kam es zu den ersten maßgebenden Veränderungen. Die wissenschaftlichen Disziplinen und die Funktionen der Universität wurden erweitert und es kam zu einem Übergang der Eliteuniversität zur Massenuniversität. Auch in der österreichischen Gesellschaft waren erste Veränderungen zu verzeichnen, da ein Anstieg der Relevanz von Wissenschaft zu vermerken war. In dieser Zeit wurden vermehrt staatliche Gelder in den Ausbau der Universitäten sowie in die Forschung investiert. Diese vermehrten Investitionen und der Ausbau sind durch Daniel Bells Annahme zu erklären, dass eine postindustrielle Gesellschaft vermehrt hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigt und somit ein Ausbau der Universitäten unumgänglich war. Aber auch die zeitliche Periode von Anfang der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre war durch eine aktive Reformpolitik geprägt. Für meine Fragestellung war vor allem die Reformpolitik dieser Zeit von Bedeutung. Die ausführlich beschriebene geschichtliche Entwicklung der österreichischen Hochschulen diente in meiner Masterarbeit dazu, die Dauer des Wertewandels darzustellen. Ingleharts Sozialisationshypothese geht wie beschrieben davon aus, dass sich Wertewandel in einer zeitlichen Verzögerung entwickelt, sonst bestünde nur eine kurzfristige Verhaltensänderung. Der

Wertewandel in Österreich passierte somit meines Erachtens basierend auf Ingleharts Theorie schon bereits davor. Die Reformpolitik der 1970er Jahre war der spürbare Effekt dieses Wertewandels. Die 1968er Bewegung brachte diesen spürbaren Wertewandel somit erstmalig in den Fokus des öffentlichen Interesses. In den jungen Wilden der 68er Bewegung manifestiertensich der deutliche Wertewandel sowie der Wandel zu einer postindustriellen Gesellschaft. Die Jugend rebellierte gegen die Werte ihrer Vorfahren und sie forderten neue, nicht materialistische Werte. Die 1968er Bewegung besitzt meines Erachtens verschiedene Dimensionen des Wertewandels, welche durch die drei Theorien von Bell, Klages und Inglehart zusammenfassend erklärt werden können. Das Streben nach Wissen und die Ablehnung nicht materialistischer Werte zeigen den deutlichen Wandel von einer industriellen zu einer postindustriellen Gesellschaft. Auch Ingleharts Theorie kommt hier zum Tragen. Die österreichische Gesellschaft und ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse waren befriedigt und somit traten nichtmaterialistische und politische Meinungsfreiheit als erstrebenswerte Werte in den Vordergrund. Meines Erachtens spiegeln sich die Handlungen der 68er Bewegung in Klages Wertesynthese wieder. Der Großteil der 68er Bewegung war in der Kategorie „aktiver Realist“ einzuordnen. Dieser Typus besitzt gleichermaßen ein hohes Maß an Selbstentfaltung und an Pflichtbewusstsein. Außer Acht lassen darf man hier nicht die Gruppe der KünstlerInnen der 68er Bewegung. Ihre Aktionen blieben in Erinnerung und zählen nicht zur Typkategorie „aktiver Realist“. Die Handlungen dieser Gruppe sind eher in den Typus „nonkonformer Idealist“ einzuordnen. Diese Gruppe besaß ein hohes Maß an Selbstentfaltung und ein geringes Maß an Pflicht- und Akzeptanzbewusstsein. Die KünstlerInnen der 68er Bewegung führen mich zu einer meiner Fragestellungen. Welche Form nahm der Wertewandel in Österreich an und gab es ein Österreich ein Spezifikum des Wertewandels? Meinem Erachten nach war der Wertewandel in Österreich ein schleichender Prozess, der ruhig und gesittet von statten ging. Im Gespräch mit Frau Dr. Gertrude Brinek erfragte ich ebenfalls das Spezifikum des österreichischen Wertewandels. Österreich war ihrem Erachten nach vor allem Profiteur der internationalen Bewegungen. Das Spezifikum für Österreich war: „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird“. Dies geht meinem Erachten nach aus der Literatur hervor. Die Demonstrationen in Österreich waren zwar eine neue Ausformung der politischen Partizipation, sie verliefen jedoch im Gegensatz zu

anderen Ländern eher gewaltfrei, gesittet und ruhig ab. Eine Ausnahme bildeten hier die zuvor genannten KünstlerInnen, die ihren Missmut gegen das Establishment durch ihre Aktionen zeigten. Ein Spezifikum für Österreich stellt meines Erachtens eher die Politik von Bruno Kreisky und seiner SPÖ dar. Seine Politik traf den Geist der Zeit. Bruno Kreisky positionierte sich weder links noch rechts, er positionierte sich in der politischen Mitte. Mit seiner Politik erreichte er einen Großteil der Bevölkerung, was nicht zuletzt an der Demokratisierung aller Lebensbereiche lag und der Konzentration auf die verschiedenen Zielgruppen. Die Person Bruno Kreisky und seine SPÖ lassen sich in den Wertetypus „aktiver Realist“ nach Helmut Klages einordnen. Er stand für die Öffnung aller Lebensbereiche, lehnte jedoch massive Aktionen der jungen 68er Bewegung ab. Die politischen Rahmenbedingungen durch die Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky und die breite Akzeptanz für seine moderne Sozialpolitik in der Gesellschaft ebneten den Weg für die Einführung des UOG von 1975. Das politisch herrschende Klima ermöglichte die notwendigen Reformen. Dr. Bruno Kreisky versuchte mit seinen Reformen die Hierarchiestrukturen aufzuweichen. Das friedliche Miteinander und die Demokratisierung aller Lebensbereiche waren durch den Aspekt der Mitbestimmung stark gekennzeichnet, was sich auch im UOG von 1975 widerspiegelt. Meine Frage ob ein Zusammenhang zwischen dem aufkommenden Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und der Einführung des UOG von 1975 besteht, kann ich mit ja beantworten und folglich zusammenfassend erklären. Das UOG 1975 ist meines Erachtens eine notwendige Ausformung des vollzogenen Wertewandels dieser Zeit. Die zunehmenden Größenverhältnisse an den Universitäten und die Entwicklung von einer industriellen Gesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft erforderten notwendiger Weise auch eine Reform des Hochschulwesens. Die Veränderung der Größenverhältnisse und der voranschreitende technologische Fortschritt gingen mit Problemen der Koordination, der Hierarchie und der sozialen Kontrolle einher. Der Wertewandel und die Forderung der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmungsrecht in sozialpolitischen Fragen und Problemen forderten Lösungen durch die Politik. Die festgefahrenen hierarchischen Strukturen an den Universitäten ließen keinen technischen Fortschritt zu und auch die veränderten Größenverhältnisse waren durch die bestehenden Gesetze im Hochschulbereich nicht mehr realisierbar. Das Erlassen des UOG von 1975 war meinem Erachten nach eine notwendige Antwort auf die

postindustrielle Entwicklung. Der Wertewandel, der sich vor allem in der 68er Generation widerspiegelt, wurde durch die Gesellschaft und die Politik unter Dr. Bruno Kreisky gefestigt. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und neue Werte wie die Selbstbestimmung der Frau, die Mitbestimmung in vielen politischen Bereichen und Institutionen wie der Universität fanden durch den Wertewandel Einzug in die Gesetze. Dr. Bruno Kreisky und seine SPÖ waren „aktive Realisten“. Diese Tatsache machte meines Erachtens erst die Reformen im Hochschulwesen möglich. Anmerken möchte ich jedoch, dass ohne den Drang nach Selbstentfaltung und Partizipation bei der jungen Generation der 68er Bewegung dieser Wertewandel nicht in diesem Ausmaß stattgefunden hätte. Zusammengefasst kann zu dieser Frage gesagt werden, dass sich im UOG von 1975 der Wertewandel in vielen seiner Dimensionen manifestiert. Meine letzte Frage stellte ich mir zur Ausformung des Wertewandels an den österreichischen Hochschulen in Bezug auf das UOG von 1975. Der Wertewandel vollzog sich vor allem im Schul- und Bildungswesen. Eine der wichtigsten im UOG verankerten Werte war die Mitbestimmung in Form der Drittelparität. Kreisky versuchte eine Politik der Mitbestimmung und Selbstverwirklichung zu verfolgen, welche sich auch im UOG von 1975 wiederfindet. Er versuchte bestehende Hierarchien abzubauen und die Mitbestimmung an der universitären Entscheidungsfindung für eine breite Masse zugänglich zu machen. Bereits das von der SPÖ entworfene Hochschulkonzept war stark von der Idee der Mitbestimmung geprägt. Die SPÖ versuchte zugunsten der Basis die Universitätsspitze zu entmachten. Die ProfessorInnen wurden zu Gunsten der StudentInnen ihrer hierarchischen Macht enthoben, durch die Einführung der Drittelparität. Die Selbstentfaltung und Mitbestimmung der StudentInnen führte zur Entmachtung der ProfessorInnen, was zu einer negativen Bewertung des Wertewandels durch eine spezifische Gruppe, nämlich die Gruppe der UniversitätsprofessorInnen führte. Betrachtet man jedoch auch die Dimensionen der Mitbestimmung innerhalb der Studentenschaft, so komme ich zu dem Ergebnis, basierend auf Daniel Bells Theorie, dass sich immer wieder neue Hierarchien innerhalb einer Organisation bilden. So bildeten sich in der Studentenschaft ebenfalls neue Hierarchien. Die Studentenschaft zeigt als Beispiel, dass sich in einer postindustriellen Gesellschaft auch in der so genannten Basis Hierarchien herausbilden. Die Studentenschaft war ebenfalls hierarchisch strukturiert und somit hatten vor allem die Höhersemestrigen ein Mitspracherecht. Der Wertewandel hatte

zwar Einzug in das UOG von 1975 gefunden, jedoch mit unterschiedlichen Auswirkungen. Das UOG brachte auch im Wirkungsbereich der Universitäten einen Wandel. Die Befugnisse und die Autonomie wurden ausgeweitet. An diesem Punkt möchte ich auf die für mich wertvollste Erkenntnis meiner Arbeit aufmerksam machen. Durch das mit Dr. Gertrude Brinek geführte Interview wurde ich auf einen Aspekt aufmerksam, der mir bei der Bearbeitung der Literatur nicht ganz klar war – die größte Schwäche des UOG von 1975. Diese eröffnete sich mir erstmalig bei der Erarbeitung von Daniel Bells Werk - das notwendige Bestehen einer Hierarchie, um eine Organisation lenken zu können. Dr. Gertrude Brinek sieht die größte Schwäche des UOG von 1975 in der Scheinpartizipation. Dies hat sich auch aus der Erarbeitung der Literatur für mich ergeben. Die ProfessorInnen wurden zwar zu Gunsten der StudentInnen entmachtet, die obersten Befugnisse lagen jedoch weiterhin beim Ministerium. Die Mitbestimmung durch die Drittelparität war somit zwar im UOG 1975 verankert, die Entscheidung lag jedoch weiterhin im Ermessen des Ministeriums. Auch die Studentenschaft untermauert deutlich Daniel Bells Theorie zur Bildung von Hierarchien. Der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre brachte somit sowohl politisch als auch gesellschaftlich viele Erneuerungen. Diese müssen jedoch kritisch hinterfragt werden, da am Beispiel des UOG von 1975 sichtbar wurde, dass Neuerungen durch verschiedene gesetzliche Zusätze an revolutionärem Charakter verlieren und nur teilweise aufgrund der gesetzlichen Lage durchführbar sind.

Der Gleichbehandlungskreis für die Gleichstellung von Frauen und Männern im UOG 1975 kann als notwendige Antwort auf die Reformen im Schulbereich gesehen werden. Es war notwendig, diesen Aspekt in das UOG aufzunehmen und gesetzlich zu verankern, da nun mehr Frauen ein Hochschulstudium anstrebten als bisher. Hier ist der Wertewandel der damaligen Zeit spürbar. Frauen erlangten mehr Selbstbestimmung und Rechte. Diese galt es in allen Lebensbereichen und politischen Bereichen zu verankern.

Der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre erwies sich für mich als multidimensional. Das UOG von 1975 war meinem Erachten nach ein geeignetes Beispiel, um diese Dimensionen im Ansatz zu erfassen, da es vor allem eine neue Form der Partizipation beinhaltete. Festhalten möchte ich auch, dass der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre kein spezifisch sozialdemokratisches

Phänomen war, sondern vom Großteil der österreichischen Bevölkerung und der Politik getragen wurde. Kreisky und seine SPÖ hatten jedoch die größte Akzeptanz in der Bevölkerung und das notwendige Durchsetzungsvermögen, den Wertewandel auch politisch und auf gesetzlicher Ebene umzuwandeln.

*„Reichen die Werte, mit denen wir bisher Politik gemacht haben, aus, oder ist dieser Wertekanon im Hinblick auf die Zukunft zu erweitern? Nach welchen Werten und Wertmaßstäben wollen wir die Politik gestalten, soll Politik in Zukunft geprägt werden?“*<sup>125</sup> Österreich ist noch immer einem Wertewandel unterzogen, obwohl dieser vielleicht nicht für jedermann sichtbar ist. Wertewandel ist für mich mit dem Wort „Beständigkeit“ verknüpft, da er über einen langen Zeitraum Bestand hat und seine Auswirkungen oftmals erst zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar werden.

*„Werte können als die handlungsleitenden und wünschenswerten Maßstäbe unseres Lebens beschrieben werden. Was aber für Menschen wünschenswert ist, hängt von jedem Einzelnen ab...“*<sup>126</sup> Ich habe mich im Laufe meiner Masterarbeit des Öfteren gefragt was denn nun die Werte unserer heutigen Gesellschaft sind? Entwickelt jeder Mensch seine eigenen Werte im Laufe seines Lebens oder werden unsere Werte durch die Gesellschaft geprägt? Die ÖVP entwarf mit dem Aufkommen der vielen Korruptionsvorwürfe gegen namhafte Politiker einen eigenen Wertekatalog. Dieser Katalog beinhaltet folgende Werte: Vertrauen, Offenheit, Fleiß, Zusammenhalt, Tatkraft und Verantwortung.<sup>127</sup> Der Wertekatalog der ÖVP war die Antwort auf die Korruptionsvorwürfe. Wir leben meiner Meinung nach in einer Zeit der Globalisierung in der sich Werte, Identitäten und Traditionen der verschiedensten Nationen vermischen. Wissenschaftsminister a.D. Dr. Martin Bartenstein äußerte sich zum Thema Wertewandel wie folgt: *„Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ist eine Realität, mit der wir uns heute schon beschäftigen müssen und die wir in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Handelns zu verankern haben“*.<sup>128</sup> Meines Erachtens kann Wertewandel sowohl negativ als auch positiv empfunden werden. Maßgebend hierfür ist wohl das subjektive Empfinden für Werte. Die europäische Wertestudie von 2008 hat ergeben, dass in Österreich das Vertrauen in die Demokratie und in die Politik sinkt und die Stimmen nach einem starken Mann oder

---

<sup>125</sup> Zitat Reinhold Lopatka. Zitiert in: Burkert-Dottolo, Günter: Wert und Wertewandel. Wien, 2000. S. 5.

<sup>126</sup> Burkert-Dottolo, Günter: Wert und Wertewandel. Wien, 2000. S. 5.

<sup>127</sup> Vgl. [www.oevp.at](http://www.oevp.at), Zugriff am 4. Jänner 2012.

<sup>128</sup> Zitat Martin Bartenstein in: Burkert-Dottolo, Günter: Wert und Wertewandel. Wien, 2000. S. 103.

einer starken Frau immer lauter werden. Im internationalen Vergleich ist diese Stimmung jedoch kein Einzelfall. Der Grund für diese Politikverdrossenheit liegt vor allem in der Nichtbeachtung der Interaktion zwischen BürgerInnen und Politik. Die Politik konzentriert sich momentan vor allem auf die Neugestaltung staatlicher Strukturen.<sup>129</sup>

Diese Studie lässt mich erkennen, dass vor allem die Ungewissheit und das Fehlen von Werten wie zum Beispiel Offenheit und Verantwortung kein Spezifikum für meine Generation und für Österreich ist. Im digitalen Zeitalter einer globalen Informationsgesellschaft von sozialen Netzwerken und Smartphones, leiden vor allem die Kommunikation und die Face to face Interaktion zwischen Menschen. Meinem Erachten nach wird der Wertewandel entweder im positiven oder im negativen Sinn voranschreiten. In welche Richtung sich der Wertewandel entwickeln wird, entscheidet letztendlich das österreichische Volk durch seine Partizipation an den kommenden Wahlen und Volksbefragungen. Die Politik unserer Zeit hat mit vielen Problemen und auftauchenden Konflikten zu kämpfen, was zuletzt sicher auch an der voranschreitenden Globalisierung liegt. Eine Lösung dieser Konflikte bedarf in Zukunft sicherlich einer Neuordnung der Hierarchien und Strukturen. Eine der gesellschaftspolitischen Lösungen dieser Probleme stellt für mich die Anerkennung neuer Werte und anderer Traditionen dar.

---

<sup>129</sup> Vgl. Friesl, Christian; Hamachers-Zuba, Ursula; Polak, Regina: Die Österreicherinnen. Wertewandel 1990-2008. Wien, 2009. S. 277-278.



## 7 Literaturverzeichnis

ABELS, Gabriele; BEHRENS, Maria: ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. In: BOGNER, Alexander et al.: Experteninterviews. Wiesbaden, 2009.

ATTESLANDER, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung. 2. Auflage. Berlin, 1971.

AUHSER, Margarete; FISCHER-KOWALSKI, Marina; GENOWITZ, Herbert; LASSNIG, Lorenz: Entwicklung des postsekundären Bildungswesens in Österreich. Wien, 1981.

BELL, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbeck bei Hamburg, 1979.

BLECHA, Karl: Die Politik der SPÖ – Von 1970 bis zur Zukunft. Die sanfte Revolution. In: HÄUPL, Michael; NEDWED, Ernst; PELINKA, Peter: Gegen den Strom –Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Wien, 1986.

BOGNER, Alexander; MENZ, Wolfgang; LITTIG, Beate (Hrsg): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden, 2009.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG: Das österreichische Hochschulsystem. Wien, 1994.

BURKERT-DOTTOLO, Günter: Wert und Wertewandel. Wien, 2004.

ENTWURF HOCHSCHULKNZEPT DER SPÖ: Bildung für die Gesellschaft von morgen. 1969.

FISCHER-KOWALSKI Marina; STRASSER, Hermann: Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Wien, 1973.

FISCHER-KOWALSKI, Marina; STRASSER, Hermann: Autonome Entwicklungsmöglichkeiten der Universitäten. Wien, 1974.

FRIESL, Christian; HAMACHER-ZUBA, Ursula; POLAK, Regina: Die Österreicherinnen. Wertewandel 1990- 2008. Wien, 2009.

GEHLER, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt, In: Politik in Österreich – ein Handbuch. Wien, 2006.

GILCHER-HOLTEY, Ingrid: Die 68er Bewegung. München, 2005.

GLÄSER, Jochen; LAUDEL, Grit: Wenn zwei das Gleiche sagen...Qualitätsunterschiede zwischen Experten. In: BOGNER, Alexander et al: Experteninterviews. Wiesbaden, 2009.

HABERMAS, Jürgen: Demokratisierung der Hochschule – Politisierung der Wissenschaft. Frankfurt a. Main, 1974.

HANISCH, Ernst: Der lange Schatten des Staates. In: HERWIG, Wolfram: Österreichische Geschichte 1890-1990. Wien, 2005.

HOFFMANN, Hans Peter: UOG 1975. Wien, 1998.

INGLEHART, Ronald: The Silent Revolution. New Jersey, 1977.

INGLEHART, Ronald: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen und postmaterialistische Prioritäten. In: KLAGES, Helmut; KMICIEAK, Peter: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Berlin u. Speyer, 1979.

KLAGES, Helmut: Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandelgesellschaft. Frankfurt a. Main, 1993.

KLAGES, Helmut: Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, 1988.

KLENNER, Fritz: Zu wenig und zu spät. In: die Zukunft, Heft 7. 1966.

KNEUCKER, Raoul,F. : Das Universitäts-Organisationsgesetz 1975: Die gesetzgebenden Kräfte. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Wien, 1980.

KREISKY, Bruno: Der Mensch im Mittelpunkt: der Memoiren dritter Teil. Wien, 1996.

KREISKY, Bruno: Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Wien, 1988.

LASSNIG, Lorenz; FISCHER-KOWALSKI, Marina; AUHSER, Margarete: Veränderungsprozesse im Hochschulbereich seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Sozialforschung und Erziehungswissenschaften. 1981.

MAGSCHOCK, Hans: Rote Spieler – Blaue Blusen. Wien-Köln-Graz, 1983.

MAYRING, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. 1. Auflage. München, 1990.

PELINKA, Anton: Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft. Wien, 1981.

PELINKA, Anton: Dynamische Demokratie. Stuttgart, 1974.

PESENDORFER, Harald: Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ. Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Wien, 1996.

PREGLAU-HÄMMERLE, Susanne: Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Band 5. Innsbruck, 1986.

RAMING, Walter: Von Marx bis Kreisky. Wege und Ziele des Sozialismus 1888-2000. Wien, 1979.

ROHRHOFER, Franz-Xaver: Die 68er in Oberösterreich – Oder die Lust an der Provokation. Linz, 2008.

SCHMID, Gerhard: Die Ära Kreisky – Ihre politischen Auswirkungen auf das politische Systems Österreich. Wien, 1996.

VEROSTA, Stephan: Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik. In: BIELKA, Erich; JANKOWITSCH, Peter; THALBERG, Hans: Die Ära Kreisky – Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Wien-München-Zürich, 1983.

## 7.1 Internetquellen

[www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/1968-gegen-das-system/594.html](http://www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/1968-gegen-das-system/594.html), Zugriff am 3. Jänner 2013

[www.fr-online.de/zeitgeschichte/1968-in-oesterreich-heisse-viertelstunde,1477344,2767126.html](http://www.fr-online.de/zeitgeschichte/1968-in-oesterreich-heisse-viertelstunde,1477344,2767126.html), Zugriff am 3. Jänner 2013

[www.Jusos-dithmarschen.de](http://www.Jusos-dithmarschen.de), Zugriff am 4. Jänner 2013

[www.progress-online.at/content/zur%C3%BCck-zur-elite](http://www.progress-online.at/content/zur%C3%BCck-zur-elite), Zugriff am 22. 10. 2012

[www.oevp.at](http://www.oevp.at), Zugriff am 4. Jänner 2013

[www.quotez.net/german/bildung.html](http://www.quotez.net/german/bildung.html), Zugriff am 4. Jänner 2013

[www.uibk.ac.at](http://www.uibk.ac.at), Zugriff am 25. 10. 2012

[www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2012/PK0062/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0062/index.shtml), Zugriff am 2. Jänner 2013

[www.univie.ac.at/biogrfiA/daten/text/bio/firnberg.htm](http://www.univie.ac.at/biogrfiA/daten/text/bio/firnberg.htm), Zugriff am 22.10. 2012

## 8 Anhang

### 8.1 Interviewleitfaden für Dr. Gertrude Brinek

1. In welcher Art und Weise haben Sie sich mit dem UOG von 1975 auseinandergesetzt? Hatten Sie zum damaligen Zeitpunkt bereits politische Funktionen inne?
2. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der 1968er Bewegung bzw. dem Wertewandel der 1970er Jahre und dem Entstehen des UOG 1975?
3. Wo sehen Sie die Schwächen des UOG von 1975?
4. Ist Ihrem Erachten nach die Frauenförderung mit dem „Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen“ im UOG, für die damalige Zeit als fortschrittlich anzusehen?
5. Was war ihrer Meinung nach das Spezifikum des österreichischen Wertewandels?
6. Hat sich dieser starke Wertewandel ab dem 1968er Jahr auch innerhalb der ÖVP vollzogen oder waren die Meinungen innerparteilich gespalten?
7. Sehen Sie zum jetzigen Zeitpunkt einen voranschreitenden Wertewandel?

### 8.2 Transkription des Interviews von Dr. Gertrude Brinek

Das Interview wurde am 21. Dezember 2012 geführt.

Beginn: 13.04 Ende: 13.34 Dauer: 31 Minuten.

**I:** Danke Frau Dr. dass sie sich per Telefon so rasch bei mir gemeldet haben. Haben sie sich den Interviewfragebogen den ich ihnen per Mail geschickt habe ansehen können?

**B1:** Gerne. Warte ich versuche die E-Mail kurz zu öffnen.

**I:** Ich kann ihnen die Fragen auch ansagen.

**B1:** Ich habs schon geöffnet.

**I:** Wie gesagt danke nochmals dass sie sich Zeit nehmen so kurz vor Weihnachten.

**B1:** Meine Akten habe ich vor Weihnachten alle bereits fertig. (lacht)

**I:** Da ich ihren Lebenslauf ein wenig studiert habe, weiß ich dass sie zur Zeit des UOG noch keine politische Funktion inne hatten oder besser gesagt mit dem Entstehen des UOG unmittelbar in Verbindung standen. Das führt mich trotzdem zu meiner ersten Frage in welcher Art und Weise sie sich mit dem UOG von 1975 auseinandergesetzt haben?

**B1:** Ich war damals an der Universität als Studierende. Ich habe 1975 an der Uni inskribiert und die Universität sozusagen von innen als Studierende kennengelernt. Aber auseinandergesetzt habe ich mich später mit dem UOG von 1975, da es für mich der Ursprung des UOG von 1993 war. Herr Dr. Bast von der Angewandten oder Dr. Höllinger könnten da eher Auskunft geben.

**I:** Dann darf ich gleich auf meine zweite Frage überleiten. Sie sind 1952 geboren. Sehen sie einen Zusammenhang zwischen der 1968er Bewegung bzw. dem Wertewandel der 1970er Jahre und dem Entstehen des UOG 1975?

**B1:** Ja ich bin ein 1952er Jahrgang. Ich bin also in dieser Zeit aufgewachsen. Da war die Hippiebewegung, die Studentenbewegung. Die Bewegung ging von Frankreich aus. Man stürmte die Institute die als verstaubt galten. Der Spruch der damaligen Zeit war BESEITIGT DEN MIEF VON 100 JAHREN VON DEN PALAREN. Mit dem Spruch waren sicherlich auch die Faschisten der Nachkriegsjahre gemeint, die an den Unis lehrten. Die 68er waren eine starke politische Zeit in Österreich. Wissenschaftsministerin Firnberg wollte eine partizipatorische Uni gründen mit dem UOG. Die Partizipation war die Grundidee der 1968er.

**I:** Sie meinen die Drittelparität und ähnliches?

**B1:** Ja die Einführung der Drittelparität war sehr wichtig für die damalige Zeit, aber die 1968er Bewegung war im internationalen Vergleich ein laues Lüftchen. Die Ideen erfassten trotzdem Österreich und Wien. Die Frauenbewegung kam auch hinzu. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche wurde gefordert. Das konnten sie sich durch die 68er nun auch erlauben.

**I:** Sie haben das UOG von 1975 ja im Rahmen der Erarbeitung des UOG von 1993 genauer betrachtet. Das führt zu meiner nächsten Frage.

**B1:** Ich hab die Frage vor mir. Naja wo sehe ich die Schwächen beim UOG 1975. Also ganz klar ist man kann hier von einer Scheinpartizipation sprechen. Da geht es vor allem um bestimmte Dinge der Drittelparität.

**I:** Was meinen sie mit den Dingen der Drittelparität?

**B1:** Also die Entscheidung lag noch immer beim Ministerium trotz der Drittelparität. Das Ministerium war die übergeordnete Dienststelle. Das UOG 1975 war nicht so partizipatorisch wie dem Anschein nach. Es waren keine drei gleichberechtigten Partner. Die Professoren können mit den Studenten nicht gleichgestellt werden. Sie haben ein größeres Wissen, arbeiten an den Universitäten. Studierende passieren die Unis. Es bestehen da einfach andere Interessen. Alle drei Gruppen haben andere Interessen.

**I:** Also die Scheinpartizipation ist der größte Schwachpunkt für sie?

**B1:** Ja definitiv.

**I:** Meine nächste Frage zählt zu ihren politischen Schwerpunkten. Ist ihrem Erachten nach die Frauenförderung mit dem im UOG verankerten Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen für damalige Zeiten als fortschrittlich anzusehen?

**B1:** Naja das war eine Ausformung davon. Wichtig für die damalige Zeit war vor allem die Frauenförderung an den Schulen und somit an den Universitäten. Man musste die Mädchen bereits an den Schulen fördern dass sie überhaupt an die Unis studieren gehen konnten. Das UOG und die Schulreform hingen zusammen. Man versuchte die Fächertypen an den Schulen zu erweitern. Es gab erst 1988 eine Oberstufenreform. Ohne die Frauenförderung an den Schulen hätte es auch keine Frauenförderung an den Universitäten gegeben. Mit der Matura konnten Frauen an die Unis gehen. Die Schulen waren das FORUM was an den Universitäten getan werden muss. Es war eine Art Herrichten für die Population die nachfragt.

**I:** Also war ihres Erachtens nicht der im UOG enthaltene Paragraph als fortschrittlich anzusehen?

**B1:** Doch aber der Fortschritt und die Frauenförderung gingen von den Reformen an den Schulen aus und waren im UOG1975 eine Folge dessen.

**I:** Meine nächste Frage ist ein Spezifikum für den österreichischen Wertewandel festzulegen. Gibt es ihrer Meinung nach überhaupt ein solches?

**B1:** Österreich war vor allem ein Profiteur der internationalen Bewegung. Typisch Österreich ist so heiß gegessen wie gekocht wird nicht (lacht). Aber wenn ich ein Spezifikum benennen müsste dann wäre es der Aktionismus der 60er und 70er Jahre. Das war der einzige Kunstkontrapunkt der gesetzt wurde. Der Aktionismus und die Verachtung für das Professorium war das Spezifikum. Vor allem die Aktion war wichtig, nicht so sehr das Produkt. Vali Export lief mit einem Karton umher, man durfte ihre nackten Brüste anfassen. In der Kunst war der Protest stärker als in der Wissenschaft. Ich meine vor allem die Aktionen die gesetzt wurden.

**I:** Wie war der Wertewandel innerparteilich zu spüren? Hat sich der Geist der 1968er auch auf die ÖVP übertragen oder waren die Meinungen innerparteilich gespalten und ganz wichtig glauben sie dass der Wertewandel ein sozialistisches Phänomen war?

**B1:** Also innerparteilich war man sich nicht durchgehend einig, aber das kommt ja immer wieder vor. Bei der Wehrpflichtdebatte momentan sind sich ja auch nicht alle einig. Ein sozialistisches Phänomen würde ich nicht sagen da ja schon unter Klaus ein Modernisierungsprozess stattgefunden hatte. Da kam das erste Mal die Beratung der Politik durch Experten auf. Die Verwissenschaftlichung in der Politik wurde unter Klaus eingeführt. Klaus war meiner Meinung nach zu ehrlich in vielen Punkten und hat einige unfreundliche Aktionen gestartet die ihn damals den Wahlsieg gekostet haben. Vor allem die moderne Familienpolitik war vielen Konservativen am Land ein Dorn im Auge. Haben sie alles notiert?



**I:** Ja danke alles notiert. Meine letzte Frage an sie ist ob zum jetzigen Zeitpunkt ein Wertewandel besteht?

**B1:** Ein Wandel heißt dass es immer vorwärts geht. Ich sehe auch gewisse Rückschläge. Viele Personen merken den Wertewandel gar nicht. Fraueninteressen werden mehr Beachtung geschenkt. Man muss sich ansehen in welchen Bereichen Frauen heute tätig sind. Männer machen eher das große Geld. Die Doppelorientierung von Frauen Familie und Beruf ist geblieben. Bei den Männern ist die Doppelorientierung noch nicht selbstverständlich geworden. Große Wandlungen wie in den 1970er Jahren mit dem Recht auf Abtreibung gibt es eher nicht. Familienrecht und Abtreibung waren gesellschaftlich damals sehr relevant. Auch das waren große Aspekte des Wertewandels.

**I:** Das ist eine Frage die mich außerhalb meiner Fragestellung sehr interessiert da ich eine Arbeit zu diesem Thema verfasst habe. Glauben sie könnte Abtreibung wieder ein Thema werden? Könnte ein Rückschritt passieren?

**B1:** Die katholische Werteauffassung ist geblieben. Abtreibung kann wieder zum Thema werden. Keiner möchte jedoch die Büchse der Pandora öffnen und so wird dieses Thema eigentlich vermieden um gar keine Diskussion aufkommen zu lassen.

**I:** Frau Dr. herzlichen Dank für ihre Zeit. Ich wünsche ihnen und ihrer Familie frohe Weihnachten und ein gesegnetes Fest.

**B1:** Gerne. Das wünsche ich ihnen auch. auf Wiederhören.

**I:** Auf Wiederhören.

### 8.3 Interviewleitfaden für Dr. Wolf Frühauf

1. Inwiefern waren Sie an der Entstehung des UOG 1975 involviert? Welche berufliche Position bekleideten Sie damals?
2. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem UOG von 1975 und dem aufkommenden Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre?
3. Wo sehen Sie die Schwächen des UOG von 1975?
4. War der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre ein sozialdemokratisches Phänomen?
5. War man sich innerparteilich einig in Bezug auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche?

#### 8.4 Interviewleitfaden für Dr. Sigurd Höllinger

1. Welche Position bekleideten Sie zum Zeitpunkt der Entstehung des UOG von 1975 und hatten Sie Einfluss auf die Entstehung des UOG?
2. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Wertewandel der damaligen Zeit und dem Entstehen des UOG von 1975?
3. Wo sehen Sie die größte Stärke oder Schwäche des UOG 1975?
4. Wie beschreiben Sie das politische Klima in dieser zeitlichen Periode?
5. Sehen Sie zum jetzigen Zeitpunkt einen voranschreitenden Wertewandel?

## 9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1	Entwicklung der Bevölkerungsstruktur 1930-1975 .....	12
Abb. 2	Das Bedürfnispyramidenmodell von Maslow .....	16
Abb. 3	Items Used in 1973 Surveys and Needs They Were Intended To Tap .....	18
Abb. 4	Wertetypologie von Helmut Klages.....	21
Abb.5	Interne Organisation des Hochschulgesetzes.....	57
Tab. 1	Studierende 1) aller Kategorien an Universitäten 2), Technischen Universitäten 3)und sonstigen speziellen Universitäten 4), 1918/19 bis 1990/91.....	26

## 10 Abstract

Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre am Beispiel des UOG von 1975. Die zu untersuchenden Fragestellungen setzten sich vor allem damit auseinander, ob Österreich ein Spezifikum in Bezug auf den Wertewandel dieser Zeit besitzt, in welcher Form sich der Wertewandel an Österreichs Hochschulen vollzog und ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen dem Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und dem UOG von 1975 besteht. Methodisch wurden Dokumenten- und Textanalysen sowie ein Experteninterview durchgeführt. Die Arbeit baut auf drei Theorien zum Wertewandel von Daniel Bell, Helmut Klages und Ronald Inglehart auf. Mit diesen Theorien wurde versucht, die historischen Ereignisse im Rahmen des Wertewandels zu beleuchten. Weiters ermöglichten die Theorien der angeführten Autoren einen Einblick in die Multidimensionalität des Wertewandels. Ziel dieser Arbeit war es vor allem aufzuzeigen, welche Auswirkungen der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre auf die Hochschulpolitik und das 1975 in Kraft getretene UOG hatte. Dazu war es notwendig die geschichtlichen Ereignisse rund um die 1968er Bewegung und die Ära Kreisky zu beleuchten und diese auch mit dem voranschreitenden Wertewandel zu verknüpfen. Des Weiteren wurde die Geschichte der österreichischen Hochschulen genauer beleuchtet, um den Wertewandel im Hochschulwesen erfassen zu können.

## 11 Lebenslauf



### **Persönliche Daten:**

Name: Romana Rautner  
geboren am 29.10.1985 in Wien  
Staatsbürgerschaft Österreich  
Familienstand ledig

### **Ausbildung:**

1996- 2004  
Juni 2004  
2004 bis dato

ORG, Schulbrüder Strebersdorf  
Matura Schulbrüder Strebersdorf  
Studium der Politikwissenschaft an der  
Universität Wien  
2010 bis dato Studium der  
Betriebswirtschaftslehre an der WU

### **Außeruniversitäres Engagement:**

April 2010 bis dato  
Juni 2010 bis Oktober 2010

Aktive Mitarbeit bei der JVP Wien  
insbesondere bei der JVP 19  
Wahlkampf für die ÖVP Wien als  
Kandidatin für den Wiener Gemeinderat  
Organisation von Wahlkampfaktionen im 19.  
und 21. Bezirk

### **Sprachen:**

Deutsch ( Muttersprache)  
Ausgezeichnete Englischkenntnisse in Wort  
und Schrift  
Französisch (Maturaniveau)  
Russisch A1 (Anfängerniveau)

### **Zusatzqualifikationen:**

Ausgezeichnete Kenntnisse in Windows und  
Office  
Leadership Seminar an der Uni Wien  
B-Führerschein